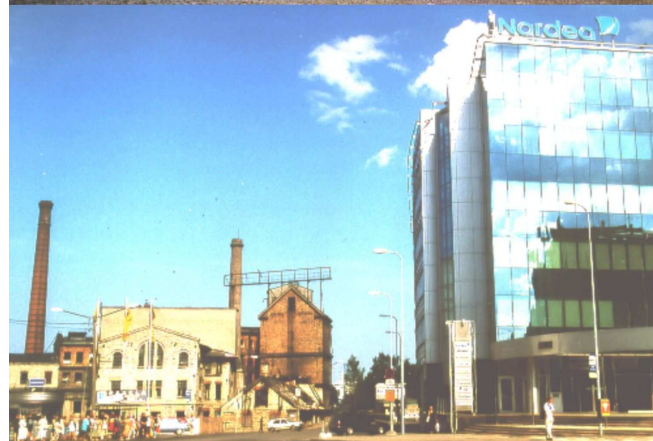


ao

34. Jahrgang ISSN 0939-3099
3/4 2002



aktuelle ostinformationen

Ereignisse und Entwicklungen

AUS DEM INHALT

BEITRÄGE

UNGARN 2002 – POLITIK UND WIRTSCHAFT
TSCHECHIEN – DIE WAHLEN 2002
POLEN – EU-BEITRITT UND DREI DILEMMATA
WALTER HILDEBRANDT ZUM 90. GEBURTSTAG

O-TON FORUM „JUNGES EUROPA“
RUSSLAND, RUMÄNIEN, GEORGIEN

PARTNER

PARTNERSCHAFTSVEREIN VLOTHO-LUBSKO E. V.

BERICHTE

OWI-TAGUNG TEIL II
HELGA WEISSOVÁ - ZEICHNUNGEN
LICHTBLICKRICHTUNG „EUROPA“

BUCHREPORT

MEIN EUROPA – J. ANDRUCHOWYTSCH, A.
STASIUK

GROSSER REZENSIONSTEIL

GESAMTEUROPÄISCHES STUDIENWERK e.V.

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in diesem Heft der „aktuellen ostinformationen“ beschäftigen wir uns intensiv mit den jüngsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in den drei mitteleuropäischen Transformationsstaaten Ungarn, Tschechien und Polen. Dabei spielt der bald bevorstehende EU-Beitritt dieser Länder natürlich eine herausragende Rolle.

Aus Anlass des 90. Geburtstags unseres langjährigen Vorstandsmitglieds Prof. Dr. Walter Hildebrandt veröffentlichen wir die von Prof. Dr. Helmut Skowronek zu Ehren des Jubilars gehaltene Laudatio.

Neben einem ausführlichen Seminarbericht über die Tagung der Ost-West-Institute des Jahres 2001 kommen in der Rubrik O-TON drei GastautorInnen aus Russland, Rumänien und Georgien zu Wort. Im Buchreport publizieren wir mit ausdrücklicher Erlaubnis der Autoren zwei kurze Texte von Andrzej Stasiuk und Jurij Andruchowysch erstmals in deutscher Übersetzung.

Mit dem Partnerschaftsverein Vlotho-Lubsko, der im Herbst 2002 sein zehnjähriges Bestehen feiert, stellen wir einen weiteren lokalen, transnational agierenden Kooperationspartner des GESW vor.

Unsere im Rahmen von Antirassismus-Seminaren entwickelte Zusammenarbeit mit dem Kreis Herford dokumentieren wir anhand eines Redetextes, mit dem in Vlotho die Ausstellung der im Konzentrationslager Theresienstadt entstandenen Kinderbilder von Helga Weissová eröffnet wurde.

Wie gewohnt beschließt ein ausführlicher Rezensionsteil auch diese Ausgabe der „aktuellen ostinformationen“.

Zbigniew Wilkiewicz

Inhalt

Beiträge

Gerhard Schüsselbauer

Ungarn 2002 - zwischen Wahlkampf und Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen.....1

Michael Walter

Hoffnung auf Lärmreduzierung: die Parlamentswahlen in Tschechien 2002.....13

Zbigniew Wilkiewicz

Die EU-Erweiterung und drei (nicht nur) polnische Dilemmata.....25

Helmut Skowronek

„Mut zur Mühe“ - Laudatio für Walter Hildebrandt anlässlich seines 90. Geburtstages.....40

O-Ton: Forum „Junges Europa“

Daria Berejnistkaia: Suche nach der Heimat.....46

Jörg Könözi: Leben in Rumänien – Zwischen Pferdewagen und Internet.....48

Ekaterine Lomsadze: Über die russisch-georgischen Beziehungen.....52

Partner

Jürgen Wilke/Zbigniew Wilkiewicz

Der Partnerschaftsverein Vlotho-Lubsko e. V.....55

Berichte

Zbigniew Wilkiewicz

„Europäischer Einigungsprozess versus Renationalisierung“ Teil II.....58

Zbigniew Wilkiewicz

Eröffnung der Ausstellung „Helga Weissová: Zeichne, was du siehst“69

Jörg Könözi/Michael Walter

Die Ausstellung „LichtBlickRichtung Europa“71

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz

Jurij Andruchowjtsch, Andrzej Stasiuk: Moja Europa [Mein Europa].....73

Rezensionen

Jan Foitzik (Hrsg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956.....79

Roland Schönfeld: Slowakei. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart.....81

Klaus Bachmann: Polens Uhren gehen anders.....85

Przyszlosc polskiej sceny politycznej po wyborach 2001 [Die Zukunft der politischen Szene nach den Wahlen von 2001].....87

Viktoria Pollmann: Untermieter im christlichen Haus.....90

Ansichten. 13. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt.....92

Joachim Betz/Stefan Brüne (Hrsg.): Jahrbuch Dritte Welt 2001.....94

Daniela Heimberger: Der Front National im Elsass. Rechtsextremismus in Frankreich.....97

Beiträge

Gerhard Schüsselbauer

Ungarn 2002 – zwischen Wahlkampf und Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen

Wahlkampf, Regierungswechsel, ökonomische Entwicklung und die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union – diese Themen bestimmten und dominieren weiterhin die politische und wirtschaftliche Lage Ungarns in diesem Jahr. Im April 2002 bestätigte sich das bis dahin ungeschriebene Gesetz des „They never come back“, dass es für die ungarische(n) Regierungspartei(en) bzw. Koalitionen keine Wiederwahl geben würde¹. Die fehlende Stabilität der Parteienlandschaft, die Heterogenität des politischen Parteienwettbewerbs und vor allem die Unberechenbarkeit des Wählerverhaltens sowie das Auseinanderbrechen traditioneller Wahlmuster trugen ebenso wie in den meisten postkommunistischen Transformationsländern zum Regierungswechsel bei. Ungarn erlebte somit nach 1990 zum dritten Mal nach 1994 und 1998 einen Machtwechsel.

Der ungarische Wahlkampf geriet in diesem Jahr nach einer zähen Anlaufphase zu einer klassischen Auseinandersetzung zweier politischer Lager, bei der die politische Kultur bisweilen unter heftigen Entgleisungen leiden musste. Das traditionelle, national-konservative Lager, vertreten durch den Bund Junger Demokraten – Ungarische Bürgerpartei (FIDESZ-MPP) und das Ungarische Demokratische Forum (MDF) sowie der inzwischen von sich selbst zu Grabe getragenen Partei der Kleinlandwirte (FKGP), den Regierungsparteien von 1998 bis 2002, stand dem sozialdemokratisch-linksliberalen Lager, vertreten durch die Ungarischen Sozialistische Partei (MSZP) und den Bund Freier Demokraten (SZDSZ), gegenüber. Es

kristallisierte sich viel weniger ein programmatischer Wahlkampf um Konzepte als ein „Kulturkampf“² zweier unversöhnlicher, ständig polarisierender Fronten heraus. Die bisherigen Regierungsparteien vertrauten zu lange auf die Früchte der durchaus ansehnlichen und positiven Bilanz der Regierungsarbeit und die Ergebnisse der Meinungsumfragen, die letztlich allesamt Makulatur wurden. Die Siegesgewissheit des FIDESZ paarte sich bisweilen mit Selbstgefälligkeit, so dass erst kurz vor dem ersten Wahlgang am 7. April und dann verstärkt nach Bekanntwerden der ersten Ergebnisse und dem drohenden Desaster für die Regierungsparteien damit begonnen wurde, durch Massenkundgebungen, zu denen Hunderttausende auf die Straßen Budapests strömten, das Ruder herumzureißen. Nationalkonservative Aufrufe sollten den Zusammenhalt aller antikommunistischen, bürgerlichen Kräfte fördern. Allerdings geriet der Lagerwahlkampf sowohl zu einem Medienkrieg als zu einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung um den „wahrhaften“ politischen Weg. Die Bruchlinien setzten sich selbst in kleinste gesellschaftliche Gruppierungen, bis in viele Familien hinein, fort³. Durch die Instrumentalisierung der aufgeheizten Stimmung versuchte das konservative Lager, die programmatischen Defizite wettzumachen. Die aufgebrochenen Konfliktlinien in der Zeit

² Vgl. ausführlicher dazu Michael Bauer, Das Ende des „kalten Bürgerkriegs“?, Osteuropa, 52. Jg., 6/2002, S. 789 ff.

³ Es fehlt nicht an Berichten und Aussagen, dass Schüler in Schulen wegen einer jeweils anderen politischen Anschauung diskriminiert oder eindringlich nach dem Wahlverhalten der Eltern gefragt wurden. Einige Bürger, die keinen Kordon mit der Nationalfahne, gleichsam als Zeichen der „nationalen“ Solidarität mit dem FIDESZ, trugen, wurden auf offener Straße oder in öffentlichen Verkehrsmitteln angegangen.

¹ Anders stellt sich die Situation aufgrund der Ergebnisse der Parlamentswahlen in Tschechien dar; vgl. dazu den Beitrag von Michael Walter in dieser Ausgabe der „aktuellen ostinformationen“.

zwischen den Urnengängen sollten dazu genutzt werden, in einem dramatischen Appell die Einheit der ungarischen Nation gegen den „sozialistischen Internationalismus“ zu beschwören.

Hatte die Wahlbeteiligung im Jahr 1998 noch bei nur 56 (1. Wahlgang) und 57 (2. Wahlgang) Prozent gelegen, so stieg sie im Jahr 2002 aufgrund der enormen Mobilisierung der Wähler auf 71 (1. Wahlgang am 7. April) und 73,4 (2. Wahlgang am 21. April) Prozent⁴.

Im Vergleich zu den benachbarten postsozialistischen Demokratien Tschechiens und Polens ist das ein geradezu sensationell hoher Wert. Während sowohl die meisten Länder der EU als auch die überwiegende Mehrheit der Beitrittskandidaten mit einer strukturellen Politikverdrossenheit der Bevölkerung zu kämpfen haben, konnte in Ungarn eine erfolgreiche Wählermobilisierung beobachtet werden. Der angesehene ungarische Politologe László Lengyel bemerkt dazu, dass die Menschen die Furcht vor einer Destabilisierung an die Wahlurnen brachte⁵. Darüber hinaus spielte die Angst vor dem Aufflammen rechtspopulistischer Tendenzen, die auch auf das konservative Lager übergriffen, eine bedeutsame Rolle im Wählerverhalten.

Das Ergebnis der ungarischen Parlamentswahlen 2002 im Überblick

	1. Wahlgang 7.4.2002 Stimmenanteil	2. Wahlgang 21.4.2002 Stimmenanteil	Sitze im Parlament 2002	Sitze im Parlament 1998
FIDESZ/MDF	39,4	50,0	188	165
MSZP	41,5	46,8	178	134
SZDSZ	7,0	3,1	20 ¹	24
MIÉP	4,6	0,0	--	14
FKGP	1,2	0,0	--	48

¹ Ein Abgeordneter errang über eine Listenverbindung zwischen SZDSZ und MSZP einen Parlamentssitz.

⁴ Vgl. zu den folgenden Zahlenangaben für die Wahlergebnisse die offiziellen Angaben des Landeswahlausschusses (Országos Választási Bizottság), dokumentiert in der Onlineausgabe der Népszabadság unter www.nepszabadsag.hu

⁵ Vgl. Onlineausgabe der Népszabadság vom 10.4.2002 unter www.nepszabadsag.hu

?? Stärkste Fraktion im Parlament wurde die Listenverbindung FIDESZ/MDF, die vor allem aufgrund der emotionalen Wahlauseinandersetzung vor dem zweiten Urnengang zulegen konnte. Es überrascht daher nicht, dass sich die Orbán-Fraktion als eigentlicher Gewinner fühlte und sich um den Wahlsieg betrogen wähnte. Hartnäckig hielten sich mehrere Wochen nach der Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses unbelegte Gerüchte um Wahlfälschungen und Falschauszählungen.

?? Die MSZP konnte in größeren Städten und vor allem in Budapest, wo die Partei fast alle Direktmandate erobern konnte, kräftige Gewinne verbuchen. Hier gelang es der linken Partei, sowohl die Verlierer der Transformation anzusprechen als auch im breiten Mittelstand Stimmen zu sammeln. Damit zeigte sich ebenso wie in früheren Wahlen, dass in Ungarn gegen die Hauptstadt keine Wahl gewonnen werden kann. Auf dem (flachen) Land verriet die MSZP ihre Schwachstellen und konnte ihre Versprechungen und Ansätze hinsichtlich der Neugestaltung der Sozialpolitik nicht vermitteln.

?? Der SZDSZ zog nur mit Mühe ins Parlament ein, was der Partei den Vorwurf einbrachte, lediglich eine weltentrückte Intellektuellenpartei urbanen Zuschnitts zu sein. Seit dem Systemwechsel verringerte sich die Zahl der Abgeordnetenmandate der Linksliberalen dramatisch von 90 (im Jahr 1990) auf nunmehr 20 Sitze.

?? Die Partei des Rechtspopulisten István Csurka (MIÉP) schaffte den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde entgegen aller Wahlprognosen nicht.

?? Die traditionsreiche, mittlerweile jedoch völlig heruntergewirtschaftete Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte FKGP spielt in der politischen Landschaft Ungarns gegenwärtig keine Rolle mehr. Despotisches Verhalten ihres Führers József Torgyán und mehrere Abspaltungen haben der Partei den Todesstoß versetzt.

?? Eindeutig identifizierbar ist eine Tendenz zum Zwei-Parteien-System. Während sich die vorangegangenen Parlamente aus jeweils sechs Parteien zusammensetzten, trug die Polarisierung im Wahlkampf dazu bei, dass die politische Bühne von zwei großen Fraktionen beherrscht wird. De facto machen jedoch drei Parteien die Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus unter sich aus. Zweifellos kann daher im politischen System Ungarns eine strukturelle Konsolidierung beobachtet werden.

Die meisten Beobachter gehen davon aus, dass die wenn auch knappe Mehrheit der Regierungskoalition von nur zehn Stimmen im Parlament bis zu den Wahlen 2006 halten wird. Sogar Kommentatoren aus konservativen Kreisen sind ob des Verhaltens der bisherigen Regierungsparteien beunruhigt, das Instrument der Massendemonstrationen gegen die verfassungsgemäße Parlamentsarbeit auszuspielen und so den Weg zurück zur demokratischen Kultur zusehends zu erschweren¹.

Rechtspopulismus in Ungarn

Trotz des überraschenden Scheiterns der rechtspopulistischen Partei MIÉP (Ungarische Partei der Wahrheit² und des Lebens) an der Fünf-Prozent-Hürde³ darf keineswegs davon ausgegangen werden, Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit spielten in Ungarn keine Rolle. Obwohl Rechtsextremismus in Ungarn im engeren Sinne kaum bekannt ist, wird zunehmend von Übergriffen auf Außenseiter der Gesellschaft, vor allem auf Roma berichtet.

¹ Vgl. dazu Klaus Weigelt, Parlamentswahlen in Ungarn, KAS-AI, 5/2002, S. 44.

² Interessant ist im Zusammenhang mit der Namensgebung der Partei die Bedeutung des ungarischen Wortes „igazság“, das im Deutschen sowohl „Wahrheit“ als auch „Gerechtigkeit“ heißen kann.

³ Alle Wahlanalysten waren von einem wiederholten Einzug der rechtsradikalen Partei ausgegangen, während das rechte Lager sogar von einem Erdbeben träumte und sich bereits im Club der „18-Prozenter“ wähnte.

Auch wenn sich Ungarns gegenwärtige Situation und Entwicklung von der anderer europäischer Länder wie Deutschland, Frankreich, Dänemark oder Polen unterscheidet und keine „national befreiten Zonen“ auszumachen sind, verstehen sich rechte Aktivisten als „Retter der ungarischen Nation“ vor „Überfremdung und jüdischer Herrschaft“. Mit seinem Kampf gegen den antiungarischen Kosmopolitismus der Dekadenz und die Entfremdung vom „wahren“ Ungarn und seinen kulturellen Wurzeln entpuppt sich István Csurka als Protagonist und deren geistiger Anführer. Der Mitbegründer des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF), der 1993 unrühmlich aus der Partei ausgeschlossen wurde, vertritt offen auf Kundgebungen, die bislang bis zu zehntausend Sympathisanten mobilisieren konnten⁴, nationalradikale Ansichten und propagiert unverhohlenen Antisemitismus.

Der Schriftsteller Péter Esterházy charakterisiert Csurka als „früher ganz guten Novellen- und Dramendichter“, der allerdings seinerseits das gesamte Geistesleben Ungarns als „liberal, hermaphroditisch, homosexuell und kosmopolitisch“, das sich zudem in jüdischer Hand befinde, abstempelt⁵. Tatsächlich leben heute in Ungarn nur etwa 80.000 Bürger jüdischer Abstammung. 1944 wurden im von den Nazis besetzten Ungarn über 420.000 Juden zumeist nach Auschwitz-Birkenau deportiert und dort ermordet.

MIÉPs Politik ist, bezogen auf den Vertrag von Trianon aus dem Jahr 1920 und den Gebietsverlusten, von offenem Revisionismus geprägt. Csurka verlangt in seinen Reden Veränderung der Grenzen zur Slowakei und zu Rumänien „mit ausschließlich friedlichen Mitteln“. Während die MIÉP einerseits im EU-Beitritt Ungarns einen Weg in die katastrophale kulturelle Gleichmacherei sieht und dadurch die unkritische EU-Skepsis größerer Teile der Bevölkerung begünstigt wird, wurden andererseits durch die Präsenz der

rechtspopulistischen Partei Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und gesellschaftliche Intoleranz gegenüber Randgruppen salonfähig. Für diese Entwicklung ist auch die Haltung der alten Regierung von großer Bedeutung. Während sich der inzwischen zurückgetretene FIDESZ-Chef Zoltán Pokorni stets klar von Csurka distanzierte, wartete die Öffentlichkeit in Wahlkampfzeiten vergebens auf eindeutige und klärende Aussagen von Ex-Regierungschef Viktor Orbán.

Politische Vergangenheit und Lustrationsdebatte

Nach der Veröffentlichung des Faksimiles eines Dokumentes durch die in Budapest erscheinende Zeitung „Magyar Nemzet“⁶ im Juni 2002, in welchem dem frisch gekürten, parteilosen Ministerpräsidenten Péter Medgyessy die Mitarbeit im Geheimdienst nachgewiesen wurde, entbrannte eine heftige Debatte über die Vergangenheit der politischen Elite Ungarns. Obwohl Medgyessy zunächst bestritt, ein Agent gewesen zu sein, musste er im weiteren Verlauf eingestehen, dass durch seine Vergangenheit ein düsterer Schatten auf das höchste politische Amt gefallen ist. Durch die Veröffentlichung seiner Tätigkeit für die Staatssicherheit ist eine aufgebrachte Diskussion über die Durchleuchtung von politischen Mandatsträgern in Gang gekommen. Aufsehenerregend war im Vorfeld des Bekanntwerdens der Geheimdiensttätigkeiten Medgyessys die Tatsache, dass der international angesehene ungarische Romancier Péter Esterházy, Sprössling der berühmtesten ungarischen Adelsfamilie und Autor des monumentalen Werkes „Harmonia Cælestis“⁷, wegen der Geheimdienstmitarbeit seines Vaters während der kommunistischen Herrschaft an die Öffentlichkeit getreten war. Dadurch wurde gleichsam ein Familienmythos

⁴ Vgl. Népszabadság, 16.3.2002, S. 1.

⁵ Zit. in Frankfurter Rundschau, 4.12.2001, S. 6.

⁶ Vgl. Magyar Nemzet, 18.6.2002, S. 1.

⁷ Vgl. Gerhard Schüsselbauer, Zeitgenössische Literatur Mittel- und Osteuropas, aktuelle ostinformationen, 34. Jg., 1/2-2002, S. 16-21.



zerstört. Der offensive Umgang Esterházy's mit der Wahrheit brachte ihm Anerkennung ein und ebnete den Weg für den Neubeginn eines während der postsozialistischen Umgestaltungsphase vernachlässigten Durchleuchtungsprozesses.

Viel einschneidendere Konsequenzen für die Politik als der Fall Esterházy hatten die Debatten um die politische Zukunft Medgyessy's und die Fragen nach der Anwendung des geltenden „Lustrationsgesetzes“, mit dem das Verhalten der politischen Akteure unter die Lupe genommen werden soll. Die Kernfrage, ob ein mit einer derartigen Vergangenheit belasteter Spitzenkandidat in einem Wahlkampf eines demokratischen Landes überhaupt antreten dürfe, bestimmt die politische Diskussion seit der Veröffentlichung der Dossiers. Medgyessy, damals Mitarbeiter des Finanzministeriums, war zwischen 1977 und 1982 unter dem Decknamen „Genosse D-209“ als Offizier im besonderen Einsatz des Innenministeriums verdeckt aktiv gewesen⁸. Die Sondermission im Rahmen der Spionageabwehr in der Unterabteilung III/II des Staatssicherheitsdienstes (nach 1989 umbenannt in Amt für Nationale Sicherheit NBH) war während des Wahlkampfes im Frühjahr 2002 unbekannt geblieben.

⁸ Vgl. Népszabadság, 19.6.2002, S. 1, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.6.2002, S. 6 sowie 9.7.2002, S. 10.

Die jetzige Opposition der bürgerlichen Konservativen möchte daher strikt festlegen, dass die Ausübung eines öffentlichen Amtes mit einer früheren Mitarbeit im Apparat der Staatssicherheit des kommunistischen Regimes unvereinbar sei. Tatsächlich stellte sich in den

Untersuchungen heraus, dass Péter Medgyessy in der äußeren Spionageabwehr aktiv gewesen war und als führender Reformier im Finanzministerium bis 1982 im Rahmen der Geheimverhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank gearbeitet hatte. Zu seinen Hauptaufgaben hatten die Geheimhaltung gegenüber den Bündnispartnern im Warschauer Pakt, insbesondere gegenüber der UdSSR, gezählt. Daher habe seine Aufgabe – so seine Verteidigung – im Schutz von nationalen Interessen und nicht in der Bespitzelung bestanden. Als „engagierter Anhänger [s]eines Heimatlandes“⁹ stellte er dem Spitzelstaat seinen Patriotismus und seine Vaterlandsliebe gegenüber. Medgyessy beharrte nach Ausbruch der politischen Krise um seine Person darauf, dass er als Finanzfachmann bei der geheimdienstlichen wirtschaftspolitischen Analyse und Beratung nicht persönliche Interessen verfolgte, sondern dem Land diene. Trotz eingehender Beteuerungen seinerseits vermag Medgyessy die Beschuldigungen nicht letztendlich zu entkräften, da durch seine eingehende Zusammenarbeit mit dem früheren Unrechtsregime das Amt des Ministerpräsidenten eines demokratischen Landes beschädigt wurde.

⁹ Vgl. das Interview mit Péter Medgyessy in Neue Zürcher Zeitung, 25.7.2002, S. 7.

Der kleinere Koalitionspartner SZDSZ unter der Führung von Gábor Kuncze sprach sich nach der Unterredung mit dem Ministerpräsidenten durch ein mehrheitliches Vertrauensvotum für eine Fortsetzung der erst jungen Koalition aus. Allerdings drängte auch der SZDSZ auf eine Änderung des Lustrationsgesetzes. Die Opposition (FIDESZ und MDF) will nun gesetzlich festschreiben, dass die einstige Zugehörigkeit zum kommunistischen Geheimdienst generell bei Kandidaten auch auf Gemeinde- und Bezirksebene die Übernahme von öffentlichen Mandaten ausschließt. Die Auseinandersetzung darüber wird im Rahmen parlamentarischer Untersuchungen die politische Landschaft Ungarns in den nächsten Monaten dominieren. Plötzlich muss sich die MSZP, die sich gern als gewandelte, zukunftsorientierte Partei sozialdemokratischen Zuschnitts mit wirtschaftsliberalem Gesicht präsentiert, der unliebsamen Vergangenheit stellen.

Eine weitere Zuspitzung der Enthüllungen trat ein, als der Vorsitzende der Jungdemokraten, Zoltán Pokorni, Anfang Juli von seinem Amt als FIDESZ-Parteivorsitzender zurücktrat¹⁰. Er hatte Medgyessy stets heftig unter Druck gesetzt und vehement dessen Rücktritt gefordert. Die Nachricht jedoch, dass sein Vater vor 1989 als geheimer Informant mit dem Staatssicherheitsdienst kooperiert hatte, veranlasste ihn, selbst alle seine politischen Ämter niederzulegen. Allerdings hatte Pokornis Vater nicht aus Überzeugung für den Geheimdienst gearbeitet, sondern war nach der Niederschlagung des Volksaufstandes 1956 vom Geheimdienst vor die Wahl gestellt worden, entweder eine Gefängnisstrafe wegen antikommunistischer Aktivitäten zu verbüßen oder als Informant Spitzelberichte über Arbeitskollegen zu verfassen.

Mitte August beendete der parlamentarische Sonderausschuss – die so genannte Mécs-Kommission – vorläufig die Untersuchung der Geheimdienstaktivitäten des neuen

Ministerpräsidenten. Die vom FIDESZ geführte Opposition beharrte auf ihrer Version, nach der Medgyessy ein aktiver Hauptmann der Staatssicherheit während der Ära der kommunistischen Herrschaft war und vermutlich noch andere Pflichten zu erfüllen hatte. In der Zwischenzeit wurde ein weiterer Untersuchungsausschuss eingerichtet, der die Aktivitäten aller Regierungsmitglieder seit der Wende unter die Lupe nehmen soll. Ein prominentes neues „Opfer“ dieser Untersuchungen ist der Präsident der Nationalbank und frühere Finanzminister der Regierung Orbán, Zsigmond Járαι, der in einem Zeitungsinterview seine Zusammenarbeit mit dem Innenministerium eingestand. Darüber hinaus wird Imre Boros, ebenfalls ein Minister im Kabinett Orbáns¹¹, eine Tätigkeit als Geheimdienstoffizier ähnlich der Medgyessys zur Last gelegt.

Ungarn könnte erst am Anfang eines Lustrationsprozesses stehen, wobei deutlich wird, dass die politische Vergangenheit nicht so einfach abzuschütteln ist wie ein Parteibuch. Die entstandene Polarisierung und Segmentierung der politischen Landschaft dürfte eher zunehmen, als dass die Konfliktlinien zwischen den politischen Lagern entschärft werden könnten. Die beiderseitigen Lippenbekenntnisse zur Versöhnung zwischen den politischen Akteuren und zur Rückkehr zur demokratischen Kultur könnten schnell ad acta gelegt werden. Es besteht daher die Befürchtung, dass der mitunter entgleiste Wahlkampf zu einer verlängerten Dauerkampagne verkommt. Die Spaltung in der Gesellschaft in bürgerliche Nationalbewusste und Alt-Kommunisten, bewusst vor allem von den konservativen Kräften aus dem Lager des FIDESZ betrieben, existiert in dieser Form nicht¹². Vielmehr wurde und wird die

¹⁰ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 4.7.2002, S. 4.

¹¹ Vgl. die Onlinedokumentation des Wochenmagazins HVG (Heti Világgydaság) unter <http://hvg.hu>

¹² Die ungarische Soziologin Erzsébet Szalai beschreibt die im Jahr 2002 ausgebrochene Hysterie als unseliges Zusammenspiel beider politischer Strömungen und einen sich selbst verstärkenden

Gesellschaft von beiden Lagern in polemischen Streitereien instrumentalisiert, obwohl programmatisch diese Unterschiede keineswegs bestehen. Insbesondere der FIDESZ unter der Führung von Orbán scheint hier einen gefährlichen Weg einzuschlagen, eine „diffuse außerparlamentarische Volksbewegung“¹³ mit Massenkundgebungen aufzubauen, um den Kampf gegen den politischen Gegner vom demokratisch legitimierten Parlament auf die Straße zu bringen. Gemäß dem Motto „Hajrá Magyarország!“ (Vorwärts Ungarn!) intendiert die Opposition, eine rechtskonservativ orientierte Bürgerbewegung zu mobilisieren, die ähnlich dem Aufruf Berlusconis „Forza Italia“ in populistischer Weise die Bewahrung nationaler Werte in den Mittelpunkt rückt. Damit soll die Einheit unter Gleichgesinnten des bürgerlichen Lagers mit der Stimmung in bestimmten Teilen der Bevölkerung in Einklang gebracht werden. Tatsächlich ist jedoch der verbreiteten Einschätzung der meisten Beobachter zuzustimmen, dass die Bevölkerung vor allem an einer zukunftsorientierten Überwindung der Zerrissenheit interessiert ist. Nach den Eskalationen ist es wenig erstaunlich, dass gerade von der Bevölkerungsmehrheit die Absicht verfolgt wird, die integrativen Kräfte in Richtung eines stabilisierten Aufschwungs und des EU-Beitritts im Jahr 2004 zu konzentrieren und zu unterstützen. Daher breitet sich zusehends eine Verdrossenheit in der Bevölkerung aus, parteipolitisch und ideologisch verbrämten Losungen zu folgen. Der Übergang zur Lösung alltäglicher, insbesondere sozialpolitischer Probleme steht für die Menschen viel eher im Vordergrund als eine hysterisch geführte Debatte um Vaterlandsverrat einerseits bzw. Versöhnungsfeindlichkeit andererseits.

Prozess, dem nur die Rückkehr zur Politik eines ruhigen Geistes entgegengesetzt werden kann. Nur so könnten gegen die wüsten wechselseitigen Beschimpfungen - „Faschisten gegen Landesverräter“ – wirksame Mittel eingesetzt werden; vgl.

Népszabadság, 14.5.2002, S. 14.

¹³ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 14.5.2002, S. 7.

Statusgesetz¹⁴

Auch die neue Regierung kommt entgegen des politischen und wahltaktischen Zickzack-Kurses nicht umhin, eine konsistente, mit den inländischen und ausländischen Akteuren abgestimmte Minderheitenpolitik zu betreiben. Besonders die Situation der ungarischen Minderheiten, die in den angrenzenden Nachbarstaaten leben, ist dabei von herausragender Wichtigkeit. In den Hintergrund gerät bei den Auseinandersetzungen um das Statusgesetz die Lage der Minderheiten und ethnischen Gruppen, die in Ungarn leben. Dabei wird auch die neue sozialdemokratisch-linksliberale Regierung unter gewaltigem Druck stehen, Fortschritte bei der Lösung der sozialen Schwierigkeiten der zahlenmäßig sehr starken Roma-Bevölkerung in Ungarn vorzuweisen.

Kern des Statusgesetzes¹⁵

?? Ungarischer Ausweis für ethnische Ungarn mit anderer Staatsbürgerschaft (RO, SK, UA, YU, HR)

?? Reiseermäßigungen – für Menschen unter sechs und über 65 Jahre kostenlose Benutzung der Ungarischen Staatsbahnen; Studentenausweise und Ermäßigungen für Pädagogen / Lehrer

?? Arbeitserlaubnis für max. drei Monate pro Kalenderjahr - ohne Prüfung der Verfügbarkeit eines Arbeitsplatzes

?? Anspruch auf Leistungen des Gesundheits- und Rentensystems; Unterstützungsleistungen in geringem Umfang möglich, auch wenn vorher keine Beitragsleistung erfolgte

?? Bildung/Kultur: Unterstützung für Bildungsleistungen außerhalb der nationalstaatlichen Grenzen in Ländern mit magyarischen Minderheiten.

¹⁴ Vgl. dazu ausführlich die Gesetzesvorlage Act LXII of 2001 on Hungarians living in neighbouring countries; <http://www.mfa.gov.hu/Szovivoi/2001/actSTeng.htm>

¹⁵ Vgl. ausführlich Népszabadság, 2.1.2002, S. 3.

Das im April 2001 mit einer Mehrheit von 90 Prozent im Parlament (auch die sozialistische MSZP stimmte dafür) verabschiedete und im Januar 2002 in Kraft getretene Gesetz sieht im Kern finanzielle, soziale und kulturelle Begünstigungen für magyarische Minderheiten in den Nachbarländern vor. Bedeutsam war insbesondere die Ausgestaltung des Gesetzes im Hinblick auf die zahlenmäßig großen Minderheiten in Rumänien (ca. 1,6 Mio.) und in der Slowakei (ca. 600.000)¹⁶. Staatsrechtlich nicht unumstritten verstößt das Gesetz jedoch nicht gegen europäisches Recht und impliziert de facto eine positive Diskriminierung durch die Privilegierung der ungarischen Minderheiten in anderen Ländern. Der frühere Ministerpräsident Viktor Orbán und sein rumänischer Amtskollege Adrian Nastase unterzeichneten Ende 2001 ein Memorandum, denn grundsätzlich sollte das Statusgesetz nur ethnischen Ungarn in Rumänien Privilegien, wie etwa eine dreimonatige Arbeitserlaubnis, gewähren. Jetzt sind diesem Memorandum zufolge alle rumänischen Staatsbürger berechtigt, diese Arbeitserlaubnis zu beantragen, um einen grassierenden Missbrauch bei der Ausstellung des ungarischen Ausweises für ethnische Ungarn auszuschließen. Darüber hinaus wurden sinnvollerweise Kontingente für die Erteilung der Arbeitserlaubnis festgelegt, um die Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarkts nicht übermäßig zu belasten. Bei einer bestehenden ökonomischen Asymmetrie zwischen Ungarn und Rumänien und einem beträchtlichen Wohlstandsgefälle ist durchaus mit einem Migrationsdruck in Richtung ungarische Arbeitsmärkte zu rechnen. Schon heute ist eine stark steigende Tendenz illegaler Beschäftigung von Arbeitnehmern aus östlichen Nachbarländern zu verzeichnen.

¹⁶ Vgl. dazu im Detail Ferenc Glatz, Minderheiten in Ost-Mitteleuropa, Europa Institut Budapest, 1993. Nach ungarischen Schätzungen leben sogar ca. 2,1 Mio. Personen ungarischer Nationalität in Rumänien (siehe ebd. S. 51).

Im Wahlkampf schürten gerade die Sozialisten Angst vor einem ungezügelt an rumänischen Staatsbürgern. Mit gutem Grund kann man daher von einem inszenierten Entsetzensschrei aus Wahlkampfgründen sprechen. Zu beobachten war ein interessanter Rollentausch: Die ungarischen Sozialisten als ehemalige „linke Internationalisten“ versuchten, die wahrlich nationalistisch argumentierende konservative Regierung mit anti-rumänischer und anti-europäischer Stimmungsmache politisch rechts zu überholen. Es entbrannte ein Kampf um den Lorbeer des besten Verteidigers des nationalen, ungarischen Interesses, wodurch bisweilen der außenpolitische Konsens bedroht wurde.

Für die neue Regierung führt allerdings kein Weg daran vorbei, außenpolitische Kontinuität an den Tag zu legen, denn nach wie vor bestehen die Hauptsäulen der ungarischen Außenpolitik aus:

?? dem Ausbau und der Pflege gutnachbarschaftlicher Beziehungen, insbesondere mit Rumänien, der Slowakei sowie Restjugoslawien

?? der Unterstützung der ethnisch magyarischen Minderheiten außerhalb der nationalstaatlichen Grenzen

?? der euro-atlantischen Integration (Nato, EU).

Wirtschaftliche Entwicklung und EU-Beitritt Ungarns

Die Ökonomie Ungarns zeigt trotz der konjunkturellen Krisenphänomene einiger wichtiger EU-Länder weiterhin eine robuste makroökonomische Entwicklung. Zweifellos ist das auch ein bedeutsames Verdienst der abgewählten Regierung Orbáns, die den Mitte der 1990er Jahre eingeschlagenen Wachstumskurs konsequent weiterverfolgte und in wirtschaftspolitischer Hinsicht beachtliche Leistungen vorweisen kann. In den vier Jahren seit 1998 stieg die reale Wertschöpfung gemessen am BIP im Durchschnitt um 4,5

Prozent und damit stärker als in allen vergleichbaren Volkswirtschaften der Region. Ungarn als mitteleuropäischer EU-Beitrittskandidat gehört aufgrund seiner politischen Reife, wirtschaftlichen Stabilität und enormer Fortschritte in der rechtlichen Angleichung zweifellos zu den Ländern, die in der ersten Welle in die Union aufgenommen werden. Allerdings trüben Versäumnisse im Justizwesen und in der Angleichung an EU-Standards in der Abfallwirtschaft das Bild der Harmonisierung nachhaltig.

Zu den wesentlichen außenpolitischen Säulen der neuen Regierung gehört das unverminderte Festhalten am Integrationstempo und der Wille, spätestens bis 2004 Vollmitglied der Europäischen Union zu werden. Der Abschluss von bislang 26 der insgesamt 31 zu verhandelnden Kapitel¹⁷ zeigt trotz innenpolitischer Querelen zwischen der gegenwärtigen Regierung und der bürgerlichen konservativen Opposition, dass der eingeschlagene Kurs der Integration unumkehrbar ist. Bedenklich erscheint in der momentanen politischen Landschaft, dass die nationalistische und antieuropäische MIÉP auf Massenveranstaltungen immer wieder in der Lage ist, auch eine Vielzahl junger Menschen anzusprechen. Ungarn kämpft ähnlich wie andere mitteleuropäische oder baltische Beitrittskandidaten mit einer schwindenden Zustimmung innerhalb der Bevölkerung, die sich darüber hinaus noch mehr verringern könnte, wenn für die heiklen Verhandlungspunkte – Landwirtschaft, Regional- und Haushaltspolitik – keine akzeptable Lösung gefunden wird. Allerdings ist die endgültige Bestätigung des EU-Beitritts durch ein Referendum nicht gefährdet. Je nach Meinungsforschungsinstitut liegt die Zustimmungquote bei 55 bis 65 Prozent¹⁸.

Obwohl die lukrativsten Privatisierungsobjekte bereits veräußert wurden, ist der Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen ungebrochen. Zwei Drittel der exportierten Güter werden von Unternehmen hergestellt, die maßgeblich auf ausländisches Kapital zurückgreifen und etwa ein Fünftel der Arbeitnehmer beschäftigen. Wohl in keinem der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer ist der Strukturwandel derart sichtbar wie in Ungarn. Während indes die westlichen Bezirke und vor allem Budapest bisweilen unter Fachkräftemangel leiden und qualifizierte Arbeitnehmer aus der Slowakei (bspw. für die PKW-Produktion im nordwestungarischen Esztergom) anwerben, kämpfen östliche Landesteile mit enormen strukturellen und regionalen Defiziten sowie einer Arbeitslosenrate von mancherorts über 20 Prozent. Im Landesdurchschnitt beträgt die Arbeitslosenrate unter sechs Prozent, ein im Vergleich zu anderen mittel- bzw. osteuropäischen Transformationswirtschaften hervorragender Wert. Daher überrascht es nicht, dass sich die ungarische Bevölkerung enttäuscht zeigt von der mitunter unsachlich geführten Diskussion über die Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen, zumal ein unkontrollierter Zustrom an Migranten nicht zu erwarten ist.

¹⁷ Vgl. Europäische Kommission, EU-Nachrichten Nr. 29/2002, S. 9.

¹⁸ Vgl. dazu ausführlicher die Informationen auf folgenden Websites verschiedener ungarischer Forschungsinstitute www.tarki.hu www.szondaipsos.hu www.gallup.hu

Makroökonomische Daten und Prognosen

Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2000	2001	2002	2003
Wachstum des BIP	5,2	3,8	3,5	4-4,3
Inlandsnachfrage	5,1	2,1	3,8	4,4
- Privater Konsum	4,5	5,1	4,6	4,9
- Bruttoanlageinvestitionen	7,7	3,1	4,0	4,8
Exporte	21,8	9,1	6,3	9,4
Importe	21,1	6,3	7,5	9,5
Arbeitslosenquote (Jahresende)	6,5	5,7	5,8	5,7
Inflation (Konsumentenpreisindex)	9,8	9,2	5,5	4-5
Haushaltssaldo (in Prozent des BIP)	-3,0	-5,2	-5,8	-4,4
Leistungsbilanzsaldo (in Prozent des BIP)	-2,9	-2,1	-3,5	-3,1

Quellen: Központi Statisztikai Hivatal (Statistisches Hauptamt), Economic and Financial Data August 2002; Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD in Figures – Volume 2002.

Ungarn sieht sich jetzt mit deutlich nach unten korrigierten Zuwächsen beim privaten Konsum und den Bruttoanlageninvestitionen konfrontiert, nachdem das Land bis zum Jahr 2000 mit hohen realen Wachstumsraten den Aufholprozess beschleunigen konnte. Wurden vor Jahresfrist von den Ökonomen für das Jahr 2002 noch sechs bis sieben Prozent Zuwachs beim realen Bruttoinlandsprodukt prognostiziert, mussten die Werte nun deutlich nach unten korrigiert werden¹. Der Rückgang der Wachstumsraten ist für eine kleine Volkswirtschaft, die besonders vom exportorientierten Wachstum abhängig ist, aufgrund der weltwirtschaftlichen Rezession und konjunkturellen Einbrüche in den meisten EU-Ländern zu erklären.

Nach der starken Zunahme des Handelsvolumens insbesondere mit EU-Ländern Ende der 1990er Jahre und im Jahr 2000 (reales Wachstum des Exportes und Importes ca. 21 Prozent) schwächten sich die Ausfuhr- und Einfuhrströme im vergangenen und in diesem Jahr ab. Zurückzuführen ist dies einerseits auf die gesunkene gesamtwirtschaftliche Nachfrage in den meisten EU-Ländern und andererseits auf das bereits hohe Gesamthandelsvolumen. Im ersten Jahrzehnt

der Systemtransformation ging es vor allem um die Initiierung eines raschen Wachstumsprozesses durch den Import notwendiger Investitionsgüter. Die reale Integration und dynamische Außenhandelsentwicklung mit dem europäischen Kernraum ist mittlerweile so weit fortgeschritten, dass Ungarn eine weitaus engere Handelsverflechtung mit den EU-Ländern aufweist als Griechenland oder Irland. Auch wenn man in Ungarn auf den Erfolg der traditionellen, hochveredelten landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Salami und Tokajer nach wie vor stolz ist, sind mittlerweile technologieintensive Industriegüter die typischen ungarischen Produkte von heute. Darüber hinaus sind die Geschäftsaktivitäten multinationale Konzerne wie IBM, Siemens, Audi, Philips oder Nokia zu erwähnen, die im Rahmen ihrer Auslandsverflechtungen früh auf die ungarischen Produktionsbedingungen und komparativen Wettbewerbsvorteile reagierten. Von erheblicher struktureller Problematik für entwickelte EU-Länder ist, dass die komparative Wettbewerbsfähigkeit der Beitrittskandidaten viele „sensible“ sowie lohnkostenintensive Sektoren betrifft. Im Zuge der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und industriellen Verflechtung ist allerdings davon auszugehen, dass sich die Produktionsstruktur in Ungarn,

¹ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 24.5.2002, S. 11.

aber auch in anderen fortgeschrittenen Transformationswirtschaften langfristig in Richtung humankapital- und technologieintensiver Produktion verändert², wobei der intra-industrielle Handel stark zunehmen dürfte.

Zum wirtschaftlichen Aufschwung trugen in den vergangenen Jahren auch die hohen Zuwächse bei den Einnahmen aus der Tourismusbranche bei. Ungarn findet sich bei den weltweit beliebtesten Tourismuszielen immerhin unter den zehn bestplatzierten Ländern. Aufgrund der strukturellen Einbrüche im weltweiten Tourismus erleidet Ungarn in diesem Jahr jedoch einen deutlichen Rückgang der Nettodeviseneinnahmen aus dem Tourismus um ca. 30 Prozent, wobei aufgrund der verringerten Ausgaben ausländischer Touristen im ersten Halbjahr ein Rückgang von ca. 16 Prozent zu verzeichnen ist³.

Bis zum Jahr 2002 bereitete die hartnäckige Inflation enorme Probleme, da sich aufgrund des relativ hohen Wachstumstempos und der gestiegenen Reallöhne nicht ohne Weiteres in die Nähe des Maastrichter Konvergenzkriteriums senken ließ. Erst in diesem Jahr führte die stabilitätsorientierte Geldpolitik der Ungarischen Nationalbank zu einer deutlichen Reduzierung der Inflationsentwicklung. Darüber hinaus erfuhr der ungarische Forint in den vergangenen zwölf Jahren eine reale Aufwertung, die sich zwar in den letzten Jahren abgeschwächt hat, jedoch zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanzposition beiträgt⁴. Problematisch ist die aus dem Ruder

laufende expansive Fiskalpolitik, denn das Haushaltsdefizit des gesamten Staatsbudgets gemessen am BIP übertrifft im vergangenen und in diesem Jahr deutlich die Fünf-Prozent-Marke. Auch für das kommende Jahr zeichnet sich trotz der eingeleiteten Sparmaßnahmen ab, dass Ungarn noch deutlich das Maastrichter Kriterium von drei Prozent Nettoneuverschuldung verfehlen wird. Großzügige Wahlgeschenke der konservativen Regierung und die Einhaltung von Wahlversprechungen seitens der neuen Regierung (Rentenerhöhungen und eine drastische Anhebung der Gehälter für staatliche Angestellte im Gesundheits- und Bildungswesen) drohen eine stabilitätsorientierte Fiskalpolitik und die Glaubwürdigkeit des Sparkurses nachhaltig zu gefährden. Zudem birgt die expansive Fiskalpolitik inflationäre Risiken und gibt daher der Geldpolitik der Ungarischen Nationalbank Probleme auf. Durch restriktive geld- und zinspolitische Maßnahmen konnte die Inflationsrate im Juli 2002 dennoch auf 4,6 Prozent gesenkt werden.

Mit der Einhaltung eines strikten wirtschaftspolitischen Stabilitätskurses in der Finanz- und Geldpolitik sollte die neue ungarische Regierung rasch nach Aufnahme in die EU dafür sorgen, dass die strengen Konvergenzkriterien zur Übernahme des Euro im Jahr 2006 erfüllt werden können. Dazu soll auch eine Modifikation des von der Orbán-Regierung vorbereiteten und langfristig angelegten Széchenyi-Plans (benannt nach dem Reformler István Széchenyi) dienen, der weitreichende Infrastrukturinvestitionen und eine grundlegende Reform des maroden Gesundheits- und Rentensystems zum Gegenstand hat. Die neue Regierung beabsichtigt in einem Strategiedokument, das im August veröffentlicht wurde, interventionistische und zentralistische Elemente, für die das vorherige

² Ungarns boomende IT-Branche zeigt, dass sich, so der etwas reißerische Spiegel-Titel, „Lenins Enkel [auch] im Cyberspace“ bewegen; vgl. Der Spiegel 9/2001, S. 149-152. Die räumliche Nähe zum europäischen Kernraum sowie ein hohes Ausbildungsniveau legen den Schluss nahe, dass die Umstellung auf eine technologie- und wissensintensive Produktion in vollem Gange ist, auch wenn sie sich erst am Anfang eines tiefgreifenden Wandels befindet.

³ Vgl. Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank), Hungary's preliminary balance of payments, Budapest, August/2002, S. 2-4.

⁴ Vgl. dazu im Detail sowie zu einem Vergleich des so genannten Balassa-Samuelson-Effektes zwischen Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn

und Slowenien Mihály A. Kovács (ed.), On the Estimated Size of the Balassa-Samuelson Effect in Five Central and Eastern European Countries, Magyar Nemzeti Bank, Working Paper 5/2002.

Kabinett bekannt war, aus dem Plan zu streichen⁵.

Niveau des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf

(gemessen in Kaufkraftparitäten am Index-Standard Deutschland = 100; Werte für das Jahr 2002)

	Reales BIP pro Kopf
Luxemburg	153
Schweiz	128
Deutschland	100
Frankreich	98
Portugal	73
Slowenien	69
Tschechien	51
Ungarn	50
Polen	40
Rumänien	24

Quelle: GfK Piackutató Intézet – GfK Markforschungsinstitut, Egy lakosra jutó vásárlóerő-index (Kaufkraftindex pro Kopf der Bevölkerung), Budapest 2002.

Vergleicht man Ungarn mit hoch entwickelten westeuropäischen Volkswirtschaften, so zeigt sich, dass das Wohlstandsgefälle, gemessen in realen Kaufkraftgrößen⁶, deutlich geringer ausfällt, als eine bloße Umrechnung nach der Wechselkursmethodik suggerieren würde. Ungarn weist demnach ein reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von der Hälfte des deutschen Niveaus auf, liegt mit Tschechien gleichauf und noch deutlich vor Polen. Auch der Abstand zu den „ärmsten“ EU-Ländern Portugal und Griechenland verringert sich in einer Zeitreihenbetrachtung zusehends, da die realen Wachstumsraten Ungarns deutlich über

⁵ Vgl. Népszabadság, 3.8.2002, S. 9-10.

⁶ Selbstverständlich gilt es zu berücksichtigen, dass das BIP pro Kopf nur einer von mehreren Wohlstandsindikatoren ist. In sozio-ökonomischen Forschungen spielen darüber hinaus Indikatoren wie Lebenserwartung, Alphabetisierungsgrad, Kindersterblichkeit, relative Armut sowie eine Vielzahl von Bildungs- und Sozialindikatoren eine wesentliche Rolle bei der Einschätzung eines Landes; vgl. dazu ausführlich Klára Fóti (ed.), Hungary – Human Development Report 1999, Budapest 2000.

denen der EU-Länder liegen. Um allerdings den EU-Durchschnitt erreichen zu können, werden sogar bei Beibehaltung hoher realer Zuwächse der Wertschöpfung noch einige Jahrzehnte vergehen.

Trotz der politischen Krisenphänomene und der Auseinandersetzungen um den „wahren“ Weg kann Ungarn in der Frage des EU-Beitritts zweifellos als „zuverlässiger Bewerber in zentraler Lage“⁷, der noch Platz für ausländische Direktinvestitionen bietet, bezeichnet werden. Ein Abschluss der Beitrittsverhandlungen hängt demnach in erster Linie nicht maßgeblich von Ungarn ab, sondern einerseits sowohl vom Willen der EU-Organen, die Erweiterung rasch zu realisieren und institutionelle und finanzielle Reformen voranzubringen, als auch andererseits vom Fortschritt der Verhandlungen mit weiteren Beitrittsländern. Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die zukünftige institutionelle Gestalt und die Finanzreformen der Union kommt jedoch auch den innenpolitischen Reformfortschritten eine große Bedeutung zu. Das Ziel, dem Begriff „Heimat Europa“⁸ einen Sinn zu geben, verfolgen in Ungarn bis auf die Rechten alle politisch und intellektuell maßgeblichen Kräfte. Die zukünftigen Herausforderungen für die Regierung Medgyessy unterscheiden sich daher in der Wahrnehmung der Bevölkerungsmehrheit nicht von denjenigen, mit denen in Fragen des EU-Beitritts die alte Regierung zu tun hatte. Der Erfolg der Mitte 2002 angebrochenen Wahlperiode wird demnach am Abbau der Defizite in der staatlichen Administration und an den Reformen der sozialen Sicherungssysteme gemessen werden. Auch die neue Regierung sieht sich daher mit der Herkulesaufgabe konfrontiert, der Bevölkerung die wahren Kosten und Nutzen des EU-Beitritts zu vermitteln.

⁷ Vgl. dazu den Länderbericht „Ungarn“ in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.3.2002, S. 16.

⁸ Vgl. dazu die verschiedenen Beiträge mitteleuropäischer Autorinnen und Autoren in Kafka – Zeitschrift für Mitteleuropa, „Auf dem Weg nach Europa“, Heft 1/2001.

Michael Walter

Hoffnung auf Lärmreduzierung: die Parlamentswahlen in Tschechien 2002

Die zahlreichen um Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen bemühten Brückenbauer diesseits und jenseits der Grenze dürfen vorsichtig aufatmen. Die mitunter unseligen Wahlkampfeschlachten des Jahres 2002 in Tschechien und in Deutschland sind geschlagen,



das Getöse verklungen und mit dem verbalen Pulverdampf lösen sich hoffentlich bald auch die insbesondere über die Frage des Umgangs mit den Beneš-Dekreten entstandenen beiderseitigen Verstimmungen auf.

„Deutsch-tschechisches Gemetzel“ hatte die üblicherweise besonnen um Verständigung bemühte Prager Zeitung die gegenseitigen Tiefschläge auf ihrer Titelseite vom 23. Mai 2002 kommentiert und in drastischen Worten ergänzt: „Wahlkämpfende Politiker schlagen alte Weltkriegs-Schlachten ohne Rücksicht auf Verluste“. Dies ist umso bitterer, als sich in den Jahren nach der Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Erklärung viele Beobachter und Akteure einig gewesen waren, dass „die deutsch-tschechischen Beziehungen noch nie so gut waren wie heute“¹. Doch die Wahlent-

scheidungen sind gefallen, die neuen Parlamente und Regierungen im Amt, und es bleibt zu hoffen, dass in Prag, Berlin (und München) nun wieder die Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen in den Vordergrund rückt. Die Ablösung des ob seiner notorischen

Ausfälle auch im eigenen Land bisweilen heftig kritisierten „Prager Polter-Geistes“² und nunmehr ehemaligen Ministerpräsidenten Miloš Zeman, dessen fehlendes diplomatisches Talent in zynischen Angriffen gegen Sudetendeutsche („Sie wollten heim ins Reich und dahin gingen sie auch“³) sowie im berüchtigten „Haaretz“-Interview⁴ unwürdige Tiefpunkte fanden, ist

dabei sicherlich kein Nachteil. Entsprechendes gilt für die Niederlage des ähnlich rustikalen und „beratungsresistenten“⁵ Chefs der

Anne Müller, „Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Tschechien“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung/ Auslandsinformationen 7/02, S. 23–55.

¹ So z. B. der damalige tschechische Botschafter in der Bundesrepublik František Cerný bei einem Besuch im Gesamteuropäischen Studienwerk e.V. Vlotho am 14.4.1999.

² Die Woche vom 8.3.2002.

³ Zit. nach Ewald Trojansky, „Deutsch-tschechisches Gemetzel“, in: Prager Zeitung vom 23.5.2002.

⁴ In einem Interview mit der israelischen Zeitung Haaretz soll Zeman Palästinenser-Führer Arafat mit Hitler verglichen und die Vertreibung der Palästinenser nach sudetendeutschem Muster vorgeschlagen haben. Vgl. dazu Gerd Lemke, „Zeman zerschlägt diplomatisches Porzellan“, in: Prager Zeitung vom 21.2.2002; Karl-Peter Schwarz, „Die tschechische Lösung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.2.2002.

⁵ Jaroslav Šonka, „CDU will mit Vertreibung Stimmen angeln“, in: Prager Zeitung vom 4.7.2002.

* Nach Redaktionsschluss erschien ein weiterer umfassender Beitrag zur Wahl: Frank Spengler/

Demokratischen Bürgerpartei (ODS) Václav Klaus („Die ODS wählt die tschechischen nationalen Interessen. Eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs lassen wir nicht zu. Lasst uns beobachten, wer dem Druck von außen nachgibt.“⁶) Auf allen Seiten sollte man jedenfalls registriert haben, dass die Versuche, mit nationalistischen Tönen Stimmung zu machen, stets vor allem extremistischen Gruppierungen Erfolge einbringen.

Laute Langeweile: der Wahlkampf

Obwohl sich rund 6.200 Kandidaten aus 28 Parteien und Vereinigungen um die 200 Sitze des Unterhauses bewarben, entwickelte sich der tschechische Wahlkampf rasch zu einem Zweikampf zwischen der regierenden Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (CSSD) und der konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS). Schon vor der dritten Parlamentswahl in Tschechien seit der Auflösung der CSFR stand fest, dass es einen neuen Regierungschef geben würde. Der seit 1998 amtierende Ministerpräsident Miloš Zeman hatte bereits zwei Jahre zuvor seinen Rückzug aus der aktiven Politik angekündigt und auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Ob dies auch für das Anfang 2003 neu zu besetzende Präsidentenamt gilt, steht auf einem anderen Blatt⁷. Um die Nachfolge Zemans als Regierungschef bewarb sich als Spitzenkandidat der CSSD deren Vorsitzender Vladimír Špidla. Stärkster Konkurrent war der frühere Regierungschef Klaus, der im Dezember 1997 infolge einer Parteispendenaffäre sowie innerparteilicher Konflikte zurückgetreten war. Aus den vorgezogenen Neuwahlen waren im Juni 1998 die Sozialdemokraten als stärkste Partei hervorgegangen. Da sie mit 74 Mandaten im Abgeordnetenhaus ebenfalls über keine eigene Mehrheit verfügten, schlossen sie einen so genannten Oppositionsvertrag über eine

langfristige politische Zusammenarbeit mit der ODS. In diesem Vertrag, der zu Beginn des Jahres 2000 als „Toleranzpakt“ eine Erneuerung fand, verpflichtete sich die Bürgerpartei, während der gesamten Legislaturperiode weder einen Misstrauensantrag gegen die Regierung zu initiieren, noch einen solchen zu unterstützen. Im Gegenzug erhielt sie mehrere wichtige Ämter zugesprochen, so das Amt des Parlamentspräsidenten, das Klaus übernahm, sowie ein weitreichendes Mitspracherecht in wichtigen politischen Fragen bis hin zur Haushaltspolitik. Angesichts dieser Tatsache wirkten die gegenseitigen Angriffe im Wahlkampf reichlich theatralisch. Warnte Špidla vor einer „Krise argentinischen Ausmaßes“ nach einem Wahlsieg der Bürgerpartei, so verkündete Klaus eine „Wiedergeburt des Sozialismus“ für den Fall eines erneuten CSSD-Erfolgs⁸. Umstrittene Höhepunkte in einem ansonsten recht müden Wahlkampf waren eine Telefonaktion, mittels derer die ODS den Versuch unternahm, 1,5 Millionen Haushalten eine halbminütige Ansprache von Václav Klaus vorzuspielen⁹, sowie zwei Fernsehduelle, in denen Beobachter dem Sozialdemokraten eine bessere Figur bescheinigten¹⁰. Bis zum Schluss ließ sich aus den Umfragen kein klarer Favorit ablesen. Beide Großparteien lagen noch kurz vor der Wahl mit einem prognostizierten Stimmenanteil von rund 27 Prozent etwa gleichauf¹¹.

⁶ Flugblatt der ODS, übersetzt nach „Gefährliche Themen im Prager Wahlkampf“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 7.5.2002.

⁷ Vgl. Uwe Müller, „Nachfolger für Präsident Havel gesucht“, in: Prager Zeitung vom 18.7.2002.

⁸ Zit. nach Wolfgang Jung, „Hochspannung vor Parlamentswahlen in Tschechien“, dpa vom 12.6.2002.

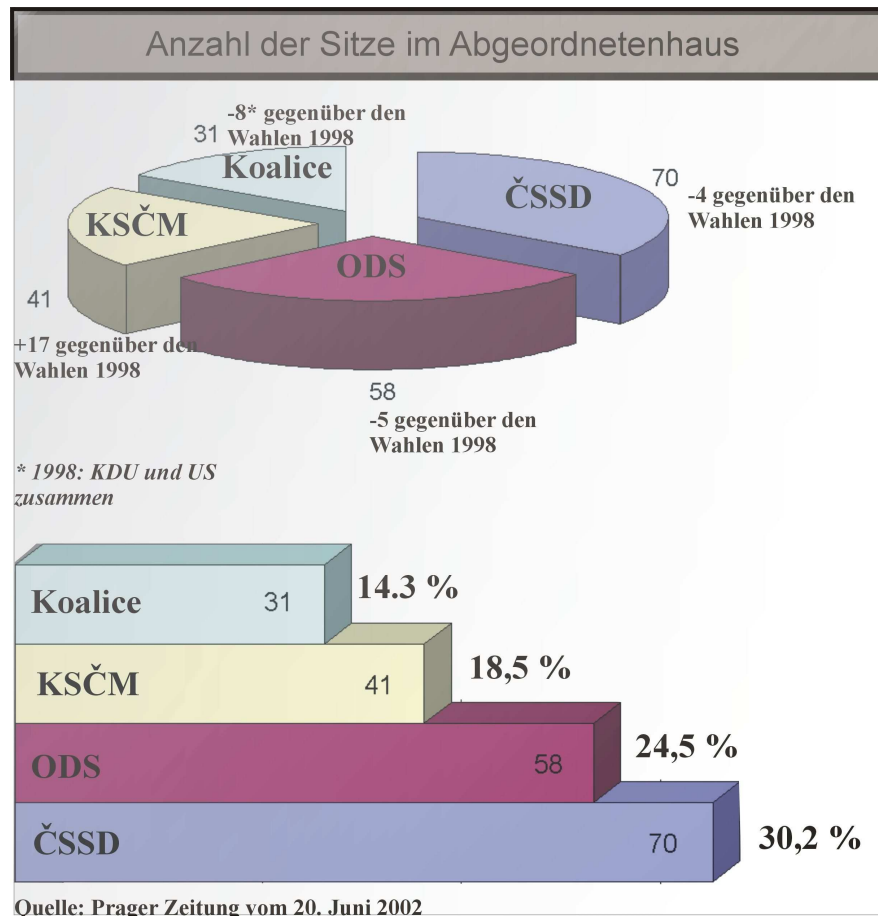
⁹ Vgl. Hans-Jörg Schmidt, „Nach ermüdendem Wahlkampf erwartet die Tschechen jetzt ein enges Rennen“, in: Die Welt vom 13.6.2002.

¹⁰ So Mláda Fronta Dnes und Právo, jeweils vom 10.6.2002.

¹¹ Vgl. z.B. Wolfgang Jung, „Machtpoker an der Moldau – Tschechen wählen neues Parlament“, dpa vom 10.6.2002.

Das Wahlergebnis¹²

Regierung verteidigt: die CSSD



Als am Ende des zweitägigen Urnengangs das Ergebnis feststand, hatte das rechte Lager - dessen Parteien bei der letzten Wahl noch die meisten Parlamentssitze auf sich vereinigen konnten - erstmals keine Mehrheit mehr in der Unterammer. Oder wie es die Prager Zeitung vorrechnete: „die Linken haben etwa 2,322 Millionen Tschechen gewählt, während die Rechten knapp 1,8 Millionen Stimmen erhielten.“¹³ Allerdings übersah der von vielen Kommentatoren behauptete „Linksruck“ die rund 3,5 Millionen Nichtwähler. Jedenfalls lagen die Sozialdemokraten letztlich unerwartet deutlich vorne. Mit einem Stimmenanteil von

¹² Vgl. zu den folgenden Angaben v.a. die im Internet unter www.volby.cz zugänglichen Daten sowie „Sozialdemokraten gewinnen Parlamentswahlen“, in: Prager Zeitung vom 20.6.2002.

¹³ Rudolf Kucera, „Klaus steht Stabilität im Wege“, in: Prager Zeitung vom 27.6.2002.

30,2 Prozent hatten sie gegenüber der Wahl von 1998 rund zwei Prozentpunkte verloren, waren aber mit 70 Mandaten größte Fraktion im

Abgeordnetenhaus geblieben. In zwölf von 14 Bezirken war die CSSD stärkste Partei geworden und erzielte dabei im mährisch-schlesischen Kreis mit 36,13 Prozent das beste Resultat. Von vielen Tschechen wurde honoriert, dass die Regierung Zeman durchaus einige Erfolge vorweisen konnte. Im wirtschaftlichen Bereich gilt dies beispielsweise für die Gewinnung ausländischer Investoren, die Privatisierung der staatlichen oder halbstaatlichen Betriebe und den Anstieg der Reallöhne. Gemessen an den Kaufkraftparitäten liegt Tschechien knapp vor Ungarn und deutlich vor Polen und nähert sich den ärmeren

EU-Staaten an. Mit dem Beitritt Tschechiens zur NATO und der weiteren Annäherung an die Europäische Union wurden wichtige außenpolitische Ziele erreicht. Vermutlich hatte es sich für die Sozialdemokraten auch ausgezahlt, dass sich das Wirtschaftswachstum in Tschechien „mit Geschick und etwas Glück“¹⁴ rechtzeitig zur Wahl noch einmal kräftig beschleunigte. Von diesem Wachstum profitierten relativ breite Kreise der Bevölkerung.

Niederlage für die Konservativen: die Demokratische Bürgerpartei (ODS)

Das eigene Wahlziel der Regierungsübernahme abermals klar verfehlt hat die ODS, die das schlechteste Ergebnis seit Teilung der Tschechoslowakei hinnehmen musste. Die

¹⁴ Thomas Kreyenbühl, „Mit Rückenwind in die Wahlen“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 13.6.2002.

Bürgerpartei erhielt 3,2 Prozentpunkte weniger im Vergleich zur letzten Wahl und blieb mit 24,5 Prozent der Stimmen und 58 Mandaten deutlich unter dem Ergebnis der Sozialdemokraten. Besonders schwach schnitt die ODS in ihrer Hochburg, der Hauptstadt Prag ab (minus 8,62 Prozent), konnte dennoch aber dort wie auch im nordböhmischen Kreis Liberec den ersten Platz belegen (Auf dem symbolträchtigen Edvard-Beneš-Platz dieser ehemals von Sudetendeutschen besiedelten Stadt hatte Klaus seinen Wahlkampf eröffnet). Dagegen fiel die ODS in mehreren Kreisen hinter den Kommunisten auf die dritte Position zurück.

Insgesamt hatte die vierjährige Tolerierung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung dem Ansehen der Partei erheblich geschadet, während von ihrer nationalistischen, antideutschen und antieuropäischen Stimmungsmache eher andere profitierten. Auch die Warnungen vor einer „Rückkehr des Sozialismus“ waren wohl als ebenso überzogen wie unglaubwürdig gewertet worden¹⁵. Man erinnerte sich jedenfalls mancherorts noch daran, dass die ODS vier Jahre zuvor ebenfalls gegen die „rote Gefahr“ mobilisiert hatte, nach der Wahl aber den Oppositionsvertrag unterzeichnete¹⁶. Zudem war der Versuch gescheitert, vor allem in der letzten Phase vor der Wahl durch eine Personalisierung des Wahlkampfes („Stoppt die Sozialisten. Die Nation wählt Klaus.“) das Profil des eigenen Spitzenkandidaten zu schärfen¹⁷. Zwar war bislang eine ODS als einzige parlamentarische Partei, die seit ihrer Gründung von der gleichen Person geführt wurde, ohne die Identifikationsfigur Klaus kaum vorstellbar. Neue Impulse vermochte er jedoch nicht mehr zu setzen. Umso schwerwiegender waren die Vorwürfe des 17 Tage vor der Wahl von seinem Amt zurück- und aus der ODS ausgetretenen Prager Ober-

bürgermeisters Jan Kasl, Klaus verfolge mit seiner Politik nur persönliche Interessen¹⁸.

Noch am Wahlabend gestand Klaus die herbe Niederlage seiner Partei ein. Persönliche Konsequenzen konnten nicht ausbleiben. Mit dem schlechten Abschneiden war nicht nur die Chance vertan, das Land noch einmal wie bereits nach 1992 und nach 1996 zu regieren. Das Ergebnis minderte auch die Aussichten auf einen Einzug in die Burg nach Ende der Amtszeit Havels im kommenden Januar¹⁹. Daher kündigte Klaus an, er werde auf einem Sonderparteitag im Dezember gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern der Parteiführung zurücktreten, um Neuwahlen zu ermöglichen. Bedingung dafür sei, dass die „Einheit der Partei“ gewahrt bliebe. Eine frühere Einberufung des Sonderparteitages, wie z. B. vom scheidenden Senatsvizepräsidenten Premysl Sobotka gefordert, lehnte Klaus ab²⁰. Daher bleibt abzuwarten, ob die Wahlniederlage tatsächlich das Ende der Ära Klaus einläutete²¹. Eine Gegenthese formuliert z. B. Sabine Herre in einem möglichen Szenario: Zum Ende der EU-Beitrittsverhandlungen – vor allem dann, wenn über das Landwirtschaftskapitel diskutiert wird –, könnte die tschechische Regierung zu Zugeständnissen gezwungen sein, die den ohnehin sinkenden Beitrittswillen der Tschechen noch einmal verringern dürften. Ein Scheitern des EU-Referendums würde die Mitte-links-Regierung politisch sicherlich nicht überleben. Dann könnte erneut die Stunde des Václav Klaus gekommen sein, der stets verkündet hatte: „Ich sehe es als meine Pflicht an, gegen die Vereinheitlichung des Kontinents, gegen diese Ideologie der europäischen Sozial-

¹⁵ Vgl. „Nach tschechischen Wahlen zeichnet sich sozial-liberale Koalition ab“, dpa vom 16.6.2002.

¹⁶ Vgl. „Gefährliche Themen im Prager Wahlkampf“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 7.5.2002.

¹⁷ Vgl. Karl-Peter Schwarz, „Das Ende der Ära Klaus“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.6.2002.

¹⁸ Vgl. „Parteiaustritt“, in: Prager Zeitung vom 13.6.2002.

¹⁹ Vgl. Hans-Jörg Schmidt, „Tschechien rückt nach den Wahlen näher an die EU“, in: Die Welt vom 17.6.2002.

²⁰ Vgl. Hans-Jörg Schmidt, „Nach Wahlschlappe steht Klaus nun in der Schusslinie“, in: Die Welt vom 20.6.2002.

²¹ Vgl. „Konstruktive Koalitionsgespräche in Prag“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 25.6.2002; „Tschechiens Ex-Regierungschef Klaus will Parteivorsitz abgeben“, dpa vom 20.6.2002.

und Christdemokraten zu kämpfen, solange ich die Kraft dafür habe.“²²

Hinter den Erwartungen zurück: die „Koalition“

Mit 14,3 Prozent der Stimmen schnitt die „Koalice“ (K), ein aus der liberalen Freiheitsunion/Demokratischer Union (US-DE) sowie der sozial orientierten Christlichen und Demokratischen Union – Tschechische Volkspartei (KDU-CSL) bestehendes Bündnis, schwächer ab, als nach Umfragen zu vermuten. Von ihren 31 Mandaten entfielen 21 auf die KDU-CSL, acht auf die US und zwei auf Unabhängige. Ein Jahr zuvor war das Bündnis als „Viererkoalition“ (4K) aus US, DEU, KDU-CSL und Demokratischer Bürgerallianz (ODA) noch klarer Favorit für die Parlamentswahl gewesen²³, was durch Erfolge bei Kommunal- und Senatswahlen bestätigt wurde. Es war auch kein Geheimnis, dass die „4K“ das besondere Wohlwollen von Staatspräsident Václav Havel fand. Nach Führungsproblemen und langwierigen Meinungsverschiedenheiten über die Tilgung einer Millionenschuld der ODA zerbrach die Viererkoalition jedoch im Februar 2002²⁴. Während sich die ODA aus dem Oppositionsbündnis löste, verständigte sich die kurz zuvor vereinigte städtisch-intellektuell orientierte Freiheitsunion/Demokratische Union mit den im bäuerlichen Milieu verwurzelten Christdemokraten auf einen gemeinsamen Wahlkampf. Nachdem der anfänglich hohe moralische Kredit des Bündnisses infolge der internen Querelen verspielt war, konnte man die bisherige Unterstützung in der breiten Bevölkerung nicht mehr zurückgewinnen. Darüber hinaus scheint die von der Koalice

besonders umworbene Mittelschicht²⁵ noch zu schmal, um bessere Ergebnisse zu erzielen. Angesichts des enttäuschenden Abschneidens konnte es nicht überraschen, dass sich die Koalice als Wahlbündnis bereits wenige Wochen nach der Parlamentswahl wieder auflöste. Zukünftig, und damit bereits zu den Senats- und Kommunalwahlen im Herbst, wollen die US-DEU und die KDU-CSL wieder getrennt antreten²⁶.

Triumph für alte Kader: die Kommunisten

Eigentliche Gewinnerin der Wahl war die von der deutschen PDS im Wahlkampf unterstützte Kommunistische Partei für Böhmen und Mähren (KSCM), die als einzige Partei mit plus 7,2 Prozentpunkten klare Stimmenzugewinne verzeichnen konnte²⁷. Dies ist umso bemerkenswerter als „die einzige kommunistische Partei Osteuropas, die sich seit der politischen Wende 1989 nicht reformiert hat“²⁸, vor Jahresfrist mit einem Anteil von knapp elf Prozent in der Wählergunst weit abgeschlagen gelandet war²⁹ und auch im Wahlkampf relativ wenig Zulauf zu ihren Veranstaltungen verzeichnete³⁰. Nun gewann sie mit 18,51 Prozent der Stimmen gegenüber der letzten Parlamentswahl 17 Mandate hinzu und bildet mit 41 Parlamentariern die drittstärkste Fraktion im neuen Abgeordnetenhaus. Rekordergebnisse erzielten die orthodoxen Kommunisten mit einem Anteil von 25,08 Prozent im nordwestböhmisches Kreis Ústí nad Labem. In dieser von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Region verzeichneten sie mit plus elf Prozentpunkten den größten Stimmenzu-

²² Sabine Herre, „Margaret Klaus steht vor dem Aus“, in: die tageszeitung vom 12.6.2002.

²³ Vgl. „Tschechische Kommunisten auf letztem Platz der Beliebtheitsskala“, dpa vom 6.4.2002.

²⁴ Vgl. „Aussichtsreiches Wahlbündnis 4K in Tschechien zerbrochen“, dpa vom 1.2.2002; Frank Spengler, „Wer hält Kurs auf Europa?“, in: Einblicke. Berichte aus der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1/2002, S. 5.

²⁵ Vgl. Gerd Lemke, „Mit Hüpfburgen und Seife in den Wahlkampf“, in: Prager Zeitung vom 13.6.2002.

²⁶ Vgl. „Koalice hat keine Zukunft mehr“, in: Prager Zeitung vom 25.7.2002.

²⁷ Vgl. zum Folgenden Gerd Lemke, „Bestürzung über Zuwachs der Kommunisten“, in: Prager Zeitung vom 20.6.2002.

²⁸ „Sieg des Linkspopulismus“, in: die tageszeitung vom 17.6.2002.

²⁹ Vgl. „Tschechische Kommunisten auf letztem Platz der Beliebtheitsskala“, dpa vom 6.4.2002.

³⁰ Vgl. Gerd Lemke, „Rote Hoffnung auf eine reiche Kirschernte“, in: Prager Zeitung vom 13.6.2002.

wachs. Dabei profitierte man stark von den in diesem Kreis besonders dramatischen Verlusten der Sozialdemokraten. Zweitstärkste politische Kraft noch vor der ODS wurde die KSCM auch auf der böhmisch-mährischen Hochebene, im mährischen Kreis Olomouc sowie im mährisch-schlesischen Wahlkreis um die Industriestadt Ostrava.

„Unter den Kommunisten war es besser“ – diesen Satz, allen Ernstes ausgesprochen, kann man in Ostmitteleuropa immer noch und immer wieder hören.³¹ Für den Zuwachs der ehemaligen Staatspartei, die es bis heute ablehnt, sich für die Verbrechen des alten Regimes zu entschuldigen, wurden in den Wahlanalysen mehrere Gründe angeführt. Zum einen profitierten sie angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung von einer stabilen und disziplinierten Stammwählerschaft insbesondere unter den Rentnern. Manche Kommentatoren wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass letztlich „nur“ 220.000 Stimmen hinzugekommen seien³². Zum andern waren viele Tschechen unzufrieden mit der Regierung Zeman, die einem großen Teil der Bevölkerung soziale Härten zugemutet habe, ohne ihre Versprechen einzulösen, etwa bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die in manchen Regionen Spitzenwerte von mehr als 20 Prozent erreicht, oder bei der Sanierung der sozialen Vor- und Fürsorgeeinrichtungen sowie beim Kampf gegen die sich in laut EU-Bewertung „besorgniserregendem Ausmaße“ ausbreitende Korruption. Die für Außenstehende nahe liegende Möglichkeit, statt den Sozialdemokraten die Stimme der ODS zu geben, war in den Augen dieser Klientel nur eine Scheinalternative, da diese als Partner des Oppositionsvertrags Teil des unpopulären Machtkartells gewesen war. Da die Kommunisten seit der „Samtenen Revolution“ weitgehend aus dem politischen Entscheidungsprozess

ausgeschlossen waren, hatten sie zumindest keine Skandale zu verantworten, lautete ein weiterer lapidarer Erklärungsversuch³³. Als unschätzbar wertvoll für die politischen Ambitionen der KSCM erwies sich schließlich der Versuch der beiden Großparteien, sich im Wahlkampf mit nationalistischen Tönen zu übertreffen. Wer die entsprechenden Themen,



und hier insbesondere die Frage des Umgangs mit den Beneš-Dekreten, zur entscheidenden Agenda für die persönliche Stimmabgabe machte, entschied sich im Zweifelsfall gleich für das Original, d. h. für die zuverlässig antideutschen und antieuropäischen Kommunisten³⁴. Es ist sicherlich kein Zufall, dass die KSCM in den Gebieten des früheren Sudetenlandes besonders gute Resultate verzeichnete.

³¹ So Rudolf Hermann, langjähriger Auslandskorrespondent der Neuen Zürcher Zeitung in seinem letzten Beitrag aus Prag: „Ostmitteleuropas harter Weg zurück“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 20./21.7.2002.

³² Vgl. „Nach tschechischen Wahlen zeichnet sich sozial-liberale Koalition ab“, dpa vom 16.6.2002.

³³ Vgl. „Erste Schritte zur Regierungsbildung in Prag“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 18.6.2002.

³⁴ Vgl. „Sieg des Linkspopulismus“, in: die tageszeitung vom 17.6.2002.

Demokratie ohne Demokraten? Wahlenthaltung und Protest

Ein weiteres Ergebnis der diesjährigen tschechischen Parlamentswahl muss allen demokratischen Kräften zu denken geben: „Die Tschechen verlieren die Lust an der Parteiendemokratie.“³⁵ Oder wie es die Prager Tageszeitung „Blesk“ ironisch ausdrückte: „Das Ergebnis war schnell ausgezählt“³⁶. Während sich bei der ersten Parlamentswahl 1990 noch 97 Prozent der Wahlberechtigten im tschechischen Landesanteil an der Wahl beteiligt hatten, sank die Wahlbeteiligung 1996 auf 76,41 Prozent, 1998 auf 74,03 und nunmehr auf magere 58 Prozent. „Der Eindruck, die Stimmabgabe sei nicht wichtig, weil nach den Wahlen die Parteien ohnehin einen Kuhhandel schließen, dürfte wohl einige Tschechinnen und Tschechen veranlassen haben, ins Wochenendhaus statt ins Wahllokal zu gehen.“³⁷ In absolute Zahlen umgerechnet machten von etwa 8,25 Wahlberechtigten lediglich 4,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Von diesen (ver)schenkten wiederum 12,42 Prozent ihre Stimme chancenlosen Splitterparteien wie der „Partei des gesunden Menschenverstandes“, der „Partei des flachen Landes“ oder „Balbíns poetischer Partei“ des Sängers Jaroslav Hutka, die allesamt erwartungsgemäß an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten. Inwieweit diese „verlorenen“ Stimmen wie auch die 18,51 Prozent der Kommunisten als reine Protestwahl gegen das vorhandene politische Personal oder aber als bewusste Entscheidung für ein bestimmtes politisches Programm (etwa das der ebenfalls an der Sperrklausel gescheiterten tschechischen Grünen, der rechtsextremen Republikaner oder auch der Vertretung der Roma-Minderheit) zu werten sind, muss noch differenzierter analysiert werden. Noch fehlen zuverlässige soziologische Untersuchungen über Nicht- bzw. Protestwähler

³⁵ Alexander Heinz, „Bürger und Politiker gehen auf Distanz“, in: Prager Zeitung vom 4.7.2002.

³⁶ „Demokratische Parteien in Prag müssen sich einigen“, in: Blesk vom 16.6.2002.

³⁷ „Sieg der Sozialdemokraten in Tschechien“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 17.6.2002.

in der Tschechischen Republik³⁸. Sollte jedoch der Trend zum Nicht- bzw. Protestwählen in der Tschechischen Republik anhalten, ist sogar ein Scheitern des Referendums über den EU-Beitritt zu befürchten.

Zweckbündnis ohne Alternativen: die Regierungsbildung

Erwartungsgemäß lud Staatspräsident Václav Havel bereits am Tag nach der Wahl die Vorsitzenden von CSSD, ODS sowie die beiden Koalitions-Politiker Cyril Svoboda und Hana Marvanová zu Konsultationsgesprächen über die Regierungsbildung in die Prager Burg ein. Da Havel die KSCM nach wie vor nicht zu den demokratischen Parteien zählt, wurde deren Vorsitzender Miroslav Grebeníček nicht in die Gespräche einbezogen. Damit kam er dem Wunsch Špidlas nicht nach, der angesichts des guten Abschneidens der Kommunisten vorgeschlagen hatte, diese zu den Konsultationen einzuladen³⁹. Der von Havel formell mit der Regierungsbildung beauftragte CSSD-Vorsitzende bekundete sogar Bereitschaft zur punktuellen Zusammenarbeit mit der KSCM, lehnte jedoch eine – zumindest rechnerisch nahe liegende und von Teilen der Medien ange-dachte⁴⁰ – rot-rote Koalition ab. Es ist ohnehin zu vermuten, dass Havel andernfalls den Auftrag zur Regierungsbildung neu vergeben hätte⁴¹.

Da Špidla die von seinem Amtsvorgänger Zeman vorgeschlagene „einfarbige sozialdemokratische Minderheitsregierung“⁴² ablehnte und es auf Seiten der beiden Großparteien wenig Bereitschaft zu einer Großen Koalition gab, sprach alles für die von Havel unterstützte

³⁸ Vgl. Alexander Heinz, „Bürger und Politiker gehen auf Distanz“, in: Prager Zeitung vom 4.7.2002.

³⁹ Vgl. Ulrike Braun, „Neue Regierung in Prag“, in: die tageszeitung vom 17.6.2002.

⁴⁰ Vgl. z.B. „Über das Udenkbare nachdenken“, in: Právo vom 17.6.2002.

⁴¹ Vgl. Wolfgang Jung, „Nach Kommunisten-Erfolg ist in Prag auch ‚Magdeburger Modell‘ möglich“, dpa vom 17.6.2002.

⁴² Zit. nach „Špidla verhandelt mit Mitte-Bündnis“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.6.2002.

Bildung einer Mitte-links-Regierung aus CSSD und dem Bündnis aus Christdemokraten und Liberalen. Allerdings hatten manche Kenner der politischen Szene genau diese Option vor der Wahl ausgeschlossen, da „eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zwischen dem eher linken Sozialdemokraten Špidla und den radikal-liberalen marktwirtschaftlichen Überzeugungen der KDU-CSL [...] nicht vorstellbar“ schien⁴³. Zeman wiederum hatte die Liberalen als „Kuckucksei“ bezeichnet, das man sich „nicht ins Nest legen“ sollte⁴⁴. Zudem verfügt diese Konstellation lediglich über eine äußerst knappe Mehrheit von 101 der 200 Parlamentssitze. Ein großer außenpolitischer Erfolg der Tschechischen Republik könnte die Regierungsmehrheit zusätzlich gefährden: Da der ehemalige Außenminister Jan Kavan (CSSD) als neuer Vorsitzender der UN-Generalversammlung bei einigen Abstimmungen im Prager Unterhaus fehlen wird, droht bisweilen eine Pattsituation zwischen Regierungsparteien und Opposition. Dass über die Liste der Liberalen mit der Schauspielerin Dana Fischerová und dem evangelischen Geistlichen Svatopluk Karasek zwei Unabhängige in das Parlament eingezogen waren, die nicht an den Fraktionszwang gebunden sind, könnte das Regierungsgeschäft zusätzlich erschweren und eine Tolerierung durch die Kommunisten erforderlich machen. Dies wiederum lehnte Grebeníček ab, der den Sozialdemokraten stattdessen eine gemeinsame Koalition anbot⁴⁵.

Im Laufe der Verhandlungen zwischen den Vertretern der Sozialdemokraten und dem Koalitions-Bündnis traten eine Reihe von Problemen auf. Obwohl der KDU-CSL-Vorsitzende Cyril Svoboda zu Beginn der Gespräche Übereinstimmungen in Fragen des

Beitritts zur Europäischen Union sowie programmatische Gemeinsamkeiten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hervorhob⁴⁶, zeigte sich bald, dass dies nicht automatisch auch für die Freiheitsunion galt. Als Abspaltung von ODS-Dissidenten, die im Dezember 1997 wesentlich zum Sturz von Klaus als Premierminister beitrugen, hatte sie lange Zeit vor allem die politische Funktion gehabt, die Bürgerpartei und ihren Vorsitzenden zu schwächen⁴⁷. Nun definiert sich die Freiheitsunion als wirtschaftsliberale Partei, deren Vorstellungen sich stark von den wohlfahrtsstaatlichen der Sozialdemokraten unterschieden. Divergierende Positionen gab es unter anderem bei den Plänen zur Haushaltskonsolidierung und in der Steuerpolitik. Zwar war die eigene Verhandlungsposition der US angesichts des bescheidenen Wahlerfolgs mit lediglich acht eigenen Mandaten von vornherein schwach. Im Streit um die künftige Finanzpolitik fand die Kompromissbereitschaft der US-Vorsitzenden jedoch ihre Grenzen. Mit ihrem Rücktritt vom Vorsitz der Freiheitsunion machte Hana Marvanová schließlich ihre persönliche Unzufriedenheit mit dem Regierungskonzept deutlich, zugleich aber den Weg für die in ihrer Partei mehrheitlich gewünschte Unterzeichnung des Koalitionsvertrags frei⁴⁸. Der Konflikt zwischen der ehemaligen ODS-Abgeordneten Marvanová und den übrigen Abgeordneten sollte sich in der Folgezeit noch verschärfen⁴⁹ und die Koalition bereits nach kurzer Zeit gefährden.

⁴³ Carola Kaps, „Die Tschechische Republik lahm auf dem Weg in die Europäische Union“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.6.2002.

⁴⁴ Zit. nach Wolfgang Jung, „Einer der Sieger der tschechischen Parlamentswahl heißt Europa“, in: dpa vom 16.6.2002.

⁴⁵ Vgl. „Špidla strebt Mitte-links-Bündnis in der Tschechischen Republik an“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.6.2002.

⁴⁶ Vgl. ebd.

⁴⁷ Vgl. „Špidla verhandelt mit Mitte-Bündnis“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.6.2002.

⁴⁸ Vgl. „Einigung der Regierungskoalition in Prag“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 5.7.2002.

⁴⁹ Vgl. Mláda Fronta Dnes vom 10.8.2002; Právo vom 12.8.2002.

Nach langwierigen Verhandlungen erzielten die Gesprächspartner somit erst am 9. Juli eine Einigung, die die Bildung einer gemeinsamen Koalitionsregierung ermöglichte. Im Urteil der

Minister. Mit Ausnahme des Außenressorts, das an den KDU-CSL-Vorsitzenden Svoboda fiel, besetzen die Sozialdemokraten alle Schlüsselressorts. Aus der alten Regierung Zeman beziel-

Das neue Kabinett¹		
Ministerpräsident	Vladimír Špidla (51)	ČSSD
Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident	Cyril Svoboda (45)	KDU-ČSL
Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident	Stanislav Gross (32)	ČSSD
Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident	Pavel Rychetský (58)	ČSSD
Ohne Portefeuille zuständig für Wissenschaft, Forschung und Humanressourcen sowie stellvertretender Ministerpräsident	Petr Mareš (49)	US
Verteidigungsminister	Jaroslav Tvrdík (33)	ČSSD
Finanzminister	Bohuslav Sobotka (30)	ČSSD
Handel und Industrie	Jiří Rusnok (40)	ČSSD
Bildungsministerin	Petra Buzková (36)	ČSSD
Arbeit und Soziales	Zdeněk Škromach (45)	ČSSD
Gesundheitsministerin	Marie Součková (48)	ČSSD
Landwirtschaftsminister	Jaroslav Palas (49)	ČSSD
Kulturminister	Pavel Dostál (59)	ČSSD
Umweltminister	Libor Ambrožek (35)	KDU-ČSL
Verkehrsminister	Milan Šimonovský (53)	KDU-ČSL
Minister für Informationstechnologie	Vladimír Mlynař (36)	US
Minister für Lokale Entwicklung	Pavel Nemeč (30)	US

Kommentatoren konnten sich die Sozialdemokraten in den meisten strittigen Fragen durchsetzen⁵⁰. Allerdings scheiterte die neue Koalition fast an ihrer ersten Bewährungsprobe. Mindestens zwei Abgeordnete des Regierungslagers verweigerten dem gemeinsamen Kandidaten Lubomír Zaorálek bei der geheimen Wahl des neuen Parlamentspräsidenten ihre Zustimmung. Erst im zweiten Wahlgang setzte sich der Sozialdemokrat mit der erforderlichen Mindestzahl der Stimmen gegen den bisherigen Amtsinhaber Klaus durch⁵¹.

Im neuen Kabinett stellten die ČSSD elf, die KDU-CSL drei und die US-DEU ebenfalls drei

ten sechs Minister ihre Ämter. Mit einem Altersdurchschnitt von 43 Jahren war das neue Kabinett das jüngste in der tschechischen Geschichte; immerhin sieben Minister waren bei Amtsantritt jünger als 40, niemand war älter als 60 Jahre. Im Gegensatz zu Zeman, der den Begriff Regierungsmannschaft sehr wörtlich nahm, berief Špidla auch zwei Frauen in das Kabinett. Zwei von den Liberalen verantwortete „Zukunftsministerien“ sollen „Tradition und Technologie“ vereinen. Das diesbezüglich jenseits des Böhmerwaldes verwirklichte bayerische Modell von „Laptop und Lederhose“ interpretiert man in Prag dabei humorvoll als Vision von „Knödel und Computer“⁵².

⁵⁰ Vgl. z.B. „Einigung auf Mitte-links-Regierung in Prag“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.7.2002.

⁵¹ Vgl. Hans-Jörg Schmidt, „Erster Auftritt der tschechischen Koalition endet mit Niederlage“, in: Die Welt vom 12.7.2002.

⁵² Vgl. Wolfgang Jung, „'Knödel und Computer' – Neue Regierung will Tschechien modernisieren“, dpa vom 15.7.2002.

Kurs Nordwest: das Regierungsprogramm⁵³

Am 12. Juli wurde Vladimír Špidla von Präsident Havel zum neuen tschechischen Ministerpräsidenten ernannt. Der 51jährige promovierte Historiker und Archäologe gilt als asketisches „Arbeitstier“, das sich nicht nur durch den Verzicht auf Becherovka im Dienst charakterlich stark von seinem Amtsvorgänger unterscheidet: „Bei Špidla muss seine Umgebung nicht ständig in Angst vor verbalen Ausrastern leben.“⁵⁴ In gewissem Widerspruch zu seinem etwas farblosen Technokratenimage steht ein abwechslungsreicher Lebenslauf. Nach Tätigkeiten im Denkmal- und im Umweltschutz in den 1970er und 1980er Jahren arbeitete Špidla, der weder Mitglied der Kommunistischen Partei noch deren Jugendorganisation war, in einem Milchwerk und als Postbote, stand an der Drehbank und war schließlich auch Arbeitsamtsleiter im südböhmischen Jindřichuv Hradec⁵⁵. Erst nach der „Samtenen Revolution“ wurde er politisch aktiv, zuerst im Bürgerforum, später in der wiedergegründeten Sozialdemokratischen Partei. Seit 1998 gehörte Špidla der Regierung Zeman als Vizepremier sowie als Minister für Arbeit und Soziales an. Seine Tätigkeit in diesem nicht gerade einfachen Ressort bewerteten in Umfragen 56 Prozent der Tschechen positiv⁵⁶. Bis zuletzt wohnte der als introvertiert geltende Politiker in einer bescheidenen Zwei-Zimmerwohnung in einem Plattenbau.

Sein wichtigstes innenpolitisches Ziel umschrieb der Premier mit dem „Weg nach Norden“, d. h. einer Orientierung auf den „modernen Sozialstaat“ schwedischen Typs, der auch die Verlierer der tschechischen

Transformation nicht vergesse⁵⁷. Dies gelte insbesondere für die durch die Transformation besonders benachteiligten Schwerindustrieregionen mit hoher Arbeitslosigkeit in Nordböhmen und in Nordmähren⁵⁸. „Geplant sind großzügige Unterstützungen für junge Familien, höhere Geburtengelder und Kindergeld für alle Familien ohne Einkommensunterschied. Den Rentnern wird auch in Zukunft zugesichert, dass der Staat die Rentenzahlung garantiert.“⁵⁹ Kritiker warnen angesichts dieses Programms vor weiteren Griffen in eine ohnehin leere Staatskasse. Während der Ära Zeman hatte sich das Budgetdefizit verdoppelt und dürfte im Jahr 2002 rund 2,6 Milliarden Euro betragen⁶⁰. Selbst der neue Finanzminister Sobotka schätzt, dass sich das Budgetdefizit bis 2004 verdreifachen wird⁶¹. Nach einer schrittweisen Senkung des Defizits von heute rund 5,5 Prozent des BIP⁶² soll das Maastricht-Kriterium von drei Prozent erst im Jahr 2008 erreicht werden. Damit rückt der Beitritt zur Euro-Zone in weite Ferne.

In anderen Fragen lässt die Regierungsagenda mehr Kontinuität als Brüche erwarten. So lehnt auch die neue tschechische Führung die vor allem in Österreich geforderte Stilllegung des umstrittenen Atomkraftwerks Temelin ab. Ebensowenig Spielraum ist in der Debatte um die Beneš-Dekrete zu erwarten.⁶³ Špidla selbst beteiligte sich im Wahlkampf an den Provokationen, indem er die Vertreibung der

⁵³ Vgl. das Regierungsprogramm des Kabinetts Špidla, in: Prager Zeitung vom 8.8.2002.

⁵⁴ So Hans-Jörg Schmidt, „Sozial und heimatverbunden: Prags Regierungschef Vladimir Špidla“, in: Die Welt vom 16.7.2002.

⁵⁵ Vgl. „Graue Maus mit Träumen und Potenzial“, in: die tageszeitung vom 18.6.2002.

⁵⁶ Vgl. Till Janzer, „Graue Eminenz und Arbeitstier“, in: Prager Zeitung vom 13.6.2002.

⁵⁷ Vgl. „Vladimir Špidla will Tschechien zum ‚modernen Sozialstaat‘ machen“, dpa vom 12.7.2002. Vgl. zum Regierungsprogramm „Neues Kabinett mit Politik der kleinen Schritte“, in: Prager Zeitung vom 18.7.2002.

⁵⁸ Interview der Prager Zeitung mit Špidla vom 20.6.2002.

⁵⁹ „Das neue tschechische Kabinett steht“, in: Prager Zeitung vom 11.7.2002.

⁶⁰ Vgl. „Tschechische Liberale vor Spaltung?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.7.2002.

⁶¹ Vgl. „Havel ernennt neue tschechische Regierung“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 16.7.2002.

⁶² Angaben nach Edgar Walzel, „Der Weg für die Reformstaaten in die EU ist steinig“, in: Prager Zeitung vom 25.7.2002.

⁶³ Vgl. „Vladimir Špidla will Tschechien zum ‚modernen Sozialstaat‘ machen“, dpa vom 12.7.2002.

Sudetendeutschen als „Quelle des Friedens“ bezeichnete. In einem Interview lehnte er es ab, tschechisches Unrecht einzugestehen, und sah Mord und Vertreibung als „gedeckt durch die Amnestie des damaligen Präsidenten der Republik.“⁶⁴ Nach der Wahl ließen dagegen ungewohnte Töne aufhorchen: Špidla sprach sich nun für eine Untersuchung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zuge der Vertreibung der Sudetendeutschen aus⁶⁵. Damit kam er nicht zuletzt jungen tschechischen Intellektuellen entgegen, die sich z. B. in der Stadt Brno ungeachtet zahlreicher Anfeindungen mit den Schattenseiten der jüngeren tschechischen Geschichte beschäftigten.

Nur geringfügig konzilianter gibt sich in der Frage der Beneš-Dekrete der neue tschechische Außenminister Svoboda. Zwar bekräftigte auch der Christdemokrat, es werde keine „Veränderung irgend einer Nachkriegsordnung“ geben und die Tschechen müssten „keinen Ausverkauf an eine Landsmannschaft befürchten.“⁶⁶ Auf die wiederholt vorgebrachte Formulierung von EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen, eine „politisch-moralische Geste“ der Tschechen könne das Verhältnis zu den Nachbarn verbessern⁶⁷, antwortete der gelernte Jurist aber verständigungsbereit: „Wenn es heißt, dass es nichts zu verhandeln gibt, bedeutet das nicht, dass man über gewisse Dinge nicht diskutieren kann“⁶⁸. Dieses Signal wurde auch in Berlin verstanden. So berichtete der SPD-Außenpolitiker Gert Weisskirchen, der als erster offizieller deutscher Vertreter mit Mitgliedern der neuen Regierung sprach, der

Generationswechsel an der Moldau könne die deutsch-tschechischen „Irritationen hinter sich lassen“⁶⁹. Wenig später hielt das Regierungsprogramm fest: „Die Regierung legt großen Wert auf freundschaftliche Beziehungen zur Bundesrepublik. Die vielseitigen Beziehungen zu Deutschland sollen auf der Grundlage des Nachbarschaftsvertrages von 1992 und der Deutsch-Tschechischen Deklaration von 1997 weiter entwickelt werden.“⁷⁰

Wichtigstes außenpolitisches Ziel bleibt der möglichst rasche Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union, um 2004 als Vollmitglied der Gemeinschaft beizutreten. Mit Blick auf Brüssel kann Außenminister Svoboda an Erfahrungen anknüpfen, die er von 1996 bis 1997 als stellvertretender Außenminister der Regierung Klaus sammelte. Damals war der Christdemokrat unter anderem für die Beziehungen seines Landes zur EU zuständig, für kurze Zeit sogar als Delegationsleiter⁷¹. Dass Svobodas Berufung in Brüssel als Zeichen einer gewissen Kontinuität positiv gewertet wurde, scheint auch Špidla überzeugt zu haben, der zunächst die Bildung eines gesonderten Europa-Ministeriums erwogen hatte. Wie in anderen Ländern hatte der Außenminister dies als Beschränkung seiner Konsequenzen abgelehnt und sich damit durchgesetzt.

Obwohl bei Amtsantritt der neuen Regierung bereits 25 Verhandlungskapitel abgeschlossen waren, liegen noch einige große Hindernisse auf dem Weg nach Brüssel. Dazu zählen unter anderem die von der EU kritisierten Missstände in Verwaltung und Justiz, die verbreitete Korruption, Fragen des Wettbewerbsrechts und des Schutzes geistigen Eigentums oder auch

⁶⁴ Zit. nach Ewald Trojansky, „Deutsch-tschechisches Gemetzel“, in: Prager Zeitung vom 23.5.2002.

⁶⁵ Vgl. „Neue Töne aus Tschechien“, in: die tageszeitung vom 15.7.2002.

⁶⁶ Zit. nach: „Prager Spitzenpolitiker: Haltung zu Dekreten bleibt unverändert“, dpa vom 23.6.2002

⁶⁷ Vgl. z.B. Interview mit Günter Verheugen: „Wir erwarten eine politische Geste der Tschechen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.7.2002.

⁶⁸ Zit. nach Uwe Müller, „Ein Mann für Diskussionen“, in: Prager Zeitung vom 11.7.2002. Vgl. das Interview Svobodas mit Lidové noviny vom 19.7.2002.

⁶⁹ Zit. nach Richard Meng, „Neue Hoffnung für Verhältnis zu Berlin“, in: Frankfurter Rundschau vom 18.7.2002.

⁷⁰ Vgl. das Regierungsprogramm des Kabinetts Špidla, in: Prager Zeitung vom 8.8.2002.

⁷¹ Vgl. Karl-Peter Schwarz, „Katholik und Patriot“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.7.2002; Uwe Müller, „Ein Mann für Diskussionen“, in: Prager Zeitung vom 11.7.2002.

Probleme bei der Finanzkontrolle und bei der Dezentralisierung⁷².

Dass die neue Regierungskoalition angesichts ihrer knappen Mehrheit und ihres recht heterogenen politischen Spektrums von Anfang an recht brüchig war, zeigte sich bereits im September. Ein handfester Streit über die 3,3 Milliarden Euro teure Finanzierung des Neuaufbaus der vom Hochwasser geschädigten Regionen führte zu einer Abstimmungsniederlage der Regierung im Parlament. Wie befürchtet verweigerte die eigenwillige Abgeordnete Marvanová wegen „Ungerechtigkeit einiger Steueränderungen“ bei Tabak und Benzin der Koalition ihre Stimme und ließ damit deren ambitioniertes Finanzierungsprojekt vorerst scheitern⁷³. Der Regierungschef forderte die liberale Politikerin in einer wenig demokratischen Reaktion daraufhin auf, ihr Mandat niederzulegen, drohte, andernfalls müsse die Freiheitsunion die Koalition verlassen, und beriet sich mit den Christdemokraten über die

Bildung einer Minderheitsregierung⁷⁴. Das Angebot der Liberalen, ein bis zwei Kabinetts-posten abzugeben, öffnete dann die Tür für weitere Optionen⁷⁵. Die Regierungskrise war bei Redaktionsschluss noch nicht beendet. Unabhängig von ihrem Ende sollte jede amtierende Regierung kurz vor dem Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen im Ziel des baldigen EU-Beitritts vereint sein. Da auf Oppositionsseite 99 europakritische Stimmen stehen, müsste der Druck eigentlich groß genug sein, um zumindest bis zum Referendum die Koalitionsdisziplin zu wahren. Eine überzeugende Europapolitik dürfte auch mit Blick auf die 17 Prozent EU-Gegner und insbesondere auf die mit 41 Prozent hohe Zahl der noch Unentschiedenen von Bedeutung sein⁷⁶. Dass Vladimír Špidla durchaus in der Lage ist, entfernte Ziele zu erreichen, zeigt seine sportliche Leidenschaft: Die Laufzeiten des „Marathon-Manns“ liegen deutlich unter denen von Joschka Fischer.

⁷² Vgl. z.B. Hans-Jörg Schmidt, „Prag steht ein harter Kampf mit den Euroskeptikern bevor“, in: Die Welt vom 24.7.2002.

⁷³ Vgl. „Prager Regierung nach nur zwei Monaten Amtszeit in schwerer Krise“, dpa vom 13.12.2002.

⁷⁴ Vgl. Prager Regierung in der Krise – Ultimatum an abtrünnige Abgeordnete“, dpa vom 13.12.2002.

⁷⁵ Vgl. „Doch noch Chancen für tschechische Koalition“, dpa vom 15.9.2002.

⁷⁶ Angaben nach dpa vom 4.7.2002.

Zbigniew Wilkiewicz

Die EU-Erweiterung und drei (nicht nur) polnische Dilemmata

Einleitung

In der nachstehenden Dokumentation veröffentlichen wir im Hinblick auf die bevorstehende Erweiterung der EU um den Beitrittskandidaten Polen drei Texte, die sich aus der jeweiligen, recht unterschiedlichen Position und Sicht ihrer Autoren mit zentralen Problemen des europäischen Integrationsprozesses beschäftigen. Dabei handelt es sich um durchgängig aktuelle Fragestellungen, mit deren Hilfe drei Dilemmata aufgezeigt werden sollen, die sicherlich nicht nur die polnische Transformationsgesellschaft betreffen, sondern auch in anderen Kandidatenstaaten sowie bei den EU-15 als markante Zielkonflikte betrachtet werden können.

Bei dem ersten hier dokumentierten Text (und Dilemma) von Bartłomiej Nowak geht es nur vordergründig um ein explizit polnisches Problem. Zwar stehen der polnischen Landwirtschaft in der Tat außergewöhnlich weitreichende Anpassungsprozesse bevor, allerdings liefert die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) angesichts der weiterhin ausstehenden Reform der EU-Institutionen und einer offenen Diskussion über die Zukunft der GAP und die Finalität der EU insgesamt betrachtet ein gutes Beispiel dafür, wie schwer Beitrittsverhandlungen sich gestalten, wenn auf beiden Seiten über noch weitgehend offene Prozesse und nicht über bereits abgestimmte, feststehende Konzepte verhandelt wird.

Im zweiten Dokument setzt sich der Journalist Marek Orzechowski mit dem Problem des für 2003 in Polen geplanten EU-Referendums auseinander. Auch hier geht es angesichts des wünschenswerten EU-Beitritt Polens nicht nur um ein polnisches Demokratiedilemma, sondern insgesamt um die Frage, ob das Projekt EU mitsamt seiner Finalitätsdebatte nicht zu sehr durch transnationale Eliten bestimmt wird. Für Orzechowski stellt sich die Frage der demokratischen Legitimierung des EU-Beitritts allerdings etwas anders dar, denn

er stellt den Sinn des in Polen geplanten Referendums gänzlich in Frage.

Schließlich stellen wir in unserem dritten Beitrag, einem teildokumentierten Forschungsbericht von Frau Professor Lena Kolarska-Bobinska, das Dilemma breiter Gesellschaftsschichten in Polen dar, die sich im Zusammenhang mit Transformation und EU-Integration durchaus nicht als Gewinner, sondern eher als ausgesprochene Verlierer dieser Modernisierungsprozesse verstehen.

Dilemma 1

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union und die Beitrittsverhandlungen mit Polen

Mit dem nachstehenden Text - es handelt sich um einen Bericht, der vom Koordinator für Europaprogramme beim Institut für Öffentliche Angelegenheiten [Instytut Spraw Publicznych, ISP] in Warschau, Bartłomiej Nowak, verfasst wurde - dokumentieren wir einige wichtige Probleme, die sich aus polnischer Sicht bei den Verhandlungen Polens mit der EU im Agrarbereich ergeben haben, und auch angesichts der jüngsten Vorschläge des EU-Kommissars Franz Fischler weiterhin akut sind. Damit tragen wir der Tatsache Rechnung, dass es ohne eine tiefgreifende und gleichzeitig tragfähige Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union keine für den potenziellen Mitgliedsstaat Polen auf Dauer akzeptable Lösung in dieser Frage geben kann. Die Zielkonflikte ergeben sich dabei sowohl aus dem Anpassungsdruck, der von der World Trade Organization (WTO) auf die EU ausgeübt wird als auch aus dem anhaltenden Anpassungsdruck der EU auf Polen. Man darf deshalb gespannt sein, in welche Richtung sich die GAP nach der Osterweiterung der EU entwickeln wird, und wie sie zukünftig mit den Anforderungen der WTO in Einklang gebracht werden kann.

Bartłomiej Nowak: Główne problemy negocjacji akcesyjnych w obszarze „rolnictwo“. Spotkanie z Jerzym Plewa, głównym negocjatorem w kwestiach rolniczych. 7.3.2002 [Die Hauptprobleme der Beitrittsverhandlungen im Bereich „Landwirtschaft“. Treffen mit Jerzy Plewa, dem Chefunterhändler für den Agrarbereich. 7.3.2002].¹

Die Verhandlungen Polens mit der EU im Bereich der Landwirtschaft stecken in der Sackgasse. Die polnischen Beitrittsszenarien aus den 1990er Jahren gingen von einer Mitgliedschaft unseres Landes im Jahre 2000 oder 2002 aus.

Gegenwärtig erwartet man gemäß des in Nizza vereinbarten Terminplans einen Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2002, wobei man die Mitgliedschaft Polens für den 1. Januar 2004 vorsieht. Die polnischen Stellungnahmen zum Beitritt, die Brüssel am 16. Januar 1999 übermittelt wurden, sahen vor, dass möglichst viele EU-Gesetze in Polen implementiert werden sollten, und dass die Zahl und Länge der Übergangsregelungen möglichst stark begrenzt werden sollte. Die Verhandlungsposition hinsichtlich der Landwirtschaft, die bereits 1995 formuliert wurde, zielte darauf ab, dass unser Land sämtliche Pflichten und Normen aus diesem Bereich übernimmt, einschließlich des freien Warenverkehrs und der Hygieneanforderungen, freilich bei voller Gleichberechtigung bei den Zuwendungen (z. B. Direktbeihilfen), die sich aus der Mitgliedschaft in der GAP ergeben.

Erste Probleme entstanden, als die EU in ihrem Haushalt für die Jahre 2000 bis 2006 (die sog. Agenda 2000) keine Direktbeihilfen für die Landwirte aus denjenigen Ländern vorsah, die in den nächsten Jahren zu Mitgliedern der EU werden sollten. Die Verhandlungsposition der EU vom Juni 2000 beinhaltete keinerlei grundlegende Postulate hinsichtlich der Produktionsbeschränkungen und der Direktbeihilfen.

Die EU stellte am 30. Januar 2002 ihre Vorschläge bezüglich der Landwirtschaft vor. Diese müssen von allen 15 EU-Staaten gebilligt werden. Gegenwärtig diskutiert man sie in den Beitrittsstaaten. Diese Diskussion betrifft im Falle Polens fünf Fragestellungen.

1. Die Konkurrenzfähigkeit der polnischen Landwirtschaft und die Perspektiven auf dem gemeinsamen Markt

In der Geschichte der einzelnen EU-Erweiterungen gab es noch nie so große ökonomische Asymmetrien zwischen den Beitrittskandidaten und den Mitgliedern. Noch nie unterschied sich die Position der EU bei den Verhandlungen so stark von der Position eines Beitrittslandes, wie das im Falle der Agrarverhandlungen mit Polen der Fall ist.

Der Vorschlag einer zehnjährigen Übergangsfrist für Polen auf dem Weg zur Gleichberechtigung, die sich aus der Teilnahme am gemeinsamen Markt ergeben soll, steht in entschiedenem Gegensatz zu den Forderungen der polnischen Seite [...]

Die Konkurrenzfähigkeit der polnischen Betriebe wird in sehr hohem Maße von der Höhe der Direktbeihilfen für die landwirtschaftliche Produktion abhängen. Werden die von der Europäischen Kommission (EK) vorgeschlagenen 25prozentigen Direktbeihilfen im ersten Jahr unserer Mitgliedschaft für die polnischen Landwirte Chancengleichheit bringen? Um diese Frage zu beantworten, muss man zunächst definieren, was diese 25 Prozent bedeuten. Die vollen Beihilfen für den deutschen oder den französischen Landwirt entsprechen nicht denjenigen, die Landwirte in Spanien oder Finnland erhalten. Sie werden auf der Grundlage des sog. Referenzertrags für einen bestimmten Zeitraum errechnet. Im Falle Polens sind das die Jahre 1995 bis 1999, die aufgrund des damaligen Rückgangs der Konjunktur und der Krise in der Landwirtschaft ungünstig sind. Wenn man das Beispiel Roggen nimmt, für den die

¹ In: <http://www.isp.org.pl/docs/PE/plewa.doc>.

Direktbeihilfe pro produzierte Tonne € 63 beträgt,

so erhält der französische Landwirt für

7t/ha € 63

der deutsche Landwirt für

6t/ha € 63

der spanische Landwirt für

3t/ha € 63

der finnische Landwirt für

2,97t/ha € 63.

Polen hat einen Referenzertrag in Höhe von 3,6t/ha vorgeschlagen, der sich aus dem tatsächlichen Referenzertrag plus einem 20prozentigen Zuschlag aufgrund des extensiven Charakters der Landwirtschaft zusammensetzt. Einen solchen Zuschlag hat bisher allerdings noch kein Beitrittsland erhalten.

Der Vorschlag der EK beläuft sich auf 2,96t/ha. Tatsächlich machen also die 25 Prozent der Direktbeihilfen, die ein polnischer Landwirt bekommen soll, 12,5 Prozent dessen aus, was ein deutscher Landwirt erhält.

Ein weiteres Problem bilden die für Polen ungünstigen Produktionsbeschränkungen, die ebenfalls Einfluss auf die Höhe der ausbezahlten Mittel haben. Geht man von der vollen Zahlbarkeit der Direktbeihilfen aus, so beträgt der Unterschied beim Wert der von Polen und von der EU vorgeschlagenen Limits 1,3 Mrd. € zu Ungunsten Polens.

Schwierigkeiten gibt es auch, wenn es um die Preisrelation der Agrarprodukte und Lebensmittel zwischen Polen und der EU geht. Nach den neuesten, noch nicht veröffentlichten Berichten sind die Preise dieser Artikel in unserem Land in den meisten Fällen höher als in den EU-Staaten. Dies gilt besonders für sämtliche Sorten von Futtergetreide und für Schweinefleisch. Der größte Unterschied, fast 30 Prozent, besteht bei Weizen. Ausnahmen sind hier Zucker, Rindfleisch und Milch. Die Ursache für diese Preisunterschiede ergibt sich aus der Struktur und den Instrumenten der von Polen und von der EU betriebenen Agrarpolitik. Unser Land wendet Methoden an, die die EU Ende der 1980er Jahre aufgegeben hat. In den 15 EU-Staaten wurden die Belastungen

der GAP von den Verbrauchern auf die Steuerzahler verlagert. In Polen ist es noch nicht zu dieser Veränderung gekommen. Dieses Argument wird bei den Verhandlungen auch von unseren EU-Partnern allmählich zur Kenntnis genommen.

Eines der wichtigsten Prinzipien bei den Vorschlägen der EK ist im Zusammenhang mit der GAP die Anwendung eines vereinfachten Systems der Direktbeihilfen für die Beitrittsländer. Es beruht darauf, dass nach Berechnung der Gesamtsumme der Beihilfen für ein bestimmtes Land diese Mittel vom Staat bewirtschaftet werden und die Beihilfe bei jedem Landwirt ankommen kann, der mehr als 0,3 ha Land besitzt. Dies ist also kein System, das von der Produktionsgröße oder von den Projekten abhängt, die von den Landwirten eingereicht werden, wie im Falle des vollständigen Systems. Zunächst könnte man meinen, dass es sich hierbei um ein sehr gutes Angebot für die polnische Seite handelt. Erstens reduziert es die Bemühungen des Landwirts auf ein Minimum, er muss sich weder durch unternehmerisches Geschick noch durch Effizienz ausweisen und keine komplizierten Projekte beantragen. Das vollständige System fördert nicht alle Produzenten. Bei dem vereinfachten System kommt es hingegen nicht auf die Produktivität an, sondern auf die Betriebsfläche. Zweitens gibt es in Polen zwei Millionen landwirtschaftliche Betriebe. Das vereinfachte Beihilfesystem erfasst fast alle Betriebe, also wird jeder Landwirt Geld erhalten. Dadurch wird sich die Arbeitslosenquote kurzfristig auch nicht erhöhen.

Der Anschein kann jedoch trügen. Das System der vereinfachten Beihilfen ist ein Instrument, das ganz von der Produktion abgetrennt ist. Es zeigt auch deutlich die Möglichkeiten zur Lockerung der Angebotskontrolle auf. Aus der Sicht der Konkurrenzfähigkeit der polnischen Landwirtschaft ist dies also keine gute Lösung. Man schätzt, dass bei 100 Prozent Direktbeihilfen, die gemäß den gegenwärtig gültigen Prinzipien der EU verteilt würden, 600.000 bis 800.000 polnische Betriebe auf dem EU-Markt

konkurrenzfähig wären. Wie viele Betriebe werden jedoch bei Anwendung des für die kleinen Höfe günstigen vereinfachten System konkurrenzfähig bleiben? Es handelt sich hier also um den Zielkonflikt zwischen kurzfristiger Rentabilität und langfristiger Konkurrenzfähigkeit. Vereinfacht ausgedrückt: Bei dem bisher verpflichtenden System der Direktbeihilfen gingen die Mittel an eine bestimmte Gruppe von Landwirten, an große Produzenten, die in der Lage waren, mit den Regeln des EU-Marktes zurechtzukommen.

Bei dem System vereinfachter Direktbeihilfen werden die Mittel an alle Landwirte verteilt, was jedem einzelnen zu wirtschaften erlaubt, zugleich aber niemandem ermöglicht, konkurrenzfähig zu sein.

Es gibt noch ein anderes Problem. Rechte bringen auch Pflichten mit sich. Dadurch, dass die größtmögliche Zahl von Landwirten Direktzahlungen erhält, werden sie auch verpflichtet, die hochgesteckten Normen der Union, etwa im Bereich des Umweltschutzes, zu erfüllen. Und das ist natürlich mit Kosten verbunden.

Die EK legt mit ihrem Vorschlag vereinfachter Direktbeihilfen also eine überaus große Flexibilität an den Tag. Es fragt sich, ob sie nicht allzu groß ist? Aus sozialer und politischer Sicht ist dies ein sehr komfortabler Vorschlag, der die Chancen erhöht, dass das EU-Beitrittsreferendum gewonnen wird, und der es den Gesellschaften der Kandidatenstaaten erlaubt, die schwierigen Beitrittsbedingungen zu akzeptieren. Allerdings kann sich zukünftig erweisen, dass in einigen Jahren ein polnischer Landwirt kaum in der Lage sein wird, auf dem EU-Markt zu konkurrieren.

2. Strukturwandel des polnischen Dorfes

In der Epoche des Sozialismus wurde die Struktur unserer Landwirtschaft konserviert. Das System der vereinfachten Direktbeihilfen kann dazu beitragen, diese Struktur für weitere

Jahre einzufrieren. Es hilft konkurrenzfähigen Landwirten nicht nachhaltig genug, sich auf die Regeln der Konkurrenz vorzubereiten. Es motiviert die Besitzer kleiner Betriebe auch nicht dazu, sich beruflich zu verändern. Dagegen erklären über 50 Prozent der Landwirte laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS die Bereitschaft, nach dem Beitritt zur EU ihren Beruf eventuell zu wechseln. Das vereinfachte System der Beihilfen verfügt aber über keine Stimuli, die diesen Berufswechsel in Polen fördern würden.

Eines der Ziele und gleichzeitig Argumente zugunsten niedriger Direktbeihilfen war das Bestreben der EK, Veränderungen in der Struktur der polnischen Landwirtschaft hervorzurufen. Ein wichtiges Novum beim Kommissionsvorschlag ist die Verschiebung der Finanzmittel von der ersten Säule der GAP, die bisher 90 Prozent des gesamten Agrarhaushalts ausmachte, zur zweiten (bisher 10 Prozent). Deren Aufgabe besteht darin, die Infrastruktur und die Veränderungen auf dem Lande zu subventionieren. Dieses Verhältnis soll gemäß dem Vorschlag der EK zukünftig 50 zu 50 Prozent betragen.

Den Kandidatenländern wurde auch die Möglichkeit der Re-Allokation eröffnet, das heißt die Verschiebung der Finanzmittel von den Direktzahlungen zu den für die dörfliche Entwicklung bestimmten Strukturfonds. Dieses Instruments hat sich früher schon Griechenland bedient. Man muss hinzufügen, dass es die Möglichkeit einer umgekehrten Re-Allokation, also einer Erhöhung der Direktbeihilfen durch die Verschiebung von Mitteln aus dem zweiten Pfeiler der GAP, nicht gibt.

Die ganze Problematik besteht darin, dass die Mittel für den zweiten Pfeiler der GAP die Mitfinanzierung der polnischen Seite erfordern. Um die Kandidatenländer zu dieser Art von Aktivitäten zu motivieren, hat die Kommission deren Anteil deshalb von 25 auf 20 Prozent abgesenkt.

Die Strukturveränderungen auf dem polnischen Dorf wären natürlich von größtem Nutzen. Aber ist es nützlich, sie auf Kosten der

Strukturen gleich? Das ist so, als würde man den Kandidaten sagen: „Wir können nicht mehr Geld für euch vorsehen, weil das für die



Direktbeihilfen vorzunehmen? Diese Frage wird bei den polnischen Diskussionen hinsichtlich der Beitrittsverhandlungen häufig aufgeworfen. Zumal es die Direktbeihilfen waren, die in den Ländern der EU die größten Strukturveränderungen hervorgerufen haben. Es genügt, sich die Zahl derjenigen Betriebe anzusehen, die alljährlich aus dem Agrarmarkt der EU verdrängt werden. Von den sieben Millionen landwirtschaftlichen Betrieben in der EU beteiligt sich nur die Hälfte an der GAP. Hinzu kommt, dass Direktbeihilfen und Subventionen in den Ländern der EU 60 bis 90 Prozent der normalen Einnahmen der Landwirte ausmachen (in Schweden betragen diese Subventionsformen das Vierfache der Einnahmen eines Landwirts).

Es gibt noch ein Argument, das die These entkräftet, die Direktbeihilfen sollten reduziert werden, da sie nicht zu Strukturveränderungen beitragen und dem Markt schaden. In der Stellungnahme der EK gibt es einen Widerspruch hinsichtlich dieser Behauptung. So besteht die Möglichkeit, die Direktzahlungen aus Landesmitteln zu ergänzen, wobei klar ist, dass dies mit Ausnahme weniger Fälle unmöglich ist. Kommt aber eine solche Ergänzung nicht der Schädigung des Marktes und der Konservierung der dörflichen

Wirtschaft und die Entwicklung eurer Dörfer ungünstig ist. Es ist allerdings nicht ungünstig, wenn ihr die Kosten deckt.“ Dies ist sicherlich eine sehr vereinfachte Argumentation, aber sie zeigt gewissen Lücken in den Vorschlägen der EK auf.

3. Die Absorptionsfähigkeit Polens hinsichtlich der Beitrittsfördermittel und der Strukturfonds

In ihren Berichten, die dazu dienen, die Vorbereitungen der Kandidatenländer zu beurteilen, hat die EK im Hinblick auf Polen mehrfach kritisiert, dass die Verwaltung unseres Landes hinsichtlich der Implementierung der Gesetzgebung der EU schlecht vorbereitet sei. Damit ist auch das Problem verbunden, die EU-Fördermittel, von denen ein Großteil gerade aufgrund einer schlechten Vorbereitung unserer Verwaltung verloren gehen kann, adäquat zu nutzen.

Die zweite Barriere für Polen ergibt sich aus der Notwendigkeit, diejenigen Projekte mitzufinanzieren, für die wir eine Hilfe seitens der EU erhalten. Der Haushalt unseres Landes ist wahrscheinlich nicht in der Lage, so große finanzielle Belastungen zu tragen.

Die Konzentration der Mittel erfolgt in den Jahren 2004 bis 2005. Dann fließen die verspäteten Gelder aus den Beitrittsfördermitteln (das Risiko der größten Verspätung betrifft SAPARD), und gleichzeitig werden gewaltige Mittel aus dem Strukturfonds zum Einsatz kommen. Die Erfahrungen der früheren Erweiterungsrounden zeigen, dass der prozentuale Anteil der Ausnutzung dieser Fonds im ersten Jahr der Mitgliedschaft sehr gering ist. Im Falle Griechenlands tendierte er gegen null Prozent, während Spanien gerade mal 3,5 Prozent dieser Mittel absorbieren konnte. Berücksichtigt man die einjährige Verspätung beim Transfer der EU-Mittel sowie die makroökonomische Situation Polens, so könnte sich herausstellen, dass wir im ersten Jahr unserer Mitgliedschaft zum Nettozahler innerhalb der EU werden. Zwar hat die EK einen Zusatzfonds in Höhe von 800 Mio. € eingerichtet, um dies zu verhindern, aber dies verringert durchaus nicht das Risiko.

Deshalb ist es sehr wichtig, bereits jetzt eine langfristige strategische Planung im Bereich der Finanzen und der Entwicklung der Infrastruktur vorzunehmen. Diese Pläne müssen eine sehr solide Absicherung durch den Haushalt besitzen. Sollten wir eine solche Planung nicht entwickeln, so sind wir selbst schuld, wenn die ungenutzten Unionsmittel einfach verloren gehen. Am schwierigsten wird die Situation während der drei ersten Jahre unserer Mitgliedschaft sein.

4. Die Reform der GAP

Alle oben angesprochenen Probleme sollte man im Zusammenhang mit der unabdingbaren Reform der GAP betrachten, die die EU-Länder erwartet. Gegenwärtig betragen die mit der GAP verbundenen Ausgaben über die Hälfte des Gesamthaushalts der EU. Allein die Direktbeihilfen machen 60 Prozent des gesamten Agrarhaushalts aus.

Eine weiterer Sachverhalt, der die Union zu einer radikalen Reform der GAP zwingt, sind

die Verpflichtungen gegenüber der WTO. Gegenwärtig stehen die Instrumente, die von der EU zur Stützung der Landwirtschaft eingesetzt werden, im Widerspruch zu den auf dem Forum der WTO unterzeichneten Abkommen. Die bestehende Situation sowie die Versuche, sie einer Lösung zuzuführen, haben einen sehr starken Einfluss auf die EU-Vorschläge, die sich auf die Mitgliedschaft der zehn neuen Mitgliedsländer in der GAP beziehen. So betrachtet kann man sagen, dass die Lösungen, die von der EK vorgeschlagen werden, der gegenwärtigen EU-Politik weit vorausseilen und in den fünfzehn Mitgliedsstaaten erst diskutiert werden (...)

Die Situation wird durch die Tatsache kompliziert, dass man bisher nicht absehen kann, in welche Richtung sich die Reform der GAP in den nächsten Jahren bewegen wird. Gegenwärtig weiß man, dass eine mittelfristige Prüfung der Märkte in erster Linie zu einer Reform des Roggen- und Rindfleischmarktes führen wird. Diejenigen EU-Staaten, die Nettozahler sind, streben die Renationalisierung der Agrarpolitik an. Sowohl die Höhe der Direktbeihilfen (die in der Agenda 2000 nicht vorgesehen waren), ihre Richtlinien (sie umfassen Beihilfen für alle Pflanzensorten, was es bisher in der EU nicht gab) sowie die vereinfachte Art der Mittelvergabe (sie konserviert die Struktur ländlicher Gebiete), riefen die Kritik dieser Ländergruppe hervor. Man bezeichnete den Vorschlag der EK als allzu großzügig.

5. Die polnische Verhandlungsstrategie

Unter diesen Bedingungen ist es schwierig, eine effektive, Erfolg verheißende Verhandlungsstrategie zu entwickeln. Eine solche gibt es einfach nicht. Polen und die übrigen Kandidatenländer sind in einer komplizierten Situation, weil sie mehrere Faktoren berücksichtigen müssen:

Die Notwendigkeit, dass sich die EU an die Regeln der WTO anpassen muss, damit die bisherigen Formen der Agrarsubventionierung

automatisch entfallen, die Tendenzen zur Renationalisierung der GAP und die Kritik der Mitgliedsländer, dass der Vorschlag der EK zu großzügig sei, die Reform des gesamten Systems der GAP und die Richtung, die sie zukünftig einschlägt.

Für Polen ist auf dem EU-Markt angesichts unterschiedlicher Subventionsniveaus die Schaffung gleicher Konkurrenzbedingungen für die polnischen Landwirte vorrangig. Eine zusätzliche Bedingung, die eingehalten werden muss, ist der Zeit- und Haushaltsrahmen der Agenda 2000. Bei der Anwendung bestimmter Binneninstrumente unterliegen wir allerdings auch Beschränkungen. Die in Polen häufig diskutierte Möglichkeit, nach dem EU-Beitritt die Zölle für Agrarprodukte der EU aufrechtzuerhalten, widerspricht nicht nur den Prinzipien der WTO, sie kann uns auch perspektivisch zu einer Mitgliedschaft zweiter Klasse führen.

Polen kann eine zehnjährige Übergangsfrist auf dem Weg zur vollen Teilhabe am EU-Agrarmarkt nicht akzeptieren. Bis 2006, wenn der EU-Haushalt für die Jahre 2007 bis 2013 diskutiert wird, muss die GAP bereits reformiert sein. Wenn Polen akzeptiert, dass die Übergangsfrist länger als bis 2006 dauert, wird es sich automatisch der Chance berauben, auf die zukünftige Struktur der GAP Einfluss zu nehmen. Ergänzt man dies noch um die Möglichkeit der Renationalisierung der GAP, dann könnte sich herausstellen, dass, falls eine längere Übergangsfrist als drei Jahre akzeptiert wird, wir nicht nur das Privileg verlieren, über die Zukunft der GAP mitzuentcheiden, sondern dass diese Politik auch eine gänzlich andere Gestalt annimmt, was uns in eine qualitativ vollkommen neue Situation bringen könnte. Im Interesse Polens liegt es, dass kein Renationalisierungsprozess der GAP erfolgt, denn dies würde das Ende des EU-Prinzips der Solidarität mit den ärmsten Staaten bedeuten.

6. Schlussfolgerungen

Gegenwärtig bestehen zwei grundsätzliche Verhandlungsoptionen:

Die erste Option bedeutet, die von der EK gestellten Bedingungen zu akzeptieren. Wir müssen dabei berücksichtigen, dass dies nicht die offizielle Position der EU ist, und dass unter den Mitgliedsstaaten die Ansicht vertreten wird, dass es sich hierbei um einen zu großzügigen Vorschlag handelt, so dass das Ausmaß der angebotenen Hilfe verringert werden muss. So betrachtet würde die Annahme dieses Vorschlags durch Polen die Gefahr einer Verschlechterung seiner Bedingungen aufschieben. Nach dem EU-Beitritt Polens müssten diese Bedingungen jedoch sofort wieder neu verhandelt werden. Dies ist etwas, was von einigen jetzigen Mitgliedsstaaten der EU schon früher praktiziert wurde. Unter den heutigen politischen Bedingungen scheint diese Praxis jedoch wenig realistisch.

Die zweite Option wäre, die für uns günstigsten Bedingungen auszuhandeln, wobei man eine Verspätung des Integrationsprozesses Polens mit der EU riskieren würde. Dies käme einer großen Niederlage gleich und schüfe eine Situation, in der Polen dazu verurteilt wäre, der „zweiten Liga“ der europäischen Staaten anzugehören.

Polen befindet sich in einer sehr schwierigen Verhandlungsposition. Wir müssen unter Beachtung der Perspektive der Reform der GAP und ihrer Anpassung an die Regeln der WTO über die Probleme der Konkurrenzfähigkeit der polnischen Landwirtschaft und die Strukturveränderungen auf dem Lande verhandeln. Deshalb dürfen wir die Vorschläge der Kommission nicht als Beispiel bösen Willens oder eines nur für die eine Seite günstigen Lösungsansatzes verstehen. Vielmehr handelt es sich hierbei um Verhandlungsoptionen, die angesichts einer ungewissen Zukunft der GAP die Gelegenheit bieten, zu einem Kompromiss zu kommen. Am wichtigsten ist für Polen dabei die Verkürzung der Übergangsfrist auf dem Weg zur vollen

Gleichberechtigung, so dass wir im Jahre 2006 über die Reform der GAP mitentscheiden können sowie die Aushandlung einer Lösung, die den polnischen Landwirten während der Übergangsfrist bei unterschiedlichem Subventionsniveau Chancengleichheit auf dem EU-Markt einräumt.

Man muss eindeutig feststellen, dass die schwierigen Beitrittsbedingungen im Falle unserer Landwirtschaft keinen Vorwand dafür liefern dürfen, die Integration Polens in die Union in Frage zu stellen. Auf längere Sicht wird das polnische Dorf, auch ohne die Auszahlung von Direktbeihilfen, zum Nutznießer des Integrationsprozesses. Dann ist der Nutzen zwar wesentlich geringer als zuvor erwartet, was aber durchaus nicht der Tatsache widerspricht, dass sich die Kosten-Nutzen-Rechnung sich zu unserem Vorteil entwickeln wird. Dies bestätigen im Übrigen auch die ökonomischen Analysen.

Dilemma 2

Der EU-Beitritt und das polnische Demokratiedilemma

In dem zweiten dokumentierten Artikel des Brüsseler Korrespondenten Marek Orzechowski geht es um eine zentrale Frage des Demokratieverständnisses in Polen und in Europa. Die Frage eines Referendums über den EU-Beitritt Polens ist zwar so gut wie entschieden, aber der Autor gibt zu bedenken, dass eine solche Abstimmung mehr Schaden als Nutzen bringen wird. Hierfür führt er gewichtige Argumente an. Die Ignoranz und Uninformiertheit breiter Schichten der polnischen Bevölkerung, die im Falle eines Referendums zu befürchtende Hetzkampagne populistischer Parteien und Gruppierungen wie „Liga Polnischer Familien“, „Selbstverteidigung“ oder „Radio Maryja“ sowie den Umstand, dass es sich bei diesem zivilisatorischen Projekt um eine einzigartige Chance für Polen handelt. Auch gibt Orzechowski zu bedenken, dass die

Konstruktion der EU bislang ein Elitenprojekt gewesen sei, das recht erfolgreich mit den Mitteln der repräsentativen Demokratie legitimiert werden konnte.

Marek Orzechowski: Czy potrzebujemy referendum w sprawie wejścia do Unii Europejskiej. Trzy razy „nie” [Brauchen wir ein Referendum in Sachen EU-Beitritt? Dreimal „nein“].

In: Tygodnik Powszechny, 5.5.2002, S. 3.

Das Referendum in Sachen EU-Mitgliedschaft Polens ist aus drei Gründen überflüssig: aus einem historischen, einem politischen und einem zivilisatorischen.

Die Ankündigung des [ehemaligen] Ministerpräsidenten Buzek, dass die Polen über die EU-Mitgliedschaft würden abstimmen können, war eine Geste gegenüber der Gesellschaft. Dieses im Parlament formulierte Versprechen, unter dem Einfluss des politischen Augenblicks und nicht wegen eines Verfassungsgebots gegeben, wurde Bestandteil der polnischen politischen Correctness und begann ein Eigenleben zu entwickeln.

Heute können wir uns kaum einen Politiker vorstellen, der sich gegen dieses Versprechen stellen würde. Allerdings kann Polen es sich nicht leisten, ein Referendum in Sachen EU-Beitritt durchzuführen. Auch bei einem positiven Resultat, an dem ich nicht zweifle, wären die Schäden, die sich aus der Auseinandersetzung mit der Union ergeben, wesentlich größer als der Nutzen.

Ignoranten an der Urne

Die europäische Integration war kein Projekt, das durch nationale Abstimmungen legitimiert wurde. Man baute die EU in der Auseinandersetzung mit Krähwinkeln und Phobien. Zwar entledigten sich die Völker aufgrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs eines großen Teils des gegenseitigen Hasses, allerdings konnte das nationalistische Übel nicht beseitigt werden. Die Väter des gemeinsamen Europa ließen nicht über ihre Ideen

abstimmen, denn sie eigneten sich nicht für eine solche Prozedur.

Auch heute muss man gegen Phobien ankämpfen, Ablehnung überwinden und die Richtung der Integration, die nur nach einem bestimmten Zeitraum akzeptiert wird, geradezu oktroyieren. Häufig muss man sich gegen viele Menschen durchsetzen, ihre Gewohnheiten beeinflussen und mehr von ihnen fordern. Andernfalls blockieren sie den Entwicklungsprozess Europas, obschon es dafür keine Alternative gibt. Es ist unmöglich, diesen komplexen Prozess ganz zu erfassen, jeden zu informieren, mit jedem zu diskutieren und die Zweifler zu überzeugen.

Es gibt gute und schlechte Autofahrer, bessere und schlechtere Studenten, hervorragende Ärzte und Quacksalber. Alle haben die gleichen Werkzeuge, ihnen stehen die gleichen Informationen zur Verfügung, sie könnten also als Beste abschneiden. Sie werden aber nicht zu den Besten. Den einen fehlt es an Ausdauer, den anderen an Begabung. Ähnliches gilt für das Wissen über die Integration. Die einen, von niemandem dazu angeleitet, kommen an jede Information heran. Die anderen greifen nicht einmal nach der auf dem Tisch liegenden Zeitung. „Das“ interessiert sie nicht. Fragt man sie aber, dann antworten sie, dass sie ungenügend informiert „wurden“. Deshalb sollte man sie nicht beachten und sie nicht an die Urnen rufen, damit sie dort ihre Unkenntnis manifestieren. So wie es viele Autofahrer gibt, aber nur wenige in der Lage sind, einen Motor auseinander zu nehmen, genauso beschäftigt sich nur eine kleine Schar mit dem Integrationsprozess, während die Verhandlungen von einigen wenigen Experten geführt werden. Diese Arbeitsteilung sollte man akzeptieren. Nicht nur deshalb, weil die Gesprächspartner unserer Unterhändler eine ähnliche Expertenequipe darstellen. Der Verhandlungsgegenstand umfasst eine umfangreiche und detaillierte Materie. Nicht alle müssen sich zum Thema der Integration äußern, keinesfalls sollten dies Ignoranten tun, denen es an Wissen und gutem Willen fehlt,

um sich die Fakten anzueignen. Es beschäftigen sich auch nicht alle mit den Problemen ihrer Wohnungsgenossenschaft, obschon sie ihnen näher sind als Brüssel. Nicht jeder äußert sich zu den Themen Mathematik oder Kosmologie. Die Verhandlungen werden von Experten geführt. Kein Referendum würde ihre Aufgabe erleichtern.

Der Stimmberechtigte kann zwar seine Stimme abgeben, aber das heißt noch nicht, dass er seinen Standpunkt zum Ausdruck bringt. In den Urnen werden nur Stimmen addiert, in ihnen gibt es keinen Platz für Argumente. Dagegen ist in einem demokratischen Staat das Parlament der Raum, in dem über die Mitgliedschaft, in Anlehnung an das geltende Recht, entschieden wird. Dort sitzen die Delegierten des Volkes, und da das polnische Parlament den Beitrittsvertrag ratifizieren muss, werden wir nicht an einer detaillierten Debatte vorbeikommen. Hierzu kann man die Vertreter anderer gesellschaftlicher und politischer Gruppierungen einladen, aber die Abstimmung muss man dem Parlament überlassen, das in der Demokratie den Willen des Souveräns zum Ausdruck bringt. Diese Rolle des Parlaments anzuzweifeln, bedeutet die Ablehnung eines der wichtigsten Prinzipien des demokratischen Staates.

Warum wollen wir die Tür zuschlagen?

Das historische Argument in Sachen EU-Beitritt ist am leichtesten zu begründen. Es käme einer Abstimmung über unsere Geschichte gleich, die schwierig, aber konsequent nach Westen orientiert war. Dies dürfen wir nicht tun, denn zahlreiche polnische Patrioten haben wegen der westlichen Ausrichtung ihres Landes ihr Leben verloren. Die Abstimmung über den EU-Beitritt wäre eine Abstimmung über unser Europäertum und würde die Zugehörigkeit Polens zur westlichen Zivilisation in Frage stellen. Die Dänen mögen über die Einführung des Euro abstimmen, die Norweger über eine EU-Mitgliedschaft mäkeln, denn beide Völker sind sowieso im

Westen verankert. Wenn die Polen sich aber jemals berechtigt fühlten, zu erklären, dass sie zu Europa gehören, dann gerade jetzt, da sie vertraglich in den europäischen Organismus eingehen können.

Eine Abstimmung hierüber stellt diesen Moment in Frage und zieht ihn in Zweifel. Sie wäre das Signal dafür, dass es uns in unserem östlichen Krähwinkel doch besser geht. Die Teilung des Kontinents brachte Verluste für Europa, aber die Rechnung wurde von den Polen und den übrigen Satellitenstaaten der UdSSR bezahlt. Während die Polen versuchten, sich mit Toilettenpapier zu versorgen, wurde auf der Westseite der Berliner Mauer die EWG aufgebaut und man dachte über die Idee der Vereinigten Staaten Europas nach. Wir beneideten den Westen um seine Solidarität und die Vision eines „einigen europäischen Hauses“. Wenn wir jetzt darüber abstimmen sollten, ob wir in dieses Haus gehören, beleidigen wir unsere einstigen Hoffnungen und geben Stalin recht: Die Teilung war uns genehm und – weitaus schlimmer – sie ist uns weiterhin genehm.

Es sieht ganz danach aus, als würde sich Europa uns zum Trotz und im Gegensatz zu unseren Gewohnheiten einigen. Während viele polnische Politiker sich darin überbieten, das geeinte Europa zu schmähen, klingen die Wort des deutschen Ex-Kanzlers Helmut Kohl, dass ein Europa ohne Polen aussähe „wie ein Rumpf ohne Kopf“ wie Ironie.

Der Impuls zur Überwindung des Kommunismus und zur Aufhebung der politisch-militärischen Teilung des Kontinents ging von Polen aus. Viele Menschen im Westen übergehen diese Tatsache mit Schweigen, und wir neigen dazu, deshalb beleidigt zu sein. Bedeutet ein Referendum über den Beitritt nicht, dass wir ihnen Recht geben? Wird erst ein positiver Ausgang des Referendums davon Zeugnis ablegen, dass wir Europäer sind? Sollten wir uns nicht einig sein, dass es nichts zu diskutieren und über nichts abzustimmen gibt, dass der EU-Beitritt nur eine Formsache ist?

Die europäische Integration kommt durch Kompromisse und das Verständnis für das Gemeinwohl zustande. Jeder an diesem Werk Beteiligte hat einen für ihn selbst wichtigen Teilbereich zugunsten des Gemeinschaftsinteresses abgegeben. Die polnische Initiative darüber abzustimmen, mit der Perspektive, dass die Zahl der Gegner wächst, bedeutet eine Ohrfeige für die europäische Solidarität. Franzosen, Deutsche und Holländer hätten die Tür vor uns verschließen können, allerdings hätte dies der Idee der europäischen Integration widersprochen, deren natürlicher Bestandteil Polen ist. Sie halten die Tür offen, und wir stellen trotzig unseren Fuß hinein, und drohen damit, dass wir sie zuschlagen. Wir sollten um jeden Preis eine Situation vermeiden, in der wir, die renitenten Polen, die Anstrengungen mehrerer Generationen von Europäern in Frage stellen. Wir haben die Chance, ein für allemal eine bestimmte Ära unserer Geschichte abzuschließen. Müssen wir dies mittels eines Referendums tun? Eine Stimme „pro“ ist unnötig, denn der Pole-Europäer muss nicht über seinen Platz in Europa abstimmen. Eine Stimme „contra“ bestätigt hingegen, dass wir unsere eigenen nationalen Interessen nicht kennen. Diese Schmach sollten wir uns ersparen.

Die bittere Rückkehr nach Europa

Ebenso begründet ist der Widerstand gegen das Referendum aus politischen Gründen. Eine breite Diskussion über den Integrationsprozess ist nötig, aber ein Referendum über den Beitrittsvertrag wird sie nicht vertiefen und ein neues Forum schaffen. Außerdem fehlt es nicht an Orten, wo diese Diskussion geführt werden kann. Dagegen wird das Referendum Gelegenheit für einen politischen Skandal geben. Es wird die Stärke der Demagogen offenbaren, deren Aufgabe leichter ist als die der Befürworter des Beitritts, denn sie müssen sich keiner Argumente bedienen. Ihnen genügen Stimmungen und Emotionen. Man denkt mit Angst und Schrecken daran, wie viel üble, unnötige Worte aus den Mündern der

Beitrittsgegner strömen werden, und wie viel schmutzige Wäsche gewaschen wird. Dabei ist nicht von Belang, dass sich die andere Seite wehren und nicht jedes üble Wort auf fruchtbaren Boden fallen wird. Den einmal gesäten Hass wird man nur schwerlich aus der Welt schaffen können. Polen wird aus dieser Debatte sogar dann angeschlagen hervorgehen, wenn die Polen im Referendum „ja“ sagen sollten. Wir werden Jahre brauchen, um uns von dem Schmutz zu befreien, mit dem wir uns beworfen haben.

Europa wird erfahren, was die Polen „wirklich“ von ihm halten. Den polnischen Streitereien und Urteilen über Europa werden die Nachbarn zuhören. Das, was die polnische Außenpolitik nach 1990 hinsichtlich der Beziehungen zu Deutschland gewonnen hat, wird dann in Frage gestellt. Diese scharfe Debatte wird unsere Beziehungen zum Westen beschädigen und die polnische Xenophobie offenbaren. Sie wird denjenigen Befriedigung verschaffen, die uns nicht gewogen sind, und sie wird für die polnische Ablehnung Europas und die europäische Ablehnung Polens sorgen. Die Diskussion über die polnische EU-Mitgliedschaft wird die Notwendigkeit, das Land zu reformieren, die Verwaltung zu verbessern und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, in den Hintergrund drängen. Ich hätte gern Unrecht, aber ich fürchte, dass die polnische politische Klasse während dieser Debatte erkrankt, und kein Arzt erscheinen wird. Erkrankten werden auch zahlreiche Polen. Die Unternehmer, die auf offene Kontakte angewiesen sind, werden dann erfahren, wo sie eigentlich leben. Die westlichen Investoren werden zur Überzeugung gelangen, dass man eher in Tschechien oder Ungarn investieren sollte. Die Banken werden verwundert feststellen, dass sie sich am falschen Ort befinden. Schließlich wird die Unzufriedenheit unter den Polen zunehmen, wobei wir schon heute in Sachen Nächstenliebe nicht zu den europäischen Spitzenreitern gehören. Von der durch das Referendum hervorgerufenen Debatte über die EU wird niemand profitieren. Und

sicherlich wird es aufgrund dieser Debatte nicht mehr Wissen über das Thema Integration geben.

Der zivilisatorische Schub in Richtung Europa

Im Vergleich zum Jahr 1990 hat sich in Polen in vielerlei Hinsicht ein zivilisatorischer Schub vollzogen. Die Polen haben einen verstärkten Zugang zum freien Informationsfluss, wodurch die Verbindung zur westlichen Zivilisation gewährleistet wird. Es genügt ihn zu unterbinden, und man fühlt sich ratlos und isoliert. Und genauso haben wir über Jahrzehnte gelebt. Das Wissen ging an uns vorbei, und das, was uns erreichte, war listig entwendet, mit Hilfe armseliger Devisen erworben, gekauft auf Basaren und in Secondhand-Shops. Heute sind die Polen nicht mehr von der Welt abgeschnitten, sie brauchen auch keine Komplexe zu haben, sie leben in einer europäischen, westlichen Welt. Obschon jetzt noch der Konsum überwiegt, und der polnische Anteil an der Herausbildung einer auf Wissen und materiellen Gütern basierenden Zivilisation noch gering ist, so wird sich dies mit der Zeit gewiss ändern. Aber nur unter der Bedingung, dass Polen den Zugang zur westlichen Zivilisation nicht einbüßt. Und für diese Entwicklung gibt es nur einen Garanten: die Europäische Union. Vor nicht allzu langer Zeit klang das Wort Globalisierung in Polen noch fremd, und auch Themen wie das Klonen oder moderne Informationstechnologien schienen für uns die Probleme anderer Gesellschaften zu sein. Auch heute bringen diese Fragen nicht gerade viele Polen um den Schlaf, aber sind wir bereits Teil dieser Entwicklung. Gleichzeitig entwickelt die Weltwirtschaft, allerdings weiterhin ohne unsere Beteiligung, eine neue Dynamik. Die sozialen Systeme sind fundamentalen Veränderungen ausgesetzt. Traditionelle Werte bekommen eine neue Bedeutung und elementare Bestandteile der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung werden neu definiert. Wenn der Durchschnittspole

sogar meint, dass ihn seine angeborene Überzeugung, dass es irgendwie schon klappt, retten wird, so werden diese Erscheinungen doch nicht an unserem Land vorbeigehen. Es ist also wichtig, wie sich diese Veränderungen in Polen vollziehen, und welchen Anteil die Polen daran haben werden.

Der EU-Beitritt Polens bedeutet den letzten Schritt zur globalen Zivilisation. Noch in fünf oder sieben Jahren werden viele Polen sagen, dass sie keinen, sich aus dem Beitritt ergebenden Nutzen erkennen können. Aber die Gymnasiasten von heute werden dann bereits in einer anderen Welt leben. Das Kapital wird in ihr anders definiert sein als heute. Nicht der Besitz eines Grundstücks, eines Wertpapiers und die Zahl der Aktien, nicht das Ersparte und nicht einmal ausdauernde Arbeit werden die gesellschaftliche Position sichern [...], sondern nur das Wissen, die Fähigkeit, es sich anzueignen und zu nutzen. Und zu diesem Wissen wird man einen Zugang benötigen. Deshalb ist es sinnlos, über den EU-Beitritt Polens abzustimmen, denn das wäre so, als würde man für oder gegen den eigenen Analphabetismus stimmen.

Wenn wir uns ernsthaft um den zivilisatorischen Fortschritt Polens, das unterschiedliche Nachbarn und unterschiedliche zivilisatorische Räume in seiner Perspektive hat, bemühen, so darf man der polnischen Chance keine zusätzlichen Hindernisse in den Weg legen. Eine Abstimmung über den EU-Beitritt wäre angesichts unserer Perspektive eines entwickelten Landes inmitten des Kontinents geradezu beleidigend.

Das Referendum ist auch aus pragmatischen Gründen überflüssig. Im Grunde genommen bräuchte jede Gesellschaftsschicht eine eigene Abstimmung, denn nur dann könnten die Lehrer über ihr eigenes Schicksal und die Landwirte über das ihre entscheiden. Der umfangreiche Beitrittsvertrag wird Regelungen beinhalten, die alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens betreffen. Es stellt sich also die Frage: Gibt es heute eine solche Übereinstimmung der

Interessen aller Berufs- und Gesellschaftsgruppen, dass sie in der Lage wären, in nur einem einzigen Abstimmungsakt auch über das Schicksal der übrigen zu entscheiden?

Wenn man den polnischen Nationalcharakter und seine Neigung zur Übertreibung kennt, aber auch seine Bereitschaft, endlos zu prozessieren, so kann man davon ausgehen, dass ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft Polens, ohne die Arbeitsergebnisse der Unterhändler zu berücksichtigen, sich in eine Gerichtsverhandlung über die EU und Polen verwandeln würde. Ihr Ergebnis, wie auch immer es ausfiele, wäre nichts anderes als ein Urteilsspruch.

Dilemma 3

Empirische Befunde zu Stimmungen und Haltungen der polnischen Gesellschaft angesichts des EU-Beitritts

Die hier präsentierten Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen soziologischen Untersuchung, bei der insgesamt 1200 Personen befragt wurden. Sie wurde Mitte 2000 durchgeführt, als die Regierung Buzek noch im Amt war. Spätere, kleinere Untersuchungen, auch nach dem im September 2001 vollzogenen Regierungswechsel, brachten keine signifikant abweichenden Ergebnisse. Die übergreifenden Themen, die in dem unten zitierten Forschungsbericht des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau ausführlich dokumentiert wurden, seien an dieser Stelle nur kurz benannt: Neben dem einleitenden, hier teildokumentierten Text „Die Polen angesichts großer Veränderungen“, wurden folgende Themen behandelt: „Die Mitgliedschaft Polens in der EU: von der Unterstützung zur Ablehnung“ (Xymena Dolinska), „Das Bild der Europäischen Union“ (Michal Warchala), „Polen – EU: eine ungleiche Partnerschaft“ (Jacek Kucharczyk), „Anpassung an die EU: Hoffnungen, Befürchtungen, Kosten“ (Michal Strzeszewski), „Die Wahrnehmung der politischen Eliten im Kontext der Integration“ (Beata Roguska),

„Die Verhandlungen Polens mit der EU“ (Piotr Jaworski), „Der Grad an Informiertheit hinsichtlich der Integration“ (Beata Roguska).

Der Forschungsbericht gibt insgesamt einen recht umfassenden Überblick über die Stimmungen und Haltungen der polnischen Gesellschaft im Hinblick auf den bevorstehenden EU-Beitritt des Landes.

Lena Kolarska-Bobinska: Polacy wobec wielkiej zmiany. In: Lena Kolarska-Bobinska (Hg.): Polacy wobec wielkiej zmiany. Integracja z Unia Europejska [Die Polen angesichts großer Veränderungen. Die Integration in die Europäische Union]. ISP. Warszawa 2001, S. 5-13, S. 7-10.

[...] Die Integration in die EU stellt heute noch immer eine abstrakte Größe und eine weit entfernte Perspektive dar. Deshalb fällt es den Polen sehr schwer, den Einfluss der Integration auf ihr Alltagsleben und ihr Schicksal zu bestimmen. Paradoxerweise hat die Untersuchung ergeben, dass es einfacher ist, den Einfluss der Integration auf die Lage des Landes zu bewerten als auf die eigene Situation, die der Familie oder des Betriebs, in dem man arbeitet. Denn mit der Integration werden allgemeine Hoffnungen im Sinne eines Antidotums gegen zahlreiche polnische Probleme verbunden. Die Integration wird als Chance für die Beschleunigung der Entwicklung des Landes und das Funktionieren zahlreicher Lebensbereiche gesehen. Bei der Beurteilung der Konsequenzen der Integration für die eigene Person oder den Arbeitsplatz dominieren hingegen Unsicherheit und Unwissen.

Es fällt die Ähnlichkeit bei der Wahrnehmung der Integrationsfolgen mit der Bewertung der Transformation in Polen auf: als ein für das Land günstiger, für dessen Bürger aber eher ungünstiger Prozess. „Die polnische Wirtschaft wird aufgrund der neuen Marktregeln und der Privatisierung profitieren, denn sie wird rationaler, effizienter und funktionaler sein“ – meinte Anfang der 1990er Jahre die Mehrheit der vom Meinungsforschungsinstitut CBOS

Befragten. Die Kosten hierfür werden allerdings die Bürger tragen, die von Arbeitslosigkeit und einem niedrigeren Lebensstandard betroffen sein werden, da man die sozialen Funktionen des Staates beschränken wird. Ähnlich nimmt man heute die Integration wahr. Ein für die Modernisierung des Landes günstiger Prozess, allerdings mit unklaren und ambivalenten Konsequenzen für seine Bürger.

Die Polen bewerten das Beitrittsdatum Polens, wie aus den Untersuchungen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten hervorgeht, sehr realistisch, ebenso die Position unseres Landes sowie die Kosten und den Nutzen des gesamten Prozesses. Die größte Gruppe der Befragten geht davon aus, dass Polen in vier bis fünf Jahren der Union beitrete. Für dieses späte Beitrittsdatum wird sowohl Polen als auch die EU verantwortlich gemacht. Man meint, dass Polen deshalb zu einem Mitglied zweiter Klasse werden kann, weil es ökonomisch schwächer und schlecht auf die Mitgliedschaft vorbereitet ist. Obschon die Polen einen schlechteren Status befürchten, so erklären sie ihn nicht mit einer ablehnenden Haltung der EU, sondern mit der inneren Situation des Landes. Deshalb glauben sie auch, dass die Bedingungen, unter denen Polen der EU beitreten wird, vor allem von den Vorbereitungen unseres Landes für den EU-Beitritt abhängig sind, und nicht von der Standhaftigkeit unserer Unterhändler. Die negative Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation Polens, wie sie von den Meinungsforschungsinstituten festgestellt wird, kann die Befürchtungen vor einem zu schnellen Beitritt verstärken. Viele Menschen scheinen zu denken, „dass wir noch nicht bereit sind“.

Die Verhandlungen assoziieren die Polen eher mit einem Gespräch über Kompromisse sowie einem Geben und Nehmen, weniger mit Hartnäckigkeit, Schläue und Spiel. Diese Einstellung entpersönlicht die Verhandlungen, der Nachdruck liegt auf dem Funktionieren realer Prozesse und Strukturen sowie des Rechtssystems, weniger auf den Fähigkeiten einzelner Personen oder ihrer Charakterstärke.

Von elementarer Bedeutung ist das Vertrauen in die Regierung und der Glaube an den guten Willen und die Kompetenz der Unterhändler. Das Verhältnis zur politischen Equipe, die das Land regiert, ist also ein sehr wichtiger Faktor, der das Verhältnis zur europäischen Integration beeinflusst.

Eine wichtige Rolle bei der Herausbildung von Haltungen spielen auch die Erwartungen, die mit dem EU-Beitritt Polens verbunden sind. Allzu hohe ökonomische - mit der Integration verbundene - Erwartungen und das Bestreben, sie möglichst schnell zu erfüllen, könnten zu großen Enttäuschungen führen. Erst recht nach dem Beitritt, wenn sich herausstellen sollte, dass die neue Situation den gehegten Erwartungen nicht entspricht. Diese Gefahr wäre dann besonders groß, wenn die Erwartungen sich nur auf einen Aspekt der Integration bezögen, den materiellen Nutzen, der einerseits abschätzbar, andererseits aber direkt nach dem Beitritt nur schwer erreichbar ist. In dieser Frage wird freilich die Mäßigung und der Realismus der Befragten deutlich. Obschon sie meinen, dass die europäische Integration Polen und ihnen selbst mehr Nutzen als Schaden bringen wird, verbinden sie ihre Hoffnungen nicht nur mit einem einzigen Bereich.

Die Hoffnungen der Polen sind vielfältig und beziehen sich sowohl auf die politischen als auch auf die ökonomischen Konsequenzen der Integration. Mehr noch, wenn die Befragten über ihre mit dem EU-Beitritt verbundenen Hoffnungen sprechen, so verweisen sie hauptsächlich auf politische Fragestellungen. Der EU-Beitritt wird ihrer Meinung nach die internationale Sicherheit Polens erhöhen, die Rechtssicherheit verstärken und einen zivilisatorischen Schub bringen. Dies ist ein wichtiges Ergebnis, denn häufig werden die politischen Aspirationen der Polen, die sie mit der Integration verbinden, unterbewertet. Gleichzeitig sollte man hervorheben, dass die Integration nicht als eine Gefahr für unsere Souveränität, Tradition und Kultur betrachtet wird.

Die Befürchtungen eines Teils der Gesellschaft sind allerdings mit den ökonomischen Folgen der Integration verbunden. Die Polen befürchten den Aufkauf ihrer Böden durch Ausländer sowie den Niedergang bestimmter Industrie-sektoren. Beides kann ihrer Meinung nach einen Anstieg der Arbeitslosigkeit verursachen. Sie sind allerdings auch der Hoffnung, dass es mit Hilfe der Union möglich sein wird, die Probleme der polnischen Landwirtschaft zu lösen. Eine Verbesserung der eigenen ökonomischen Situation erwarten 41 Prozent der Befragten, 46 Prozent glauben nicht, dass sich diese einstellt.

Die differenzierte Beurteilung der politischen und ökonomischen Folgen der Integration, die Tatsache, dass man mit ihr auch andere als nur materielle Hoffnungen verbindet, kann bewirken, dass die Diskrepanz zwischen den Erwartungen und den Möglichkeiten ihrer Erfüllung nach dem EU-Beitritt nicht als schmerzhaft empfunden wird. Von entscheidender Bedeutung ist ebenfalls die Wahrnehmung des Zeithorizonts, in dem die positiven Beitrittsfolgen sichtbar werden. (...) Die ganze Aufmerksamkeit der Politiker und der Medien konzentriert sich auf diejenigen Probleme, die sich aus den Verhandlungen und der Anpassung Polens an die Gesetzgebung der Union ergeben. Im Zusammenhang damit könnten viele Menschen den Eindruck gewinnen, dass die Mehrzahl der mit der Anpassung verbundenen Probleme nach Erlangung der Mitgliedschaft schwinden, und dass die mit der Integration verbundenen Vorteile zum Vorschein kommen. Das Fehlen einer öffentlichen Debatte zum Thema der Situation Polens und seiner Bürger nach der Erweiterung verengt den Zeithorizont im Denken über den EU-Beitritt und seine Folgen. Man könnte annehmen, dass sich dies in der Art der Wahrnehmung des Zeitraums widerspiegelt, in dem diese Effekte sichtbar werden. Dagegen belegt die Untersuchung, dass die Polen damit rechnen, dass die sich aus der Integration ergebenden Vorteile erst nach einer längeren Periode spürbar werden, und sich

nicht automatisch nach dem Beitritt ergeben. Die Hälfte der Befragten geht davon aus, dass man mehrere Jahre warten müssen, ein Drittel rechnet sogar mit über einem Dutzend Jahre. Es stellt sich die Frage, ob diese Erwartungen einen Beweis für Mäßigung und Realismus darstellen, oder für das Fehlen einer ausreichenden Motivation stehen, die sich daraus ergibt, dass das Ziel zeitfern, abstrakt und nicht einschätzbar ist. Es ist schwer, diese Frage eindeutig zu beantworten, aber man kann davon ausgehen, dass ihre Beantwortung mit der Wahrnehmung der Integrationsfolgen verbunden ist. Ein Teil der Befragten meint, dass dieser Prozess keinen Einfluss auf ihr Leben haben wird, dass er sich ohne sie, außerhalb ihres Lebens und dem ihrer Familien vollziehen wird. Die Tatsache, dass man fern liegende „Belohnungen“ erwartet, mag deshalb eher ein Ausdruck für Skepsis oder Gleichgültigkeit hinsichtlich der Integration und ihrer Folgen sein.

In der Einleitung habe ich darauf verwiesen, dass die Unterstützung der europäischen Integration einer zivilisatorischen Entscheidung gleichkommt, und dass das Verhältnis zur Integration Teil einer breit angelegten Einstellung hinsichtlich der sich in Polen vollziehenden Veränderungen ist. Das wird auf mehreren Ebenen deutlich. Einerseits beobachten wir enge Verbindungen zwischen den Überzeugungen: Das Verhältnis zur Integration ist sehr stark von den Haltungen gegenüber der Transformation und allen sie begleitenden sozioökonomischen Konsequenzen, wie Privatisierung, Existenz ausländischen Kapitals in Polen usw. abhängig. Die Akzeptanz der Transformation erhöht also in wesentlichem Maße die Unterstützung für die Integration. Ein positives Verhältnis zu der alten Gesellschaftsordnung und ein relativ ablehnendes zum gegenwärtigen Polen ist hingegen stark mit einer schwächeren Akzeptanz für die Integration gekoppelt. Das spiegelt sich auch in den politischen Überzeugungen wider: Die Wähler des Linken Wahlbündnisses [SLD] und der Bauernpartei PSL, die die Volksrepublik

Polen häufiger als „zum Leben besseres Land“ wahrnehmen, drücken auch öfter ihre Skepsis hinsichtlich verschiedener Aspekte der Integration aus. Die europäische Option befürworten vor allem Wähler mit marktwirtschaftlicher Option, die Anhänger der Freiheitsunion [UW] und der Wahlaktion „Solidarität“ [AWS]. Die in der gesamten Untersuchung festzustellende stärkere Euroskepsis der Wähler des SLD lässt sich nicht allein mit der Tatsache erklären, dass die oppositionelle Regierung der AWS den Anpassungs- und Verhandlungsprozess leitet. Die Trennlinien innerhalb der Gesellschaft sind grundsätzlicher und beziehen sich auf Systemfragen und die allgemeine Einstellung zu Veränderungen. Die Integration wird als Element und Fortsetzung liberaler und marktwirtschaftlicher Veränderungen wahrgenommen, mit dem Ergebnis, dass sich die Situation derjenigen, die im Ergebnis der Transformation sowieso zu den Verlierern zählten, weiterhin verschlechtert. In der gesellschaftlichen Wahrnehmung profitieren vom Ergebnis der Integration die höheren gesellschaftlichen Schichten, gebildete Personen, politische und ökonomische Eliten. Verlieren werden die Landwirte und Arbeiter, also die gleichen Gruppen, auf die in der Öffentlichkeit bereits im Zusammenhang mit der Sozialbilanz der Transformation hingewiesen wurde. Diese einfache Übertragung gesellschaftlicher Kategorien, mit denen man die Integration konzeptualisiert, wird bei der Wahrnehmung kleiner und mittlerer Betriebe gebrochen, da diese die Folgen der Integration stärker zu spüren bekommen könnten. Konsumenten und Arbeitslose werden hingegen häufiger zu denjenigen gezählt, denen der EU-Beitritt eher nutzen denn schaden könnte. Diese Ausnahmen ändern jedoch nichts an der allgemeinen Schlussfolgerung, dass die Wahrnehmung der Integration als nicht egalitärer Prozess gesehen wird, der zu einer weiteren gesellschaftlichen Ausdifferenzierung führt. Profitieren werden Auserwählte, die Belastungen werden diejenigen treffen, denen

es schwer fällt, in der Marktwirtschaft zu bestehen.

Die Identifizierung des Integrationsprozesses mit der Wahrnehmungsweise der Transformation kann unter anderem aus dem Bewusstsein resultieren, dass man [weitere] Reformen zu erwarten hat, aber auch aus der Überzeugung, dass die Veränderungen, die zahlreiche Lebensbereiche berühren werden, unverzichtbar sind. Die Integration wird in diesem Sinne als Fortsetzung der durch die Transformation eingeleiteten Veränderungen betrachtet. Hierin offenbart sich eine gewisse Ambivalenz hinsichtlich der Notwendigkeit der uns erwartenden Reformen und der Rolle, welche die Integration in diesem Zusammenhang spielt. Einerseits dominiert die Überzeugung, dass die Veränderungen und ihr innerer

Charakter notwendig sind, andererseits erscheint die Union als Katalysator der Reformen, als strenger Lehrer, der auf eine fleißige Abarbeitung der Hausaufgaben dringt. Eine große Mehrheit innerhalb der Gesellschaft (74 Prozent) ist allerdings davon überzeugt, dass die Veränderungen notwendig sind, unabhängig davon, ob Polen der EU beitrifft oder nicht. Aber eine fast genauso große Gruppe ist der Ansicht, dass die Reformen und Veränderungen Polen von der EU aufgezwungen werden. Ein weiser Despot zwingt uns also Veränderungen auf, von deren Notwendigkeit wir sowieso überzeugt sind. Dies erzeugt jedoch Unruhe und Unsicherheit, denn zu viele Elemente in diesem Prozess sind unklar und ambivalent, die Informationen unzureichend und die Signale widersprüchlich.

Helmut Skowronek

„Mut zur Mühe“

Laudatio für Walter Hildebrandt anlässlich seines 90. Geburtstages

Wir ehren heute Walter Hildebrandt und feiern mit ihm seinen 90. Geburtstag. Zu bewundern ist er in seiner ungebrochenen Vitalität, die ihn in den letzten Jahren einige gesundheitliche Beeinträchtigungen hat gut überstehen lassen, und ebenso dürfen wir bis heute auf seine geistige Präsenz und Produktivität zählen. „Etre de son temps“ – auf der Höhe seiner Zeit zu sein, die Gegenwart kritisch zu reflektieren – diese Maxime gilt für Walter Hildebrandt nach wie vor.

Gerne würde ich dem *must* englischer Redner folgen und mit einer charakteristischen Anekdote beginnen, aber dergleichen steht mir nicht zu Gebote, weil ich Walter Hildebrandt erst in den letzten Jahren näher kennen lernen durfte. So habe ich auch Zweifel, ob ich in diesem Kreise der geeignete Laudator bin, denn viele von Ihnen sind seit vielen Jahren, gar Jahrzehnten mit Walter Hildebrandt eng verbunden – in gemeinsamer Arbeit, als Freunde oder Gefährten, die die Wege seines Nachdenkens und Schreibens verfolgt und in vielen Ge-

sprächen seine Zuwendung, Anregung und lebendigen Austausch erfahren haben. Aber Walter Hildebrandt hat es genau so gewünscht, und er wird es, wie immer, wohl überlegt haben. Ich denke mir, er ist neugierig auf einen fremderen Blick, sozusagen einen „Blick von der Brücke“ zwischen den Generationen, denn ich bin 20 Jahre jünger und habe deshalb noch ein Stück Überlappung mit den prägenden Erfahrungen seiner Zeit. Nolens volens bin ich für meine Unternehmung also mehr aus Büchern, denn aus persönlichen Begegnungen belehrt. Wobei mir sofort der Schreck in die Glieder fährt, denn aus der Sexta erinnere ich das Sprichwort: *ex libro asinus doctus est*. Freilich: ein bisschen sollte es auch auf die Bücher ankommen.?

Die Generation, der Walter Hildebrandt zugehört, geboren in den frühen Jahren des vorigen Jahrhunderts, hat das Ende des Kaiserreichs erlebt, mit Weimar den gescheiterten Versuch, in der verspäteten Nation eine Demokratie zu etablieren. Als junge Erwachsene wurden sie

Zeugen, wenn nicht Mitläufer und Täter des unausdenkbaren Zivilisationsbruchs der nationalsozialistischen Herrschaft, und durchstanden einen zweiten Weltkrieg. Im mittleren Alter fanden sie sich nach den Schrecken von Krieg und Vertreibung in einer materiell und moralisch ruinierten Gesellschaft wieder, vor der Aufgabe und Chance, den politischen und kulturellen Neuanfang zu suchen und zu bestehen. Von den Historikern wird sie **Jahrhundertgeneration** genannt – weil sie jenes von physischen und moralischen Destruktionen zerrüttete 20. Jahrhundert überspannt, und weil ihr eine Last auferlegt wurde, die – ich zitiere eine Zeugin dieser Generation – „schwerer (wiegt) mit den Jahren und ...



immer unbegreiflicher (wird).“¹

Getroffen wurde diese Feststellung in einer Debatte des Freideutschen Kreises, der Sammlungsbewegung von Ehemaligen der deutschen Jugendbewegung, die sich 1947 in Altenberg konstituierte, was für Walter Hildebrandt die Re-Institutionalisierung eines sozial-kulturellen Milieus bedeutete, in das er - beginnend 1924, in Altwandervogel und Deutscher Freischar, schließlich im linksliberalen Leuchtenburgkreis, und abgebrochen zunächst mit der Heraufkunft von Hitler 1932 - nächst der

Familie hineingewachsen war, oder genauer vielleicht, das er über immer wieder erneuerte Entscheidungen erwählt hatte. Diese Wiederbegründung nach dem Kriege bedeutete neben dem Fortbestehen einer in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzenden Bezugsgruppe vor allem die Wiederaufnahme von persönlichen Freundschaften und Bindungen, so etwa mit Hermann Schafft oder Werner Markert. Walter Hildebrandt sagt heute rückblickend, dass sein Leben in jeder Phase von der Jugendbewegung geprägt ist.

Was macht im Kern diese Prägung oder ‚Haltung‘ dieses quantitativ doch schmalen, jugendbewegten Segments jener Jahrhundertgeneration aus? Walter Laqueur konstatiert in seinem 1962 erschienenen Buch über die deutsche Jugendbewegung, dass sie „weder mit ihren heimischen Chronisten, noch mit ihren ausländischen Kommentatoren allzu viel Glück (hatte)“. Die kaprizierten sich zumeist auf Einzelaspekte, lieferten entsprechend widersprüchliche Deutungen und trafen auch zusammengenommen nicht den Kern der Dinge.

„Jene, die am meisten über ihr inneres Leben wussten, waren keine talentierten Schreiber, denn die Jugendbewegung hatte keinen literarischen Ehrgeiz. Was sie uns schwarz auf weiß hinterlassen, ist nur ein Teil der Geschichte, ... fast immer war die Wirklichkeit reicher, **von tieferer menschlicher Bedeutung** als ihr Abglanz in den Schriften. Die Gruppen scharten sich um charismatische Führer, die mehr auf das menschliche Vorbild und die Macht der Persönlichkeit bauten als auf Ideen, Prinzipien oder Theorien... Das Erlebnis der persönlichen Eingliederung in eine charismatische Gruppe war die emotionale Grundlage der Bewegung, das innerste Wesen ihres Daseins. Dieser nicht rationale Vorgang kann geistig *nachgedacht*, aber nicht *nacherlebt* werden ...“²

Die Jugendbünde waren für jene, die wie Walter Hildebrandt auch unter Mühen dabei blieben, so etwas eine totale Institution im guten Sinne. Sie hatten genossenschaftlichen Charakter, verzichteten als Bewegung „von

¹ Reulecke, J. Vortrag zum Schlusskonvent des Freideutschen Kreises. Rundbrief 250/51. Kassel 2000, S. 118.

² Laqueur, Walter. Die deutsche Jugendbewegung. Köln 1962, S. 251 f.

unten“ auf Konformitätsdruck, bauten vielmehr auf die Freiheit des Einzelnen in seinen Entscheidungen, gegebenenfalls auch der, die Gruppe zu verlassen - aber in dieser Freiheit prägte das regelhafte Angebot an gemeinsamen Unternehmungen, das so etwas wie die Festfolge eines Kirchenjahres war - große und kleinere Fahrten, Heimabende, kulturelle Aktivitäten, wie etwa die Besuche der wöchentlichen Motettenkonzerte des Thomanerchors - umso nachdrücklicher und bleibender die weitgespannten Interessen und Orientierungen ihrer Mitglieder. Karl Mannheim, der als Zeitgenosse sicherlich das Beispiel der Jugendbewegung vor Augen hatte, hat zu ihrer grundlegenden Sozialisationswirkung festgestellt:

„In kleinen Gruppen, in denen jeder fühlt, dass von seinen Handlungen viel abhängt und in denen jeder lernt, eigenverantwortlich zu handeln, statt sich in der Anonymität der Masse zu verlieren, entstehen soziale Muster, die nahezu mit Gewissheit die Entwicklung von Individualität gewährleisten.“³

Walter Hildebrandt selbst kennzeichnet das Gruppenethos als „Mischung von Freiheit und Bindung“, und später, in der Kontinuität eben dieses in der Jugend erlebten Ethos, verstanden sich alle Obleute des Freideutschen Kreises nach 1947 „als Sachwalter von Toleranz, bündischer Gesinnung und bürgerschaftlicher Offenheit“, wie er in einem Rückblick aus Anlass der Auflösung des FDK feststellt⁴. Ein essentieller Aspekt der „tieferen menschlichen Bedeutung“, von der Laqueur als wesentlicher Wirkung des bündischen Lebens spricht, enthüllt sich dem nachgeborenen Beobachter wohl am eindrucksvollsten in Berichten über jene Gründungszusammenkunft des Freideutschen Kreises 1947:

„Die Entscheidung über den Verlauf der Tagung fiel in der ersten Stunde am Sonnabend, als Norman Körber aufstand, von den Motiven berichtete, die ihn selber 1933 zur NSDAP gehen ließen und von der Ent-

wicklung, die ihn in die Reihen der Männer vom 20. Juli 1944 führte. Er forderte alle Anwesenden auf, getreu dem Gelöbnis des Hohen Meissner mit letzter innerer Wahrhaftigkeit über ihren Lebensweg in den letzten 14 Jahren zu berichten. Und dann brach ein Geist auf, der das äußerste Gegenstück zu der damals in Deutschland verbreiteten Spruchkammermentalität darstellte ... Es stellte sich heraus, dass Kämpfer der internationalen Brigade in Spanien, ehemalige Häftlinge der Konzentrationslager und jüdische Deutsche, die aus der Emigration zurückgekehrt waren, neben Menschen saßen, die sich gläubig in die Formationen der Nationalsozialisten eingereiht hatten. Die alle wuchsen nun im Laufe der von tiefem Ernst getragenen Bekenntnisse zu einer brüderlichen Gemeinschaft zusammen. Die gemeinsame Herkunft aus dem Geiste der Jugendbewegung vermochte die Gegensätze der Einzelschicksale zu überbrücken.“⁵

Wie unerhört stark und belastbar muss das aus gemeinsamem Erleben entstandene Vertrauen gewesen sein, um – entgegen dem schon herrschenden Ungeist des Beschweigens, Vertuschens, der Schönfärberei und der Persilscheine – aufrichtig zu bekennen, die persönlichen Verletzungen in den Hintergrund treten zu lassen und das aufzubringen, was wir heute, mehr als fünfzig Jahren später und nach mühseliger Befreiung des kollektiven Gedächtnisses von Legenden und Verdrängungen „Schuldtoleranz“ oder allgemeiner „Geschichtstoleranz“ nennen.

Ein zweiter, gleich zu gewichtender Aspekt jener „tieferen menschlichen Bedeutung“ ist die Rolle des persönlichen Vorbilds. Verba docent, exempla trahunt. Unsere gegenwärtige Raff- und Korruptionsgesellschaft stimmt uns eher pessimistisch, was die heutige Kultur von Vorbildwirkungen angeht. Die bündischen Gruppen scharten sich, wie schon gesagt, um charismatische Führer. Walter Hildebrandt nennt in seinem Rückblick insbesondere Werner Markert und Fritz Borinski, mit denen er auch in der Nachkriegszeit verbunden blieb, aber insbesondere den „eigenwilligen“

³ Mannheim, Karl, zitiert nach Etzioni, A. Die Verantwortungsgesellschaft. Frankfurt 1996, S. 5.

⁴ Hildebrandt, Walter. Von der Erinnerung zur Erfahrung. Rundbrief ... a.a.O., S. 153.

⁵ Kindt, Werner, zitiert nach Höchsmann, Hermine. Erinnerung an Altenberg 1947. Rundbrief ... a. a. O. S. 109.

Hermann Schafft, in dem er das Erbe der alten Bünde „am überzeugendsten verkörpert“ fand. „Dass wir uns eine Zeitlang gemeinsam dem Ausbau des GESW in Vlotho widmeten, gründete eine die Generationen überspannende – Schafft war fast 30 Jahre älter – tiefe Freundschaft. ... Noch mein Leben als Hochschullehrer im Fachgebiet Soziologie, wie auch meine Mitwirkung in vielen anderen Vereinigungen standen unter dem gleichen Stern.“⁶

Worin mag in nuce die persönliche, zur Nachfolge ermutigende Wirkung von Hermann Schafft gegründet haben? Ich wähle ihn als *ein*, wenn auch besonders hervorragendes Beispiel für viele charismatische Führer der Jugendbewegung, die jene spezifische Sozialisationswirkung konstituierten. Offenbar war Hermann Schafft, evangelischer Pfarrer und christlicher Sozialist, ein durch und durch authentischer Mensch, der nicht „anderen predigte, selbst aber verwerflich“ wurde⁷.

„In seinem Geistbegriff vereinte er das Geistige und das Vitale. Überaus eindrucksvoll war die Art, wie er mit den einfachen Menschen seiner Gemeinden umging. ... Sein Pfarrhaus (war) eine Stätte der Gemeinschaft für viele, eine Stätte der Andacht und ein Tempel der Kunst, vor allem der Musik“⁸

Eine andere Zeugin:

„Hermann Schafft hielt nichts von der doktrinären Haltung und so genannten „Weltanschauung“ der Funktionäre beider Lebenskreise, des sozialistischen und des kirchlichen. Er sah seine Aufgabe in der *dialogischen Begegnung*, in der Lösung der Verfestigung von Gruppen und Lebenskreisen.“⁹

Wir erkennen unschwer gewisse Züge, die auch Walter Hildebrandt kennzeichnen – in der Tat konstatiert er, dass er bewusst Vorbilder gesucht habe, um von ihnen zu lernen, wie er auch seinerseits Vorbildwirkungen auf Jüngere bewusst angenommen habe.

Meine Absicht bis hierher war, das – nächst der Familie – bedeutsame soziale und kulturelle Umfeld der Jugendbewegung zu skizzieren, das für die Enkulturation Walter Hildebrandts eine so einzigartige Rolle spielt. Gleichwohl: Eine Umwelt mag noch so reich an objektiven Anregungsgehalten sein – ihre Potenzen werden nicht ausgeschöpft, wenn nicht die Subjekte aktiv ihre Chancen ergreifen und sich in Akten der Selbstgestaltung immer geeigneter und fähiger machen, in Wechselwirkung auf ihre Umwelt zu antworten und gar ein Stück eigener Umwelt sich zu wählen oder zu schaffen. Ein derart aktives Lebensmuster ist nicht selbstverständlich und nicht ohne Mühe und eine gewisse Strenge gegen sich selbst zu haben. Man kann auch warten: auf günstige Gelegenheiten und Zufälle.

Mit welcher Art von Zurüstung ist nun Walter Hildebrandt in das Umfeld der Jugendbewegung eingetreten? Offenbar mit einer frühen Orientierung auf eben dieses aktive Lebensmuster. Das lebte ihm sein Vater vor, dem er zunächst mehr imitierend als reflektierend folgte. Der Vater hatte eine gesicherte Beamtenposition verlassen, und suchte das Risiko und die schöpferische Herausforderung unternehmerischer Tätigkeit. Es erfüllte ihn mit Befriedigung, sich immer wieder sein „eigenes Szenario“ zu schaffen, „das ihm dann als Schicksal und Rahmenhandlung für Bewährung, für Gelingendes oder Niederlagen entgegentrat.“¹⁰ Die frühe Einsicht in den Zusammenhang zwischen aktiver Entfaltung des eigenen Daseins und Erfahrungen von Glück und persönlicher Erfüllung ist, in seiner eigenen Formulierung, für Walter Hildebrandt zum „Treibsatz“ seiner Lebensbahn geworden. Das Schlüsselerlebnis, das sozusagen die Weiche für einen lebenslangen „Mut zur Mühe“ stellte, bot die erste Fahrt des 11jährigen mit einer Wandervogelgruppe, nach Vierzehnheiligen. Als Jüngstem fiel ihm das tagelange Marschieren mit hochgepacktem Tornister besonders schwer. In den Schlaf

⁶ Hildebrandt, a.a.O., S. 153.

⁷ Bader, Claudia. Der Pfarrer als Freund. In: Hermann Schafft. Ein Lebenswerk. Kassel 1960, S. 97.

⁸ Tillich, Paul. Hermann Schafft. In: Hermann Schafft ... a.a.O., S. 14.

⁹ Hirsch, Marie. Der religiöse Sozialismus. In: Hermann Schafft ... a.a.O., S. 96.

¹⁰ Hildebrandt, Walter. Mut zur Mühe. Freiburg 1960, S. 15.

gefallen mit Tränen, über die Schinderei, aber auch über das eigene Ungenügen, von der erwanderten Kunst und Natur so wenig verstanden zu haben.

„Nahe der Verzweiflung, siegte doch die Neugier, wie ich dem allen beikommen und standhalten könnte. Und so ging es in der Tat weiter mit den körperlichen und gleichzeitig geistigen wie seelischen Herausforderungen. ... Zurück in der Schule, glaubte ich, in der Klasse nicht mehr derselbe zu sein, als der ich vor acht Tagen in die Ferien gegangen war. So schnell kann sich ein Mensch verändern, wenn er nur in dichter Folge Bewährungen ausgesetzt wird, die er als freies Wesen akzeptiert und aus dem eigenen Schicksal eigene Schritte ins Bewusstsein zu machen versteht.“¹¹

Dem ersten großen Entschluss, sich auf anstrengende, vielleicht in ihrem Ende nicht ganz absehbare Unternehmungen einzulassen, folgten weitere Bewährungsproben, auf jährlichen Großfahrten der Freischar, auch ins Ausland, als Student in Russland und Tschechien, schließlich als Soldat an der Ostfront. Und wenn „eine Sache bis zum Äußersten beschwerlich, ja aussichtslos wurde, da wuchs ein wilder Widerstandswille in mir“¹² – vitaler Reflex der Selbstbehauptung. Die Bewährungen waren auch zu ausgedehnt, um blind, wie etwa der ‚moderne‘ Kick am Bungee-Seil, absolviert zu werden. Das eigene Bestehen oder Nicht-Bestehen verlangte danach, beobachtet und reflektiert zu werden:

„Die Lust am Dasein konzentriert sich nicht zuletzt in der Bereitschaft, sich Prüfungen zu unterziehen und das uns eigene Neugierverhalten auf uns selbst zu richten: was konnte man sich zumuten, welchen Verwandlungen gab man sich preis, je mehr man sich der Grenze der eigenen Möglichkeiten näherte, konnte man den Zugewinn an Wachstum und Stählung in irgend einer Form registrieren oder gar die gewonnene Härte in eine neue menschliche Qualität der Milde, Zuneigung und Hilfsbereitschaft ummünzen, ohne Verrat an den alten Prinzipien zu üben?“¹³

Aus der im „Pakt mit der Mühe“ sich entwickelnden Geschichte bestandener Be-

währungen ist, so scheint mir, frühzeitig ein grundlegendes Vertrauen in die eigenen Kräfte erwachsen, und grundlegende Einsicht in das gewonnen, was den Menschen einzig fähig macht, die Freiheit auszuhalten und sich selbst als Naturwesen zu transzendieren, das sind Vernunft und Bewusstsein seiner selbst – allerdings nicht, ohne von Hoffnung und Zuversicht getragen zu sein.

Konsequent also sucht Walter Hildebrandt Vernunft und Nachdenklichkeit zu sichern und zu ermutigen – als Lehrer, in der Politischen Bildung und als Professor der Soziologie, wie als Autor vieler zeitkritischer Essays, deren inhaltliche Weite – über Zeitgeist-typische Verwerfungen der Begriffe von Autorität und Emanzipation bis zur Aktualität des Heinrich von Kleist oder der praktischen Vernunft des Justus Möser – wir bewundernd zur Kenntnis nehmen. Damit erinnert er uns, dass Vernunft nicht zu haben ist ohne die Anstrengung des Verstehens, ohne die Ausbildung der Intellektualität, die tunlichst alle Quellen menschlicher Geistesproduktion, auch die der Poeten und Künstler, befragt, weil diese in besonderer Weise unsere Sensibilität in der Wahrnehmung der Wirklichkeit schärfen können. In diesem Sinne programmatisch stellte Walter Hildebrandt zum zehnjährigen Jubiläum des GESW fest:

„Der Begriff eines ‚Studienwerks‘ trifft genau die Sache, um die es geht. Nur wer sich – als Dozent oder Teilnehmer an Veranstaltungen der Politischen Bildung – dem mühseligen Geschäft länger dauernder Studien oder zumindest geduldigen Zuhörens beim Ausbreiten der Fakten zu unterziehen bereit ist, ehe die Diskussionen entbrennen und die ‚Aussagen‘ das Feld beherrschen, kann heute wirklich in der politischen Bildung ... ernst genommen werden. ... Welche Wege die Erwachsenenbildung von N.F.S. Grundtvig bis Adolf Reichwein auch immer im einzelnen ging, der Respekt vor dem Wissen und die Überzeugung, dass Bewusstseinsbildung nicht von der Übermittlung einer gehörigen Portion allgemeinen Wissens losgelöst werden darf,

¹¹ Ebd., S.16 ff.

¹² Ebd., S. 36.

¹³ Ebd., S. 37.

war den meisten Vertretern dieser Arbeitsrichtung eine Selbstverständlichkeit.“¹⁴

Seit er in den bündischen Gruppen seiner Jugend die oben schon apostrophierte gelungene Mischung von „Freiheit und Bindung“ erlebte und erfuhr, dass man seine Kräfte am besten im Zusammenwirken mit anderen entwickelt, ist für Walter Hildebrandt das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft zu einem zentralen Thema seiner kritischen Analysen und pädagogischen Absichten geworden. Wie ein guter Steuermann sucht er das Schiff unserer politischen und geistig-kulturellen Verhältnisse in der Mitte des Stroms zu halten. Schon vor dreißig Jahren fasste Walter Hildebrandt unter dem Titel „Das nachliberale Zeitalter“ wichtige seiner einschlägigen Aufsätze zusammen, wobei es ihm darum zu tun war, einerseits

„eine der wichtigsten Früchte unserer abendländischen Geschichte, die Entdeckung der Person und die Möglichkeiten ihrer Entfaltung“ zu sichern, andererseits aber zu überwinden, „was man als die chronische gesellschaftliche Defizitlage des auf sich selbst zurückgeworfenen und auf einen engen und damit unergiebigem Begriff der Selbstbestimmung fixierten modernen Menschen bezeichnen kann.“¹⁵

Sie werden, lieber Herr Hildebrandt, heute vielleicht mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, dass seit den achtziger Jahren unter dem Begriff des Kommunitarismus in den

Vereinigten Staaten eine lebhaft Diskussion um eben dieses zentrale Problem einsetzte¹⁶, die inzwischen in der Politik europäischer Regierungen, etwa bei New Labour in Großbritannien, sozusagen „Jenseits von Rechts und Links“, erste Konkretisierungen erfährt.

Mit einer chassidischen Geschichte, von Martin Buber überliefert und bei Walter Hildebrandt gefunden¹⁷, möchte ich zurückkommen auf den cantus firmus der Lebensleistung, die ich hier zu würdigen versucht habe.

Der cantus firmus: alle Aufklärung, alle Ermutigung und alles Beispiel soll dem Selbststand des Einzelnen dienen – dass er lernt, seine Kräfte auszubilden und ihnen zu vertrauen, dass er lernt, von falschen Sicherheiten – die Zukunft ist offen! – Abschied zu nehmen und Schritt für Schritt ein Leben in Freiheit zu wagen.

Die Geschichte: Zwei Freunden wurde auferlegt, der Tilgung einer Schuld wegen auf einem Seil einen tiefen Abgrund zu überqueren. Der eine gelangte ungefährdet hinüber. Doch der andere kam nicht vom Fleck und rief: ‚Lieber, sage mir doch, wie hast Du es angestellt, die fürchterliche Tiefe zu überqueren?‘ ‚Ich weiß nichts‘, rief dieser zurück, ‚als dieses eine: wenn es mich nach der einen Seite riss, neigte ich mich auf die andere.‘“

¹⁴ Hildebrandt, Walter. Politische Bildung im nachliberalen Zeitalter. In: 10 Jahre Gesamteuropäisches Studienwerk. Vlotho 1965, S. 4.

¹⁵ Hildebrandt, Walter. Das nachliberale Zeitalter. Düsseldorf 1973, S. 7.

¹⁶ Vgl. Etzioni a.a.O.

¹⁷ Hildebrandt, Walter. Versuche gegen die Kälte. München 1987, S. 17.

O-Ton: Forum „Junges Europa“

Mit dem Forum „Junges Europa“ möchte die Redaktion der „aktuellen ostinformationen“ weiterhin jungen Europäerinnen und Europäern die Möglichkeit eröffnen, in essayistischer Form zu einem breit angelegten Thema zu Wort zu kommen. Diesmal haben wir eine

russische Studentin um ihre Erfahrungen in Deutschland gebeten. In einem zweiten Beitrag berichtet ein deutscher Sozialarbeiter aus Rumänien. Beide Autoren betrachten ihre zweite Heimat neugierig, kritisch, aber auch ausdrücklich mit viel Liebe.

Daria Berejnistkaia

Suche nach der Heimat

Neulich habe ich gehört: Heimat ist nicht das, was man im Herzen hat, sondern was man unter den Füßen spürt. Dann sollte es eigentlich bedeuten, dass meine Heimat für die fünf Jahre meines Studiums Deutschland ist. Ja, das ist an sich fraglich, aber ein wenig Sinn macht es trotzdem.

Ich frage mich oft: Warum bin ich hier in Deutschland? Abgesehen von meinem Wunsch, überhaupt aus Wolgograd und aus Russland zumindest für eine Zeitlang wegzugehen, abgesehen von den zahlreichen Zufällen, die mich ausgerechnet nach Deutschland führten, abgesehen von der Tatsache, dass Deutsch damals meine einzige Fremdsprache war, abgesehen von allen diesen zusammengekommenen Konstellationen muss ich zugeben: Ich liebe dieses Land. Jetzt kommt die nächste Frage: Warum liebe ich dieses Land? Ich greife lieber zu einem Zitat. In dem französischen Film „Liebhaber“ fragte der reiche Macker seine Geliebte: „Liebst du mich wegen meines Geldes, oder liebst du mich so, wie ich bin?“ Sie antwortete überlegt: „Ich liebe dich so, wie du bist ... also mit deinem Geld!“

Ich will nicht lügen. Ich liebe Deutschland für seinen hohen, jahrzehntelang erkämpften Lebensstandard, für seine Ordnung und Ruhe, für seine Sicherheit und für die ausgesprochene Zuverlässigkeit seiner Bürger. Ich liebe Deutschland dafür, dass ich studieren darf und viele Erfahrungen sammeln kann. Ich liebe

Deutschland, weil ich hier andere Sprachen und Kulturen kennen lernen kann.

Natürlich ist das Leben in Deutschland einfacher als woanders. Man muss keinen Schrebergarten haben, um an den eingepflanzten Tomaten im Sommer zu sparen. Man muss nichts einwecken, um den Winter zu überleben. Man muss sich nur daran gewöhnen, bei grün über die Straße zu gehen, mit dem Rad mit einem funktionierenden Licht zu fahren, die Steuern zu zahlen, fleißig zu arbeiten, mit dreißig erst zu heiraten. Man muss sich daran gewöhnen (und dies ist vielleicht doch schwierig), dass es Leute hier gibt, die ernsthaft keine Kinder haben wollen und den Sinn des Lebens woanders gefunden haben.

Man verzeihe mir diesen spontanen Vergleich. Die Deutschen und die anderen Industrienationen sind wie Zierfische in einem Aquarium: Das Wasser ist kristallklar, lauwarm und reich an Sauerstoff. In einem schnellen Bergfluss würden sie aber nicht überleben, weil ihre natürlichen Schutzinstinkte durch die übertriebenen Zivilisationsprozesse verkümmerten.

Meine größten Kulturerfahrungen habe ich im ersten Jahr meines Lebens hier im Jahr 1998 gemacht. Da waren wir alle – zukünftige Studenten aus „Drittländern“ - in einem Sprachkurs an der Universität „zusammengepantscht“. Der Lehrer sprach mit uns sehr langsam und deutlich, da viele der Sprache nicht so mächtig waren: Nigerianer, Türken,

Marokkaner, Chinesen, Koreaner, Russen, Bulgaren... Alle hörten aufmerksam zu, aus Angst, das Wichtigste zu verpassen. Unterschiedliche Kulturen, unterschiedliches Alter, unterschiedliche Lebens- und Berufserfahrungen mussten hier erst einmal vergessen werden. Pfarrer und Schlosser, Journalisten und Hausfrauen, Lehrer und bereits „ausgeschlüpfte“ Abiturienten: Für die Zeit der Unterrichtsstunden blieben wir alle Schüler. Gleichzeitig versuchte uns der erfahrene Kursleiter die deutsche Mentalität beizubringen. Eine seiner Aussagen prägte ich mir gut ein. „Die Deutschen können nicht lügen“, - erzählte der Dozent Grise vor dem bunt gemischten Auditorium, „sie haben es nicht im Blut!“ Folgend dem Motto, alles anzuzweifeln, teilte ich seine Meinung durch zehn. Die Erkenntnis über die deutsche Ehrlichkeit blieb aber im Gedächtnis hängen und erklärte mir dadurch zuerst alles, was ich sonst nicht erklären konnte: das deutsche Wirtschaftswunder, die Selbstsicherheit der Deutschen, die deutsche Kooperationsfreudigkeit. Ich fing an, alle Sachen, die mich in Deutschland wunderten, aufzuschreiben.

„Deutschland ist ein schönes, nein ein perfektes Land“, - schrieb ich auf der ersten Seite meines Tagebuches. „Die Deutschen lachen immer, sind sehr höflich, umgänglich und einfühlsam. Sie lieben Ausländer. Die deutschen Polizisten sind die Besten in der Welt. Sie lächeln immer. Selbst die Schaffner im Zug sind ständig gut gelaunt...“

Dann kamen die ersten Fragen. Warum muss jeder Fischer einen Angelschein haben, wenn sowieso kaum jemand Fisch mag? Warum sammeln die Deutschen keine Pilze, die in den Wäldern reichlich wachsen? Warum ist es für die Deutschen ein Zeichen der Unabhängigkeit, in einem Laden getrennt zu zahlen? Warum muss man unbedingt unabhängig sein? Warum nehmen deutsche Eltern ihre Kinder so selten in den Arm? Warum meiden sie jede körperliche Nähe? Warum gibt es in Deutschland so viele Impotente?

Nach und nach lernte ich ein anderes Deutschland kennen. Ein Deutschland der überregulierten Wirtschaft und des beinahe platzenden Sozialsystems, ein Deutschland der Armen und Gefallenen und ein Deutschland der Reichen, die nicht über den eigenen Tellerrand schauen wollen. Ein Deutschland der anonymen Bars und Diskotheken und ein Deutschland der arroganten Jugendlichen, die übersättigt und ziellos nach Vergnügen suchen. Ein Deutschland der weiblich gebliebenen Huren und der überemanzipierten „guten Frauen“. Ein Deutschland der kastrierten Haustiere und der entnervten magersüchtigen oder übergewichtigen Singles. Ein Deutschland der Teilnahmslosigkeit, wenn es um die Nächstenliebe geht. Ein Deutschland, das an einem Vermüllungs-Syndrom leidet, von der Fassade her aber schön ist.

Nee, nee! So kann es nicht weitergehen. Man darf nicht resignieren. Wenn es so weitergeht, dann sieht mein Leben bald so aus wie die Programme in meinem Schwarz-weiß-Fernseher: eintönig. „Das Leben ist merkwürdig“ – kündigt eine „Marienhof“-Tante aus dem Fernseher pathetisch an. „Nein!“ – schreie ich ihr zurück. „Das Leben ist schön“, auch wenn eines in diesem Leben merkwürdig ist. Auch wenn man hier als Fremder ankommt und sich nicht integrieren kann (will). Auch wenn man am Anfang aus Unwissenheit schlimme Fehler macht. Auch wenn man später nicht weiß, wie man diese Fehler wieder gutmachen kann. Das Leben ist entzückend, auch wenn man sich unmöglich anpasst und später nicht weiß, zu welcher Kultur man gehört. Auch wenn das Wetter Scheiße ist, ein sonniger Tag für eine Überfüllung auf den Straßen sorgt, und der erste Regentropfen die Straßen wieder leert – das Leben ist das Schönste und das Teuerste, was es gibt.

Mein Leben ist schön, auch wenn ich mit einem geographisch undefinierbaren Akzent Deutsch spreche, aber wie eine Türkin aussehe. Auch wenn ich an der Universität schlechter als die Einheimischen abschneide. Auch wenn ich mit den anderen Russen über einen Kamm

geschoren werde. Auch dann ist das Leben schön. Als Abschlussatz fällt mir wieder ein Zitat ein, aber ein sehr schönes. Ich würde mir gerne seine Gehörigkeit zuschreiben, das Zitat stammt aber von einem jungen Schriftsteller aus den USA, der als kleines Kind von seiner Mutter, einer Prostituierten, im Bordell ver-

kauft wurde und später das Schreiben als eine Therapie anfang. J. T. Lether sagte in einem seiner Interviews: „Das Leben ist selbst dann schön, wenn man in diesem Leben unschön gelebt hat. Ich bin wie eine Auster, ein bisschen Sand ist reingeraten, und ich mache daraus Perlen...“

Jörg Könözi

Leben in Rumänien – Zwischen Pferdewagen und Internet

Liebe ao-Leserinnen und Leser, mein Name ist Jörg Könözi. Das hört sich fremd an, ist aber nicht rumänisch. Ich bin 1972 in Deutschland geboren und seit 1993 mit sozialen Projekten in Rumänien beschäftigt. Meine Einsätze waren am Anfang einfache Hilfstransporte, Arbeit mit Bahnhofskindern in Bukarest, Arbeit in einem staatlichen Kinderheim und jetzt die Leitung einer Sozialwerkstätte (www.strassenengel.de). Seit dem Jahr 2000 lebe ich in Rumänien und bin inzwischen auch dort verheiratet. Ich schreibe also aus meiner zweiten Heimat.

An der Grenze

Wenn man das Land besucht und so wie ich fast immer mit dem Auto fährt, gewinnt man den ersten Eindruck aus der Begegnung mit den Grenzbeamten. In den Jahren kurz nach der sogenannten Revolution kam man um ein „kleines Geschenk“ an den Zollbeamten nicht herum. Ernste Gesichter und lange Wartezeiten ließen auch nicht lange überlegen, und so gab man ein Päckchen Kaffee oder Zigaretten, manchmal auch Geld, und das Größte war einmal eine Matratze, die wir persönlich ins Auto des Zöllners laden durften. So war es für mich eine große Überraschung, als ich einmal fast automatisch mit meinen Papieren eine Packung Kaffee überreichen wollte und der Beamte mich daraufhin der Korruption beschuldigte. Zudem wies er mich darauf hin, dass dies in Rumänien strafbar sei.

Es hat sich einiges geändert, und heute ist es eigentlich kein Problem mehr, nach Rumänien einzureisen.

Das Land

Das Erste, was man vom Land mitbekommt, sind die Straßen. Selbst wenn man sie nicht sehen will, spürt man sie. Und immer wieder Baustellen. Es tut sich also etwas. Auch das Netz der Tankstellen ist inzwischen sehr eng, womit das früher bestehende Problem fehlenden bleifreien Treibstoffs überwunden ist. Weiter geht es auf der Landstraße. Ort für Ort, immer mitten durch. Fast immer nur einstöckige Häuser und immer einen Zaun darum. Hinter diesen Zäunen sieht man oft die hohen Ziehbrunnen hervorragen. Leitungswasser gibt es in den Dörfern fast nie. Vor dem Zaun steht meistens eine Bank. Sie ist Treffpunkt für die Alten, die dort den vorbeifahrenden Autos nachschauen oder Handarbeiten machen, und für die Männer, die hier eine Runde Backgammon spielen. Es scheint alles so idyllisch.

Und schon nähern wir uns der ersten Großstadt. Riesige zehnstöckige Blocks – das Erbe der Ceausescuzeit. Grau, teilweise zerfallen - von außen machen sie den Eindruck, als quoll die Einrichtung zu den Fenstern heraus. Die Balkone sind verglast, so hat man ein weiteres Zimmer, und im Winter dient der Raum als Kühlschrank. Ein Vier-Personen-Haushalt wohnt in zwei Zimmern, das ist Standard. Mehr Zimmer bedeuten oft

schon Luxus. Es gibt auch Blocks mit Einzimmer-Wohnungen, Toilette und Duschen im Flur. Im Zentrum dann immer das Gleiche, mal schöner, mal „pragmatischer“. Viele staatliche Gebäude aus der Vergangenheit sehen aus wie kleine Schlösser. Säulen am Eingang, Marmortreppen und Standbilder schmücken sie. Neben diesen alten Gebäuden steht dann ein Firmengebäude mit verspiegelter Fassade. Man muss schon kurz nachdenken, ob das noch das selbe Land ist, nachdem man all das Andere vorher gesehen hat.



Es bleibt aber wenig Zeit, sich das alles während der Fahrt anzuschauen – die Schlaglöcher in den Straßen lassen die Augen besser nicht in die Ferne schweifen.

Die Dörfer und Städte ziehen vorbei, und schon sieht man die Karpaten am Horizont. Ein traumhafter Anblick. Bis in den Mai hinein sind die Gipfel oft noch weiß. Die Straßen werden kurviger, und die ersten Serpentinaugen bringen uns dem Gipfel näher. Wer oben ist, mag gar nicht weiterfahren. Der Ausblick in die Täler, das Grün der Wälder und Wiesen, kein Haus weit und breit. Nur ein Schäfer, der seine Herde über die Straße treibt, grüßt dich und bittet um Geduld. Aber gerne doch, bei dieser Aussicht. Und wenn man schon viel vom Land gesehen hat, beginnt man zu träu-

men, von den Stränden am Schwarzen Meer, der Vielfalt der Vögel im Donaudelta und den Tälern im Norden des Landes.

Die Fahrt geht weiter, und die Hauptstadt macht sich bemerkbar. Das einzige Stück Autobahn beginnt. Noch 100 Kilometer.

Bukarest

Vorbei an riesigen Fabriken führt uns die Autobahn direkt in die Stadt. „Welcome in Bucharest“ steht in großen Lettern am Eingang der Stadt. Irgendwie ist hier alles anders. „Schwupps“ kommt er vorbeigerauscht, der erste Porsche. Tausende von Autos fahren nach dem Gesetz des Stärkeren. „Warum gibt es eigentlich Ampeln?“, fragt man sich, wenn man sieht, wie sie ignoriert werden. Es geht weiter Richtung Zentrum. Wer dann irgendwie am Nordbahnhof, dem Hauptbahnhof, angekommen ist, weiß, was ein „Verkehrsupergau“ ist. Gott sei Dank ist es nicht mehr weit. Die Einfahrt in unseren Hof ist natürlich wieder zugeparkt. Nachbarn suchen und endlich daheim.

Bukarest ist nicht Rumänien, sage ich immer, und wer ein bisschen dort verweilt, wird feststellen, dass wir hier in einer sehr westeuropäischen Stadt sind. Alles, was man braucht oder auch nicht, von der teuren Modeboutique über Supermärkte und Einkaufszentren bis hin zu Restaurants und Bars, ist in unendlicher Fülle vorhanden. Der Markenautoservice, die Großbank, das „World Trade Center Bukarest“, U-Bahn, ISDN, Internet – nichts fehlt.

In diesem Land sollen 30 Prozent der Bevölkerung hungern? Man kann es fast nicht glauben. Das Angebot übersteigt bei weitem die Nachfrage. Das Durchschnittsgehalt liegt bei knappen drei Millionen Lei (nicht mal 100

EUR). Davon zahlt man die Miete und die Nebenkosten, und schon ist das erste Gehalt weg. Arbeiten also nicht die Frau oder sogar die Kinder, bleibt nur noch ein Platz in den „Slums“ Rahova und Pantelimon. Bretter- und Wellblechbuden, zerfallene Häuser ohne Fenster, ohne Wasser und oft ohne Strom. Was treibt die vielen Menschen in diese Stadt?

Bukarest ist das Zentrum in Rumänien, politisch, wirtschaftlich, kulturell. Die Politiker sorgen dafür, dass die Stadt schöner wird; man wird schließlich von internationalen Staatsmännern besucht. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass der Park neben dem Rathaus einer der schönsten in der ganzen Stadt ist. Straßenfeger sind überall im Einsatz und versuchen wegzuräumen, was so liegen bleibt. Straßenhunde werden „beseitigt“ und die Kanaldeckel zugeschweißt. So löst sich auch das Problem der Straßenkinder (denkt man).

Die Wirtschaft sorgt dafür, dass das Arbeitsangebot nirgendwo so groß ist wie in Bukarest. Wo sich Botschaften und Ministerien sammeln, möchte man natürlich dabei sein. Und so hat man schon die zweite Besuchergruppe, die Business Touristen. Sie lassen hier und da gerne mal eine kleine Spende bei den auf der Straße stehenden Obdachlosen und vergessen dabei den Wert des Geldes. So erfreuen sich viele eines Tageslohnes bei einmaligem Handaustrecken.

Den Rest an internationalen Besuchern bringt die Kultur. Wer in Rumänien ist, möchte natürlich das größte Gebäude Europas sehen, den Palast der Republik, erbaut von Nicolai Ceausescu. Er konnte ihn nicht fertig stellen, die so genannte Revolution kam ihm dazwischen. Wer vor dem Gebäude steht, kann sich vorstellen, welcher Größenwahnsinn den Diktator beherrschte. Betritt man dann das Innere, beginnt man die Menschen zu verstehen, die unter seiner Diktatur litten. Bleikristallene Kronleuchter, die über eine Tonne wiegen, und Teppiche, die vor Ort in den Räumen geknüpft wurden, da sie für einen Transport zu groß waren, überwältigen den

Besucher. 700 Architekten mussten Teile des Gebäudes immer wieder einreißen und neu aufbauen, da Ceausescu nicht zufrieden war. 40.000 Menschen und eine der ältesten Kirchen in Bukarest mussten Platz machen. Die Kirche wurde abgerissen und die Menschen wurden in die Wohnblocks am Stadtrand umgesiedelt.

Die etwas andere Diskriminierung

Möchte man sich das Gebäude von innen anschauen, bekommt man etwas zu hören, was in Deutschland undenkbar wäre. Ausländer zahlen mehr Eintritt! Das überrascht doch ein wenig, selbst wenn man bedenkt, dass das Ticket dann lediglich zwei Euro kostet. Ähnliches erlebt man auch an anderen touristischen Stätten, so im weltberühmten Dracula Schloss in Bran. Diese Tatsache spiegelt im Endeffekt aber nur, was fast alle Rumänen über Deutsche, Österreicher oder andere EU-Staatsangehörige denken: „die haben Geld“. Und so ist es auch normal, dass ich auf dem Markt die teureren Preise gesagt bekomme, der Polizei mehr geben muss, damit ich keinen Strafzettel bekomme, und stets Ziel für Taschendiebe bin. Aber nachdem innerhalb kurzer Zeit zwei Handys, eine EC-Karte sowie ein mittlerer Bargeldbetrag geklaut wurden - ganz zu schweigen vom Briefkasten, der eines Nachts irgendwie abhanden kam - lernt man eben, sich auf das erhöhte Risiko einzustellen.

Auf dem Land

An dieser Stelle sollte ich erwähnen, dass wir die ganze Zeit über Bukarest geredet haben. Gehen wir also aufs Land. Eine echte Erholung für die Nerven. Kein Stress, kein Porsche, dafür wieder viele Schlaglöcher, die der Städter gerne in Kauf nimmt, um etwas Ruhe zu finden. Im Sommer sieht man die Familien gemeinsam auf dem Feld die Ernte einholen. Wenn der Betrachter nicht wüsste, dass diese Arbeit aus reiner Not gemacht wird, könnte man es richtig schön finden. Aber nicht nur die

Umgebung ändert sich, auch die Menschen. Es gibt viel weniger Unzufriedene. Sie haben in den vielen Jahren des Kommunismus gelernt, sich über Wasser zu halten. Dazu gehört meistens eine große Familie. So zählen zur Familie meiner Frau noch fünf Schwestern, 19 Neffen und Nichten, und auch diese haben schon wieder sieben Kinder – alle im gleichen Ort. Wird jemand in der Familie krank? Kein Problem, dann gehen die Kinder zur Tante oder zu einer Cousine. Schlachtet einer ein Schwein, sind viele Hände da, um zu helfen. Solch einen Familienzusammenhalt findet man bei uns sehr selten, für Rumänen ist das fast selbstverständlich.

Die Kraft, die alles zusammenhält, liegt im Glauben. Der sonntägliche Kirchgang ist nicht nur Pflicht für die Kleinen, nein, man hat auch das Gefühl, es ist eine Notwendigkeit für die Menschen hier. Ich habe mir oft überlegt, ob die Menschen nicht so gläubig wären, wenn sie einen besseren Lebensstandard hätten.

Dennoch ist die Kirche im Normalfall eine One-Man Veranstaltung mit dem Pfarrer als Ortsheiligen. In Gesprächen mit jungen Priestern wurde mir gesagt, dass selbst wenn sie versuchten, etwas moderner zu sein, die Gläubigen sie zu dem machten, was sie sich unter einem Priester vorstellen – einen Allwissenden und Unfehlbaren. Auch hierzu kann ich ein Beispiel aus eigener Erfahrung anfügen. Als unsere Hochzeit anstand, haben wir natürlich die Schwiegermutter gefragt, ob sie einverstanden sei. Ihre Antwort: „Fragt den Pfarrer, wenn der nichts dagegen hat, ist es gut“. Man muss dazu erwähnen, dass ich evangelisch bin und eine katholische Frau heiraten wollte. Zwischen Katholiken, der eigentlichen Minderheit, und Orthodoxen ist eine kirchliche Eheschließung inzwischen kein Problem mehr. Andere Konfessionen, die keine Heiligen haben, scheinen dagegen etwas seltsam zu wirken.

Die „Generationenwanderung“

Jetzt waren wir also auf dem Land, wo ich am liebsten meine Kinder einmal heranwachsen sehen würde. Und ähnlich geht es vielen Kindern der Stadt, die in den Ferien zu den Verwandten aufs Land dürfen. Hier ist einfach Platz für Spiele und Abenteuer auch ohne Nintendo. Wachsen die Kinder aber zu Jugendlichen heran, zieht es sie wieder in die Stadt, um zur Schule oder an die Uni zu gehen. Sind sie dann erwachsen, müssen sie in der Stadt bleiben, da es auf dem Land kaum Arbeit gibt. Haben sie schließlich das Rentenalter erreicht, müssen sie wieder aufs Land, da man sich mit der kleinen Rente das Leben in der Stadt nicht mehr leisten kann.

Politik?

An dieser Stelle sollte man sich natürlich auch fragen, was der Staat tut, um die Missstände zu bekämpfen. Warum ist zehn Jahre nach der so genannten Revolution die Situation immer noch so schwierig?

Dazu ein kleiner Exkurs:

Die Mentalität

Lucian Blaga, einer der großen rumänischen Denker des 20. Jahrhunderts, beschrieb die Mentalität des rumänischen Volkes in seiner „Schäfersage“, deren Aussage ich persönlich immer noch für gültig halte:

„Ein Schäfer ist mit seinen Schafen unterwegs, als auf einmal ein Schaf zu ihm sprach und ihm mitteilte, dass sein Kollege ihn ermorden wolle. So ging der Schäfer ins Dorf zurück und verabschiedete sich von seiner Familie und Freunden.“ (Frei nach Blaga)

Und genau diese Mentalität finde ich immer wieder bei den Menschen hier. Etwas ist nicht gut, also muss ich versuchen, damit auszukommen. Eine Revolution? Ich kann mir nicht vorstellen, wer diese gemacht haben soll. Die Ereignisse von 1989 begannen bezeichnenderweise mit einem Aufstand gegen die

Abschiebung eines Pfarrers, was angesichts der Volksfrömmigkeit ein gravierender Fehler war. Diese Unruhen nutzten schlaue Köpfe, um Ceausescu loszuwerden, was ihnen auch gelang. Daher schreibe ich auch bewusst von der „so genannten“ Revolution, und genau so bewusst möchte ich betonen, dass ich mich freue, in Rumänien Menschen gefunden zu haben, denen diese Mentalität fremd ist.

Weiter zur Politik

Man fragt sich als Außenstehender durchaus, ob es das wichtigste Ziel der staatlichen Politik ist, seine Bevölkerung für unmündig zu halten. In der Schule ist Politik genauso Tabu wie das Thema Sex. SMV oder AStA? Fehlanzeige. Und so wurde ich nur komisch angeschaut, als ich fragte, wie denn der Staat aufgebaut sei und welche politischen Instrumente außer Wahlen es sonst gebe? Selbst die Suche nach diesen Informationen stellte sich als recht schwierig heraus. Die Buchhändler sahen mich so verwundert an, als würde ich mit ihnen in Deutsch sprechen – „Poftim?“ (dt.: „Wie bitte?“). In Berichten der Europäischen Union und in Büchern aus Deutschland fand ich dann einige Erklärungen.

Rumänien hat eine Demokratie ohne klare Gewaltenteilung. Geht das? Eingeschränkte Meinungsfreiheit. Geht das? Wie man sieht ja.

Ekaterine Lomsadze

Über die russisch-georgischen Beziehungen

Vorbemerkung

Spätestens seit die Vereinigten Staaten und Russland in seltener Übereinstimmung das Pankisi-Tal nahe der Grenze zu Tschetschenien als Rückzugsgebiet von Al Qaida-Terroristen ausgemacht haben wollen, rückte Georgien ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit. Diese neue Station im Anti-Terror-Kampf der beiden Mächte rief in Erinnerung, dass der Kaukasus-

Und gäbe es da nicht den Wunsch, endlich zur EU zu gehören, würde das wahrscheinlich auch niemanden interessieren. So kümmern sich jetzt wenigstens das Parlament und der Senat zusammen mit der Regierung um eine Verfassungsänderung. Das Volk feiert derweil die Visafreiheit für die Schengen-Staaten.

Resümee

Man könnte mich jetzt fragen, warum ich eigentlich noch hier in Rumänien bin? Und die Antwort ist ganz einfach: Ich liebe dieses Land und die Menschen, die privat und bei der Arbeit neben mir stehen! Und da komme ich in Erklärungsnot. Vielleicht frage ich lieber umgekehrt: „Hat Ihr Partner nicht ein Doppelkinn? Oder Ihre Freundin eine nervige Marotte?“

Wie viele warte auch ich auf den Durchbruch. Wie viele denke ich, es wird noch mindestens eine Generation dauern. Dafür lohnt es sich aber zu arbeiten. Im Kleinen fangen wir hier bei uns in der Sozialwerkstatt an.

Es wird wohl weiterhin zwei Typen von Rumänienreisenden geben. Die einen kommen nie wieder und den anderen geht es wie mir.

Literaturtipp

Keno Verseck: Rumänien, Verlag C.H. Beck, München.

Staat seit Jahren einen gefährlichen Konflikt-herd bildet. Ethnisch-territoriale Konflikte in Süd-Ossetien und in Abchasien forderten zahlreiche Menschenleben, darunter auch das eines deutschen UN-Mitarbeiters, zwangen rund 250.000 Menschen zur Flucht und hinterließen ein Sicherheitsvakuum zwischen diversen politischen, militärischen und schlicht kriminellen Kräften, das sowohl Moskau als auch

Washington beenden wollen. Eine neue Qualität erhielt der Konflikt Ende Juli, als russische Streitkräfte mehrere Bombenattacken gegen tschetschenische Stellungen im Pankisi-Tal flogen. Im August marschierten georgische Truppen ein. Wenn wir im Folgenden einer in Deutschland lebenden georgischen Studentin Gelegenheit geben, ihre Gedanken zu den komplizierten georgisch-russischen Beziehungen darzustellen, dann nicht, um dies mit einer stichhaltigen wissenschaftlichen Analyse

Die russisch-georgischen Beziehungen haben eine lange Geschichte. Als die russische Zarin Katharina II. den Türken den Krieg erklärte, geriet Georgien in das Blickfeld des Zarenreiches. Der Favorit der Zarin, Fürst Potiomkin, führte mit dem georgischen König Erekle II. Verhandlungen über einen Beistandsvertrag, der schließlich 1783 in der Kaukasusstadt Georgiewsk unterzeichnet wurde. Doch die Hoffnungen, die die Georgier mit dem Vertrag verbunden hatten, wurden enttäuscht. Da Russland weiterhin seine eigenen Interessen verfolgte, geriet Georgien Stück für Stück unter die Herrschaft des Zarenreichs. Die Russifizierung des Landes hatte weitreichende Folgen. Das georgische Königtum verschwand als politische Institution, die Aristokraten wurden Adlige des russischen Imperiums und der Klerus wurde unter die Aufsicht des russischen Patriarchats gestellt. Andererseits passten sich viele georgische Bürger der neuen Lage an und trugen ihren Teil dazu bei, das russische Imperium zu stärken. Nach Kutusow, dem zweithöchsten Heerführer der russischen Armee, wurde General Piotr Bagrationi, der sich unermüdlich für Russlands militärische Stärke einsetzte, zum "Helden der Schlacht von Borodino" (1812) erklärt. Ein bekannteres Beispiel: Stalin ließ in seinen Pass eintragen: "Nationalität - georgisch, Muttersprache - russisch". Sein ganzes Leben widmete er Russland, sprach stets vom "großen russischen Volk" und meinte damit die seiner Herrschaft unterstellten Völker.

zu verbinden. Vielmehr möchten wir im „O-Ton“ bekanntlich auch einer sehr subjektiven Sicht der Dinge Raum geben, um neue Sichtweisen kennen zu lernen und uns mit ihnen auseinander zu setzen. Insofern beschränkten sich unsere redaktionellen Eingriffe lediglich auf orthographische, grammatikalische und stilistische Korrekturen.

MW

Die Russifizierung Georgiens dauerte bis 1917. Zwischen Februar und Oktober 1917 lag das in tausendjähriger Tradition errichtete russische Kaiserreich in Agonie. In diesem halben Jahr stürzte unter den Schlägen der sich radikalierenden Revolution jegliche Ordnung zusammen. Zuerst fiel der Kaiser, dann die Dynastie, dann die Monarchie. In dieser Periode schwand in Russland jede Autorität, die Disziplin der Armee und die Ordnung im Verwaltungsapparat. Die okkupierten Länder lösten sich aus dem Bestand des Reiches, und am 26. Mai 1918 rief auch die georgische Regierung die staatliche Unabhängigkeit ihres Landes aus. Das deutsche Kaiserreich war das erste Land, das den Georgiern diplomatische Beziehungen anbot. Einige der zuvor unter russischem Protektorat lebenden nationalen Minderheiten weigerten sich indes, die Oberhoheit Georgiens anzuerkennen.

Die folgenden drei Bürgerkriegsjahre (1918-1921) brachten dem Sowjetstaat größte Not und zugleich eine Zeit höchster Anspannung aller Kräfte. Die UdSSR bestand zunächst aus der russischen, der ukrainischen, der weißrussischen und der transkaukasischen Sowjetrepublik. Letztere wurde später in die drei Sowjetrepubliken Georgien, Armenien und Aserbeidschan aufgegliedert. Mit dem Einmarsch russischer Truppen endete nämlich bereits 1921 die kurze Phase der georgischen Unabhängigkeit. Lenin betrachtete das Land als einen Sonderfall unter den peripheren Gebieten des Sowjetstaates und warnte seine Genossen: Es sei „notwendig, eine flexible und kluge Taktik

anzuwenden, um den Widerstand der Georgier zu brechen". Daher musste der gebürtige Georgier Ordschonikidse als Vertrauter Stalins nach Tiflis reisen, um mit einflussreichen Persönlichkeiten einen Kompromiss zu finden. Nach 1921 hatten die Georgier wissen lassen, dass sie "unter bestimmten Voraussetzungen nichts gegen eine Übernahme sowjetischer Verhältnisse" haben würden.

Die Sowjetunion war formal ein übernationaler Bund nationaler Staaten. Durch ihre Gründung wurde unter Berücksichtigung nationaler Belange der nichtrussischen Völker in kulturellen und sprachlichen Belangen die drohende Auflösung des Reiches in seine nationalen Bestandteile verhindert. Dabei gab es unter der Sowjetherrschaft keine Meinungsfreiheit und keine Wahrung der Menschenrechte. Als aber das sowjetische Imperium Ende der 80er Jahre zu wanken begann, traten Oppositionelle 1988 in Tiflis in einen Hungerstreik für die Unabhängigkeit Georgiens. Am 9. April 1989 organisierte die Opposition eine Kundgebung, auf der abermals die Unabhängigkeit eines einheitlichen Georgiens gefordert wurde. Sowjetische Truppen setzten daraufhin Feldspaten und Tränengas gegen die friedlichen Demonstranten ein. Im Sommer 1990 erklärte das georgische Parlament de facto die Unabhängigkeit des Landes. Inzwischen spitzte sich die Lage in den autonomen Gebieten Georgiens, in Südossetien und in Abchasien gefährlich zu, und es kam zu ersten Auseinandersetzungen. Südossetien war bereits im Jahr 1924 zu einem autonomen Gebiet erklärt worden. Die dort lebenden Osseten hatten nie unter irgendeiner Diskriminierung zu leiden. Sie integrierten sich sehr gut in Georgien, und es gab keinen Grund, diese guten Beziehungen abubrechen. Aber in der Zeit der Erneuerung der Sowjetunion brach in Südossetien eine Art von Sowjetomanie aus. Ossetische "Nationalisten" marschierten durch die Straßen der Hauptstadt Zhinwali und verlangten die

Vereinigung mit Russland. Als die in diesem Gebiet lebenden Georgier im Herbst 1989 dagegen protestierten, erschienen Streitkräfte des Moskauer Innenministeriums. Nachdem Eduard Schewardnadse, der ehemalige Außenminister der UdSSR, in Georgien die Macht übernommen hatte, ließ er die Stadt Zhinwali belagern. Er vereinbarte am 26. Juni 1992 die Aufstellung einer aus russischen, ossetischen und georgischen Soldaten zusammengesetzten Ordnungstruppe, angeblich um die Heimkehr der georgischen Flüchtlinge zu überwachen. Während er jedoch seine Gardisten bald abzog, blieben die Flüchtlinge bis heute in den Städten Gori und Tiflis. Noch schwieriger war die Lage in Abchasien. Diese Region gehörte immer zu Georgien, doch kam es nach den Ereignissen der 80er Jahre zu wesentlichen Veränderungen. Mit Moskaus Hilfe gelang es der abchasischen Unabhängigkeitsbewegung, die georgischen Truppen zu besiegen. Die Abchasen stellten eine für die Vereinten Nationen unannehmbare Bedingung für ihre Heimkehr, dass nämlich Tiflis Abchasien als unabhängiger Staat anerkannte. Tatsache ist, dass die abchasische Regierung mit der geheimen Unterstützung Moskaus diese Heimkehr verhinderte. Aber die Lage wurde noch komplizierter. Der georgische Präsident Schewardnadse bat dieselben Russen, die er wegen der Unterstützung Abchasiens scharf kritisiert hatte, um militärischen Beistand. Bald darauf landeten russische Kriegsschiffe in Georgien. Sie kontrollierten Westgeorgien. Dörfer und Städte wurden bombardiert. Schewardnadse, der weltweit populäre Politiker, der fremde Truppen zur Bekämpfung seiner eigenen Landsleute herbeirief, verlor seine Autorität. Es ist offensichtlich, dass die Einigung mit Russland für Georgien nichts Gutes gebracht hat. Obwohl Georgien zur Zeit ein unabhängiger Staat ist, ist der russische Einfluss unübersehbar. Was derzeit im Kaukasus geschieht, ist ein neuer Versuch, die kulturelle Einheit dieses Gebietes zu zerstören.

Partner

Jürgen Wilke/Zbigniew Wilkiewicz

(Jürgen Wilke ist Geschäftsführer des Partnerschaftsvereins Vlotho-Lubsko)

Der Partnerschaftsverein Vlotho-Lubsko e.V.

Die Stadt mit dem goldenen Löwen im Wappen

Das heutige Lubsko ist eine der ältesten Städte in der polnischen Woiwodschaft Lubuskie. Quellen aus dem XII. und XIII. Jahrhundert bestätigen, dass auf dem Territorium der heutigen Stadt eine kleine Siedlung existierte. Schriftlich erwähnt wird der Name Sommerfeld, seit 1945 Lubsko, zum ersten Mal im Jahre 1258. Der Ort erhielt 1283 Ort vom Markgrafen von Meißen, Heinrich dem Schönen, die Stadtrechte. Dieses Dokument belegt, dass Sommerfeld bereits damals ein befestigtes, wirtschaftlich ausgebautes Zentrum im Ostteil der Niederlausitz war. Die Achse der Stadtmauern bildeten zwei Stadttore, im Norden das Gubener und im Süden das Sorauer Tor.

Die Geschichte der Stadt und ihrer Region war im Laufe der Jahrhunderte wegen der sich häufig verändernden staatspolitischen Machtverhältnissen recht wechselhaft. Die Stadt befand sich im Herrschaftsbereich der Piasten, des Markgrafen von Meißen, der böhmischen Könige sowie der Kurfürsten von Brandenburg und von Sachsen. Schließlich stand sie unter der Herrschaft deutscher Könige und Kaiser. Zwischen 1543 und 1808 hatten unter anderen die Geschlechter der Bieberstein, Kotowicz, Packe und Bredelow in Sommerfeld das Sagen.

Die ab 1800 entstehende keramische und die Textilindustrie sorgte für einen schnellen wirtschaftlichen Aufstieg der Stadt. Um 1900 gab es unter anderem zwölf Textilbetriebe mit 1650 sowie acht keramische Betriebe mit 450 Beschäftigten.

Im Juli 1846 erschien die erste Ausgabe der Lokalzeitung „Wochenblatt für die Stadt Sommerfeld und Umgebung“, die über einhundert Jahre lang herausgegeben wurde. Am 1. September 1846 fuhr der erste Zug auf

der Bahnverbindung Breslau-Berlin durch die Stadt.

Die Kriegshandlungen des Jahres 1945 verschonten Sommerfeld im Großen und Ganzen, nur einige wenige Gebäude wurden beschädigt. Das heutige Lubsko verfügt also noch über seinen alten historischen Grundriss. Ein reizvolles Ensemble von Baudenkmalern bilden das Rathaus mit dem Stadtwappen, die gotische Kirche mit romanischen Elementen, der Büttelturm aus dem XV. Jahrhundert sowie das Schloss.

Die Stadt Lubsko liegt am Flüsschen Lubsza. Hier kreuzen sich die Verkehrswege aus Richtung Zielona Góra-Zasięki-Forst und Zary-Gubin. Die Grenzübergänge in Olszyna/Forst und Gubin/Guben sind etwa dreißig Kilometer weit entfernt. Die Gesamtgemeinde hat eine Fläche von 183, die eigentliche Stadt von 13 qkm. Zur Gemeinde Lubsko gehören 28 Dörfer. Insgesamt leben in der Gemeinde heute 20.694, in den Stadtgrenzen 15.916 Einwohner.

Die wirtschaftliche Infrastruktur bilden mehrere Industriebetriebe sowie eine ganze Reihe von Geschäften und Dienstleistern.

In Lubsko wird seit 1991 das Monatsblatt „Magazyn Lubuski“ herausgegeben. Stadt und Gemeinde sind Mitglied der Euroregion Spre-Neiße-Bober.

Lubsko ist Partnerstadt von Vlotho (an der Weser), von Helsingør in Dänemark und von Forst in der Lausitz.

Von der Patenschaft zur Partnerschaft

Erst nach der Wende und nach der Öffnung der Grenzen im Jahr 1989 konnten Vlothoer Bürgerinnen und Bürger offizielle Kontakte zu Vertretern der Stadt Lubsko aufnehmen. Der damalige Bürgermeister Lubskos, Piotr Palcat, nahm eine Aktennotiz über ein Gespräch aus

dem Jahr 1987, das zwischen dem ehemaligen Bürgermeister Lubskos und einer deutschen Reisegruppe, zu der auch der ehemalige Vlothoer Bürgermeister Gerhard Wattenberg zählte, zum Anlass, sich an die Stadt Vlotho zu wenden. Piotr Palcat erkundigte sich in seinem Schreiben, ob die Stadt Vlotho nach wie vor, wie in der Aktennotiz festgehalten, an Kontakten zu Lubsko mit dem Ziel einer Städtepartnerschaft interessiert sei. Dieses in der Tat bestehende Interesse wurde mit Zustimmung aller im Vlothoer Rat vertretenen Parteien 1990 durch Beschluss bestätigt.

Sehr hilfreich waren bei der neuen Kontaktaufnahme schon bestehende Verbindungen. So hatte die Initiativgruppe "Hilfe für Kinder im Krankenhaus Lubsko" schon 1987 damit begonnen, von Vlothoer Bürgern gespendete Hilfsgüter nach Lubsko zu bringen. Maßgeblichen Anteil an der Organisation und dem Transport hatte der Verein "Moral und Ethik".

Bereits am 25. April 1992 wurde der Städtepartnerschaftsvertrag in einer Feierstunde im Lubskoer Kulturhaus unterzeichnet. Am 10. November 1992 erfolgte dann die Gründung des Partnerschaftsvereins Vlotho-Lubsko. Anlässlich dieser Gründungsversammlung wurde Eckhard Schulz zum Vorsitzenden gewählt. Dieses Amt bekleidet er heute noch.

Mit einigem Geschick und viel Einfühlungsvermögen ist es dem Verein im letzten Jahrzehnt gelungen, auf beiden Seiten bestehende Vorurteile abzubauen und Verbindungen zwischen Vereinen und kommunalen Einrichtungen beider Städte herzustellen. Stadtverwaltungen, Feuerwehren, Kindergärten und Schulen sind in ständigem Austausch.

Im Vordergrund aller Bemühungen stehen freilich Jugendbegegnungen, da es die jungen Menschen sind, die das Fundament für eine gute und unbeschwerte Partnerschaft legen sollen. Bestes Beispiel hierfür sind die Fußballvereine SUS Winterberg und FC Exter. Beide Vereine haben schon zahlreiche Jugendturniere mit Jugendmannschaften aus Lubsko veranstaltet.

Aber auch der CVJM Wehrendorf hat mit seiner Jugend-Tischtennisabteilung eine Verbindung zu den Lubskoer Tischtennisspielern hergestellt und Begegnungen mit Vergleichswettkämpfen durchgeführt.

Schon vor Jahren hatte sich der Partnerschaftsverein zum Ziel gesetzt, eine Schulpartnerschaft mit einer Lubskoer Schule einzugehen. Nach wiederholten Gesprächen ist es 1998 gelungen, die Leitung der Realschule Vlotho für dieses Projekt zu gewinnen.

Realschullehrer Hans Werner Jungmann ist es zu verdanken, dass bis heute sechs Austausche mit dem Lubskoer Lyzeum stattgefunden haben. Die in Polen im Jahre 2000 verabschiedete Schulreform machte es erforderlich, nunmehr eine Partnerschaft mit dem in Lubsko neu entstandenen Gymnasium anzustreben.

So ist es das Verdienst des Vorstandes und der Mitglieder des Partnerschaftsvereins Vlotho-Lubsko, dass sich Bürgerinnen und Bürger beider Städte näher gekommen sind und deutsch-polnische Freundschaften geschlossen wurden.

Zusammenarbeit mit dem GESW e.V.

Die enge Kooperation mit dem Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho (GESW) ergab sich in erster Linie aus der Tatsache, dass der derzeitige Leiter dieser seit fast fünfzig Jahren in Vlotho beheimateten Jugendbildungsstätte, Dr. Zbigniew Wilkiewicz, im Jahre 1996 dem Partnerschaftsverein Vlotho-Lubsko beitrug und noch im selben Jahr zum Stellvertretenden Vereinsvorsitzenden gewählt wurde. Aufgrund seiner polnischen Abstammung, seiner Sprachkenntnisse und seiner langjährigen beruflichen Erfahrung im deutsch-polnischen Kontext ging Wilkiewicz davon aus, dass der bereits bestehende Austausch von Jugendlichen und jungen Menschen, besonders auf sportlichem Sektor, zukünftig noch verstärkt werden müsse. Der 1996 neu gewählte Vorstand, der die gleiche Auffassung vertrat, beabsichtigte auch, aus dem Schatten des nur *Partnerschaftsgedankens* – mit entsprechenden Hilfsaktionen in Lubsko - hinauszutreten und - trotz aller

materieller und sozialer Asymmetrien zwischen Vlotho und Lubsko - zu einer echten *Partnerschaft* zu gelangen. Für ein offenes, vorurteilsfreies und nicht von leidvollen historischen Erfahrungen geprägtes Miteinander – so das Konzept des Partnerschaftsvereins, das sich an dieser Stelle mit dem jugendpolitischen Konzept des GESW deckt, eignen sich die jungen Menschen beider Länder und Städte am besten. Denn man kann davon ausgehen, dass sie weder unter Schuldgefühlen noch unter Opferkomplexen leiden, wie sie bei vielen Vertriebenen beider Länder, ob nun der ersten oder zweiten Generation, noch immer vorhanden sind.

Wilkiewicz nahm im Rahmen mehrerer, vom GESW durchgeführter und von der Robert-Bosch-Stiftung geförderter, deutsch-polnischer Begegnungsprojekte bereits in den Jahren 1994 bis 1996 Kontakt zur Realschule in Vlotho auf und konnte die Rektorin, Frau Anke Dieckmann sowie den Realschullehrer, Herrn Bodo Kohlmeyer, für die Zusammenarbeit mit dem GESW gewinnen.

Die schon lange gehegte Vorstellung, eine offizielle Schulpartnerschaft mit einer der Lubskoer Schulen abzuschließen, begann, besonders nach dem Jahre 1996, Gestalt anzunehmen, als sich der Partnerschaftsverein mit vereinten Kräften für eine Schulpartnerschaft einzusetzen begann. Jetzt ergaben sich ganz konkrete Vernetzungsmöglichkeiten zwischen dem Partnerschaftsverein, der Realschule und dem GESW, die es Ende 1998 ermöglichten, ein erstes Begegnungsseminar zwischen deutschen und polnischen Schülerinnen und Schülern im GESW durchzuführen.

Ein besonderes Verdienst kommt in diesem Zusammenhang dem Realschullehrer Hans-Werner Jungmann zu, der Vlothoer Schüler und Eltern für das Projekt gewinnen konnte und sich an dessen Planung und Durchführung maßgeblich beteiligte. Der bis heute intensiv fortgesetzte Schüleraustausch mit Lubsko liegt weiterhin in Jungmanns Händen und hat nichts an seiner Vitalität eingebüßt.

Seit 1998 fanden im GESW mehrere Multiplikatorenseminare statt, bei denen sich die Teilnehmenden – ehren- und hauptamtliche Repräsentanten deutscher und polnischer Partnerschaftsvereine sowie deutsche und polnische Lehrerinnen und Lehrer – intensiv mit den Möglichkeiten einer Optimierung der deutsch-polnischen Partnerschaftspraxis beschäftigten. Diese Tagungen, die dankenswerterweise ebenfalls eine Förderung durch die Robert-Bosch-Stiftung erfuhren, wurden in der Regel in den „aktuellen ostinformationen“ dokumentiert. An diesen Wochenendseminaren nahmen regelmäßig Mitglieder beider Partnerschaftsvereine teil, so dass das GESW immer wieder die Möglichkeit bot, in einem erweiterten Kreis von Teilnehmenden und unter Anleitung kompetenter Referenten Erfahrungen auszutauschen und neue Konzepte zu entwickeln.

Die Kooperation des Partnerschaftsvereins mit dem GESW stellt somit ein gelungenes Beispiel für die Vernetzung lokaler Initiativen und Institutionen dar. Natürlich wäre sie ohne das grenzüberschreitende, ehrenamtliche Engagement einiger jugendbegeisterter Akteure auf beiden Seiten so niemals zustande gekommen.

Berichte

Zbigniew Wilkiewicz

Europäischer Einigungsprozess versus Renationalisierung (Bericht über die Tagung der Ost-West-Institute vom 22. bis 25.11.2001, Teil II)

Zusammenfassung

Wie im letzten Heft der „aktuellen ostinformationen“ angekündigt, dokumentieren wir in einem zweiten Teil nunmehr die Kurzbeiträge unserer Kolleginnen und Kollegen aus Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Um dem Leser eine rasche Orientierung zu ermöglichen, erfolgt nachstehend eine kurze Charakteristik der Einzelbeiträge.

Rafal Pankowski liefert einen historischen Überblick über die Entwicklung der extremen Rechten in Polen und beschreibt die aktuelle Situation hinsichtlich rechtsextremer und neofaschistischer Jugendorganisationen, die nicht selten über internationale Kontakte verfügen und sich paradoxerweise einem nationalsozialistisch inspirierten Hitler-Kult hingeben.

Leszek Szuster referiert über Auschwitz als Lernort, über die Arbeit mit rechtsextremen Gruppen und charakterisiert sie als einen Versuch, präventiv tätig zu werden.

Jan Pátek gibt einen Überblick über die Entwicklung der rechtsradikalen Szene in Tschechien. Auch geht er auf die Roma-Minderheit ein, deren Situation sich aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse und deutlicher sozialer Unterschichtung nur sehr allmählich verbessern kann.

Éva Nagy berichtet über die Neubelebung des Nationalismus und Rechtsextremismus in

Ungarn seit 1989/90, die sie auf das Bedürfnis nach Neudefinition der eigenen nationalen Identität zurückführt. Für die Akzeptanz und die Wählbarkeit einer so extrem rechten und antisemitischen Partei wie der MIÉP macht sie die durch die Transformation der Gesellschaft hervorgerufenen sozialen Umbrüche verantwortlich.

Marius Turda betont in seinem Vortrag über Rumänien, dass die Transformation in diesem Land weder ökonomisch noch politisch allzu große Fortschritte gemacht habe. Insofern bildet ein im Verhältnis zur EU negativ definierter rumänischer Nationalismus für die rechten rumänischen Politiker und Intellektuellen weiterhin ihre eigentliche Argumentationsbasis.

Maria Todorova konstatiert insgesamt, dass es keinen ausgeprägten Extremismus in Bulgarien gibt. Allerdings werden die Minderheiten der Türken, Bulgaren-Muslime und Roma weiterhin benachteiligt, und die Verarmung und Arbeitslosigkeit unter ihnen ist erheblich. Hieraus ergibt sich auch die evidente Ethnisierung von Kriminalität. Da das Bevölkerungswachstum der Minderheitenpopulationen im Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft der Bulgaren drastisch zunimmt, muss zukünftig mehr für die ökonomische, politische, soziale und kulturelle Integration dieser Gruppen getan werden.

ZW

Rafal Pankowski (Nigdy Wiecej – Never Again, Poland)
Racist and Xenophobic Tendencies in Poland

2000 in retrospective seems to have been a crucial year with regard to Polish debates on issues of anti-Semitism in general and the wartime history of Polish-Jewish relations in particular. The intensification of those debates has led to a polarisation of attitudes as well as highlighted patterns of prejudice structurally present in the Polish culture. The opening of the painful discussion should be viewed as a positive step on the road to a genuine elimination of these patterns. Until now, however, more or less crude anti-Semitism is still the most common form of racism in Poland. It can be found both on the political fringe as well as in the mainstream, with many points of ideological, organisational and personal overlap between the anti-Semitic radical right-wing and the mainstream conservative bloc. The disastrous defeat of nationalist candidates in the presidential election, however, points to the fact that xenophobic discourse, whilst seemingly tolerated in mainstream politics, has little appeal to the Polish voters. The discernable change in the attitude of the Catholic church, most notably the impact of the Pope's widely reported visit to Israel, has also been an important development. The anti-Semitic political spectrum remains broad and active. It consists of both militant neo-fascist groups as well as more respectable nationalist organisations. The presence of the far-right in mainstream politics does not emerge from the fact that it has significant public support, but from the frailty and superficiality of Polish democratic culture. Politicians tolerate colleagues who express racist views, and the mass-media most often turn a blind eye, too. The extreme-right has maintained and developed its cultural base. Extreme right-wing culture has many platforms, from the sports stadium to the university. There is an estimated 15,000 committed activists on the extremist scene. The xenophobic Radio Maria has hundreds of thousands of Catholic listeners daily

and it remains an important political force. It frequently allows members of extremist organizations to broadcast their political message. The emergence of Holocaust revisionism in Poland can be explained in terms of jumping on the bandwagon of a very natural tendency to 'revise' Polish history after decades of officially sanctioned disinformation. This 'natural-revisionist' tendency in East-European countries is frequently abused by those who use it to promote their own extremist political agenda. Together with the wide-spread anti-Semitic prejudice it occasionally turns into a truly explosive mixture. It can be argued that the prolonged toleration of the wide-ranging racist activities of racist-extremist groups on the part of the political establishment is simply a sign of tacit approval of the presence of anti-Semitic organizations as permanent segments of the political system. In the absence of a credible left-radical alternative it has become 'normal' for radical political discontent to be expressed through anti-Semitic discourse. The use of anti-Semitism does not disqualify from taking part in the political life, eg. in coalition-building. The most common strategy of maintaining the status quo of tacit anti-Semitism is denial and trivialisation in the face of evidence of open anti-Semitism. At the same time it has to be noted that civil society responses to racism become more widely heard and resistance against xenophobia is growing, especially among the youth. Before the recent parliamentary election, Leszek Miller, the leader of the Democratic Left Alliance (now Prime Minister) publicly expressed his support for anti-fascist activities. It remains to be seen whether he has enough determination to act against racist extremism which has become the cancer of the Polish body-politic. Most probably he needs a push from the European Union which, until now, has tended to ignore the steady rise of the far-right in EU candidate countries.

Leszek Szuster

(Leiter der IJBS Auschwitz)

Der Rechtsextremismus und die Arbeit mit Jugendlichen in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oswiecim

Übersicht

1. „Auschwitz als Lernort“ – Nutzung eines Aufenthaltes in der Gedenkstätte in Erziehungsprogrammen

2. Der Begriff „Auschwitz“ – ein Segment rechtsextremer Ideologien, neofaschistische deutsche Gruppen, rechtsextreme polnische Gruppen

3. Die extreme Rechte in Auschwitz – mediale Resonanz

Erfahrungen mit rechtsextremen Gruppen in der Arbeit der IJBS

4. Programme mit schwererziehbaren sowie inhaftierten Jugendlichen

Projekte des Vereins „Für die Zukunft lernen“ – Teilnahme von Skinheads an Erziehungsprogrammen in der IJBS

5. Themenkreise „Stereotype und Vorurteile“ – Vorbeugung gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Rassismus. Prophylaxe der IJBS im Rahmen von Seminaren, Konferenzen, Studienreisen und Jugendaustausch

1. Die Konzeption „Auschwitz als Lernort“ ist, kurz gesagt, ein Erziehungsprogramm, das sich auf all jene Themen konzentriert, die von dem erwähnten Grundgedanken der Konzeption umfasst werden. Die Konfrontation mit der Gedenkstätte sollte sich nicht in einem oberflächlichen Schema „Besichtigung – Gedenkminute – Niederlegung von Kränzen“ schließen, sondern sollte zu einer tieferen Reflexion bewegen. Man kann das Gebiet des Staatlichen Museums Auschwitz–Birkenau nicht als ein strikt museales Gebiet und dessen Besichtigung ausschließlich als „einen Ausflug in die Vergangenheit“ betrachten. Daher sind neben der Studienreise zur Gedenkstätte Seminare, Workshops und Konferenzen die pädagogische Haupttätigkeit der IJBS.

2. Der Begriff „Auschwitz“ stellt einen wesentlichen Bestandteil der Ideologie rechtsextremer Gruppen in Deutschland und in Polen dar. In beiden Doktrinen gibt es jedoch wesentliche Unterschiede, wenn es um die Nutzung des Schlagwortes „Auschwitz“ geht. Auch unter den einzelnen „nationalen“ Gruppen ist es schwer, einen gemeinsamen Nenner zu finden, was sich aus dem Mangel an einhelligen ideologischen Deklarationen der einzelnen Gruppen ergibt. Dies erschwert auch ihre präzise Einordnung.

Die neofaschistischen Gruppen in Deutschland bedienen sich des Begriffes „Auschwitz“ in verschiedenen Kontexten. Für sie war Auschwitz die Verwirklichung der These von der Überlegenheit der arischen Rasse und ihre praktische Realisierung durch den Extremismus. Und obwohl es zur Infragestellung der Authentizität dieser Stätte kommt (was im Widerspruch zu den logischen Voraussetzungen steht), erscheint Auschwitz als „eine gut erfüllte Aufgabe“, eine Stätte, wo die Juden ein Schicksal erlitten, das sie sich verdient haben.

Viel komplizierter stellt sich die Situation bezüglich der polnischen rechtsextremen Gruppen dar. Die dominanteste und spektakulärste Skinheadbewegung „Polnische Nationale Gemeinschaft“ (Polska Wspólnota Narodowa) entdeckte im Begriff „Auschwitz“ den Inbegriff der Gewalt und sieht in der Ausrottung der Juden nichts Anderes als die Krönung eines antisemitischen Kreuzzuges der Zwischenkriegszeit in Europa und in Polen. Ein gewisser Zwiespalt eröffnet sich in der Feststellung, dass in Auschwitz auch Polen ums Leben kamen. Die Verherrlichung nationalsozialistischer Aktivitäten unterliegt dann einer selektiven Auswahl jener Elemente, die sich einer Ideologie doktrinärer Grundlagen verschreiben.

3. Es ist allgemein bekannt, dass die Ereignisse in Oswiecim – Auschwitz eine besondere mediale Resonanz finden. Der Streit um das Karmeliterkloster und die Kreuze auf dem sog. Kiesgrund, den sog. „Supermarkt“ oder auch um die Diskothek wuchs dank der Medien zu einem internationalen Skandal an und verschwand lange Zeit nicht aus den weltweiten Schlagzeilen.

Zumindest aus diesen Gründen darf Auschwitz/Oswiecim mehr als andere Stätten kein Ort sein, wo sich nationalsozialistische, rassistische und faschistische Aktivitäten bemerkbar machen. Aus dieser Stätte klingt jede Botschaft, jede Warnung und jeder Appell lauter und erreicht eine breitere Gruppe von Zuhörern. Dies ist der nächste Grund, warum man in Oswiecim Erziehungsprogramme, Seminare, Konferenzen und Treffen organisieren sollte.

4. Erfahrungen mit rechtsextremen Gruppen in der Arbeit der IJBS

Die Veranstaltung von Studienreisen nach Auschwitz ermöglicht rechtsextremen, schwer erziehbaren und inhaftierten Jugendlichen vor allem die Vermittlung der historischen Wahrheit über Auschwitz an Ort und Stelle der Ereignisse. Das ist insoweit wesentlich, als rechtsextreme Ideologien vor allem auf einem sehr beschränkten historischen Wissen ihrer Anhänger basieren. Dies bestätigen Personen, die sich mit dem Thema rechtsextremer Bewegungen beschäftigen.

„Aus unseren jahrelangen Erfahrungen wissen wir, dass die Reise nach Auschwitz auch mit jungen Menschen, die sich selbst als politisch rechtsextrem bezeichnen und überzeugte Skinheads sind, einen tiefen Sinn hat. Es kann jedoch nicht das Ziel sein, um das bildlich darzustellen, einen kahlköpfigen Jungen nach Auschwitz zu bringen, damit man ihn später als einen Menschen mit blondem lockigem Haar nach Hause bringt. In Bezug auf Matthias und ihm ähnliche Menschen bedeutet dies, dass man nicht erwarten kann, dass sie noch in Oswiecim ihre Ideologien verleugnen und sich zu Hause von Skinheadgruppen distanzieren werden. Einer durch lange Jahre gewonnenen Identität

kann man sich nicht von einem Tag auf den anderen entledigen. Es geht vielmehr darum, dass man, wie ich schon erwähnt habe, den Jugendlichen authentische Informationen vermittelt, um ihnen zu ermöglichen, ihre Meinung zu ändern. Jemand, der erwartet, dass Jugendliche, welche eine Konfrontation mit Auschwitz erlebten, keine Witze mehr über Juden oder Türken erzählen, oder sich einer Initiative für Ausländer anschließen werden, stellt an diese jungen Menschen und an sich selbst zu hohe Ansprüche“.

„Die Reise nach Auschwitz bedeutet – das betrifft meiner Meinung nach alle Teilnehmer – eine Konfrontation mit der eigenen Biographie“ (Werner Nickolai: Marco und die Folgen – ein Skinhead in Auschwitz. In: neue praxis, 2/1996, S.160-168).

5. Die Erziehungstätigkeiten der IJBS im Bereich Vorbeugung der Verbreitung rechtsextremer Tendenzen kann man im Ganzen als Prävention betrachten.

Die Problematik der Stereotype und Vorurteile sowie des Rechtsextremismus sind ein wesentlicher Bestandteil der in der IJBS realisierten Programme, manchmal so sehr dominierend, dass dieser Bestandteil das Thema an sich darstellt, wie im Falle des Seminars „Rechtsextreme Tendenzen unter den Jugendlichen in Polen und in Deutschland“ oder auch des polnisch-deutsch-südafrikanischen Programms „Das Problem des Rassismus in der internationalen Zusammenarbeit“.

Das beste Angebot für alle diese Jugendlichen, die ihre Wertesysteme gerade verifizieren und nach Autoritäten suchen, ist die Sensibilisierung im Hinblick auf Bedrohungen, die Rassismus und Feindseligkeit gegen Fremde mit sich bringen sowie die Gestaltung von Toleranz und Offenheit gegenüber anderen.

Deshalb stellen Begegnungen und die Verwirklichung von Programmen in einer solchen Stätte wie Oswiecim und in einer solchen Institution wie der Internationalen Jugendbegegnungsstätte eine Chance dar, den Jugendlichen eine gewisse Orientierung zu vermitteln.

Jan Pátek (Prag)

Extremistische Tendenzen und die Situation der Roma-Minderheit in der Tschechischen Republik

In den regelmäßigen Berichten der Europäischen Kommission zum Stand der Beitrittsverhandlungen mit der Tschechischen Republik wurden in den vergangenen Jahren immer wieder die Themen Minderheitenschutz, insbesondere mit Blick auf die Roma, sowie die von extremistischen Kräften ausgehenden Gefahren angesprochen und kritisiert. Aber auch unabhängig von der Bewertung durch Brüssel sind dies Probleme, welche die tschechische Gesellschaft noch lange nicht bewältigt hat. Nach dem Fall des Kommunismus öffnete sich der Raum für alle möglichen Kräfte, worauf die Gesellschaft nicht vorbereitet war.

1. Erscheinungsformen des Extremismus und ihre Entwicklung in der Tschechischen Republik

Die heute aktive rechtsextreme Szene etablierte sich Anfang der 1990er Jahre in der Tschechischen Republik. In den folgenden Jahren hat sich nicht mehr viel geändert. Es handelt sich einerseits um rechtsextremistische Kräfte, die im Neonazismus, Faschismus und fremdenfeindlichen Nationalismus ihre Wurzeln haben, andererseits darf man auch die links-extremistischen Gruppierungen nicht übersehen, die sich aus der anarchistischen, autonomen und neokommunistischen Szene rekrutieren. Das rechte Lager bemühte sich in den letzten Jahren verstärkt um einen Eintritt in die politischen Institutionen. Diesem Ziel diente die Gründung einer neuen rechtsextremen Partei, zu der sich einige kleinere politisch organisierte Gruppen zusammenschlossen. Das zuständige Ministerium hat diese Partei allerdings nicht registriert. Das Innenministerium verbot außerdem im März 2000 eine rechtsradikale Partei namens Nationale Allianz und löste sie offiziell auf. Die rechtsradikale Szene ist vor allem in Form verschiedener eingetragener Vereine tätig. Bei größeren Veranstaltungen können diese

relativ autonomen Gruppen jedoch dank moderner Kommunikationsmittel wie Internet und E-mail gut zusammenarbeiten. Darüber hinaus gibt es eine enge Zusammenarbeit mit entsprechenden Gruppen aus dem westlichen Ausland. Diese unterstützen die tschechischen Radikalen materiell, finanziell sowie durch die persönliche Beteiligung an Veranstaltungen. Beispiele für illegal tätige Organisationen wären Blood & Honour Division Bohemia, Nationaler Widerstand, Combat 18, Bohemia Hammer Skins. Daneben gibt es eine ganze Reihe legal tätiger Organisationen, die als eingetragene Vereine beim Innenministerium registriert sind. Sie geben zum Teil Magazine und Zeitschriften heraus, die als Schaufenster der Szene dienen und für Veröffentlichungen verschiedenster Aufrufe missbraucht werden. Oft sind gerade diese Publikationen Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen. Nur am Rande sei erwähnt, dass nach einem langen Prozess gegen den Herausgeber von Hitlers Buch "Mein Kampf" dieser zu einer hohen Geldstrafe und zu Freiheitsentzug verurteilt wurde. In rechtsradikalem Bereich bewegt sich auch die Republikaner-Partei von Miroslav Sladek, die noch bis zu den Wahlen im Jahr 1998 im Prager Parlament vertreten war. Seit ihrer Abwahl aus der parlamentarischen Szene bekommen die Rechtsradikalen deutlich weniger Platz in den Medien, im Vergleich zu der Zeit, als sie lautstark an der Tagespolitik teilnahmen. Nur scheinbar widersprüchlich ist es, wenn ich beim Thema "Renationalisierungstendenzen" auch kurz auf die anarchoautonome linke Szene eingehen möchte. Ihre Ziele sind oftmals identisch mit denen der Rechtsextremen. Die Linksextremen konzentrierten ihre Aktivitäten in den letzten Jahren auf den Gipfel der Weltbank und des Währungsfonds in Prag im Herbst 2000 und ließen sonst wenig von sich hören. Ziel der gewalttätigen Proteste in Prag war der Kampf gegen Kapitalismus und

Globalisierung. Hier spielen internationale Kontakte und die Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen eine wichtige Rolle. Bei den entsprechenden Aktionen handelt es sich daher nicht um Ausschreitungen lokal organisierter Gruppierungen, sondern um eine weltweit koordinierte Kampagne. Während des Prager Gipfels wurden 949 Menschen festgenommen, davon 386 (41 Prozent) Ausländer. Weitere 380 Personen wurden bereits an der Grenze zurückgewiesen. Relativ bedeutungslos sind heute die verbliebenen Hardliner der Kommunistischen Partei. Diejenigen, die der Ideologie treu geblieben sind, organisieren sich nach wie vor in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Ihre Mitgliedszahlen bewegen sich nur im Bereich weniger hundert Menschen.

2. Kriminalität mit einem extremistischen Hintergrund

Untersucht man Straftaten mit einem extremistischen Hintergrund, so zeigt sich, dass die Täter eher selten aus dem organisierten rechten oder linken Lager stammen, sondern in der Regel aus der subkulturellen Skinhead- bzw. autonomen Szene. Ein Teil der Straftaten wird Tätern zugeordnet, die weder eine Verbindung zu extremistischen Organisationen haben noch sich zu einer extremen Ideologie bekennen, sondern die in so genannten Situationskonflikten kriminell werden. Die tschechische Polizei hat im Jahr 2000 insgesamt 364 Straftaten mit einem rassistischen Hintergrund registriert (im Jahr 1999 waren es 316). Auch die Zahl der Personen, gegen die ermittelt wird, ist leicht angestiegen (um 3,4 Prozent). Die Aufklärungsquote bei dieser Form der Kriminalität liegt bei 89,9 Prozent. Die meisten Täter gehören zu den folgenden Altersgruppen: 21-29 Jahre (139 Personen), 18-20 Jahre (94 Personen) und 15-17 Jahre (72 Personen). Es handelt sich zumeist um Personen, die eine Grundschulausbildung haben oder eine Fachausbildung absolvieren. Als Hintergrund der Straftaten werden vor allem soziale oder

ethnische Konflikte sowie rassistische Einstellungen angegeben. Einen leichten Anstieg der Mitgliederzahl konnten in den letzten Jahren vor allem die gewaltbereiten Skinheadgruppierungen verzeichnen. Ihre Anhänger stammen oftmals aus Prag sowie aus der süd-mährischen, nordböhmisches und nord-mährischen Region.

3. Bewertung der Situation in der Tschechischen Republik durch internationale Institutionen

Die Tschechische Republik hat zwar den internationalen Vertrag über die Abschaffung aller Formen der Rassendiskriminierung unterschrieben, in der Praxis ist man von diesem Ziel allerdings noch weit entfernt. Im vorletzten Bericht der EU-Kommission konzentrierte sich die Aufmerksamkeit vor allem auf die Situation der Roma-Minderheit, insbesondere hinsichtlich der Wohnsituation und des Ausbildungsbereichs. Neben der EU beobachten auch zahlreiche andere internationale Organisationen die Lage der Roma in Tschechien wie auch in den Nachbarstaaten. Die Berichte, die regelmäßig ausgearbeitet werden, erkennen zum einen Verbesserungen an, die aus Programmen resultieren, die bereits von der Regierung oder nichtstaatlichen Institutionen gestartet wurden. Andererseits wird oftmals darauf hingewiesen, dass nach wie vor Handlungsbedarf in vielen Bereichen besteht. Es werden Probleme aufgezählt wie Arbeitslosigkeit, mangelnde Ausbildung, Armut, Diskriminierung und Gewalt, denen die betroffenen Gruppen ausgesetzt sind.

4. Die Situation der Roma-Minderheit - Hintergründe und Entwicklung

Die Probleme mit dieser Bevölkerungsgruppe sind besonders stark, weil ein großer Teil der Roma unter sehr schlechten sozialen Bedingungen lebt und durch einen hohen Anteil an der Gesamtkriminalität auffällt. Daher ist es sehr schwer, in der "Normalbevölkerung" Verständnis für die Probleme dieser Minderheit zu

finden. Bei der letzten ausgewerteten Volkszählung von 1991 gaben in der Tschechischen Republik drei Prozent der Befragten als Nationalität "Roma" an. Die Fachleute sind sich aber einig, dass in der Realität etwa 200.000 Menschen dieser Minderheit angehören. Durch die hohe Geburtenzahl in der Bevölkerungsgruppe im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung steigt der prozentuale Anteil an der Population kontinuierlich. Ich möchte einige Aspekte nennen, die für diese Bevölkerungsgruppe kennzeichnend sind. In der Vergangenheit hat man immer wieder versucht, diese ursprünglich fahrenden Menschen an einem Ort zu konzentrieren (in einem Stadtviertel oder gar in einer Stadt) und dadurch eine gewisse Gettomentalität geschaffen. Die meisten Roma-Kinder kamen und kommen noch immer ohne ausreichende Tschechischkenntnisse in die Schule, weshalb sie ziemlich schnell den Anschluss verlieren und bald in Sonderschulen gehen müssen. Wie die Erfahrungen zeigen, finden es die Eltern in der Regel nicht wichtig, ihren Kindern die tschechische Sprache beizubringen, und auch einer guten formalen Schulausbildung messen sie mit Blick auf ihre eigene Sozialisation wenig Bedeutung bei. Die mangelnde schulische Ausbildung hat zur Folge, dass die Chancen der Roma auf einen guten Arbeitsplatz in der Marktwirtschaft sehr schlecht sind. Daher herrscht in dieser Bevölkerungsgruppe eine ziemlich starke Abhängigkeit von den Sozialleistungen des Staates, der seine Bürger nicht ausreichend zur Arbeit motiviert. Auch in den Regionen Tschechiens, in denen die Arbeitslosenquote bei nur fünf bis sieben Prozent liegt, sind 70 bis 80 Prozent der Roma arbeitslos und ohne jede Aussicht, je einen Arbeitsplatz zu bekommen. Man kann zugleich statistisch nachweisen, dass die Beteiligung an verschiedenen Straftaten bei dieser Bevölkerungsgruppe viel höher ist als beim Rest der Bevölkerung. Diese Beobachtung in Verbindung mit weiteren sozialen Auffälligkeiten führt dazu, dass die Mehrheitsbevölkerung schnell zu Pauschalbewertungen kommt und sich ein falsches Urteil

über die ganze Bevölkerungsgruppe bildet. Dies wiederum führt zu einer gewissen allgemeinen Skepsis den Roma gegenüber und häufig zu verschiedenen Formen sichtbarer oder unsichtbarer Diskriminierung bis hin zu Rassismus und Xenophobie.

Auf der Seite der Mehrheitsbevölkerung gibt es neben einem Mangel an Wissen über die Geschichte und Tradition der Roma auch Empathie und guten Willen. Die Regierung hat in den letzten Jahren die Problematik ernst genommen. Man hat eigene Studien ausarbeiten lassen, die die Lage beschreiben. Eine wichtige Einrichtung, die die Regierung geschaffen hat, sind so genannte Roma-Koordinatoren, die bei den Landkreisen angesiedelt sind. Diese Beamten helfen bei der Vorbereitung und Durchführung von Projekten und stellen so einen Kontakt zu Vertretern der Roma her. Für die Schulen wird gefordert, in Regionen mit vielen Roma-Kindern die Klassen kleiner zu halten und dadurch einen besseren Kontakt zwischen dem Lehrer und den hilfsbedürftigen Kindern zu ermöglichen. Das Kulturministerium schreibt jedes Jahr Projekte zur Unterstützung von kulturellen Aktivitäten zur Erhaltung und Weiterentwicklung der spezifischen Kultur der Roma aus. Die öffentlich-rechtlichen Medien bringen regelmäßig Programme zur Roma-Thematik. Ein Versuch, einen Roma-Moderator in den Hauptnachrichten auf den Bildschirm zu bringen, scheiterte jedoch, als sich herausstellte, dass er mit seiner Familie in Veruntreuungen und Steuerhinterziehungen verwickelt war. Die Roma haben keine eigene politische Vertretung, denn es gibt weder politische Eliten noch sonst jemanden, der für die Gruppe sprechen kann. Daher sind politische Forderungen der Roma nur selten zu hören. Andere politische Parteien machen sich ihre Themen nur selten zu eigen. Der Ausweg aus den Problemen der Roma-Minderheit führt nur über die Toleranz, die zusammen mit gutem Willen nach längerer Zeit möglicherweise positive Ergebnisse bringen kann.

Éva Nagy (Institut für Weltwirtschaft, Budapest)

Die Neubelebung des Nationalismus und des Rechtsextremismus in Ungarn seit 1989/90

Die vorliegende Studie stellte sich das Ziel, die Neubelebung des Nationalismus und des Rechtsextremismus in Ungarn seit der Wende 1989/90 zu untersuchen. Soweit möglich, sollen Ursachen und Auswirkungen dieser Phänomene mit in der Studie erfasst werden. Die Autorin stellt keinen Anspruch auf die richtige Beantwortung relevanter Fragen, die mit dem Thema zusammenhängen, es wird eher beabsichtigt, Fragen richtig stellen zu können. Dieser Aufsatz* will an erster Stelle eine Bestandsaufnahme erstellen, zum Nach- und Weiterdenken motivieren. Das Thema wird - seiner Komplexität entsprechend - aus historischer, politisch-ökonomischer, und soziologischer Sicht interpretiert. Die im Titel genannte zeitliche Begrenzung soll grundsätzlich eingehalten werden, die Berücksichtigung bestimmter historischer Argumente/ Parallelen werden nur soweit unbedingt notwendig mit in Betracht gezogen. Die Definition des Begriffes des Nationalismus soll in einem kurzen Überblick verdeutlichen, dass das Bedürfnis nach dem Zugehörigkeitsgefühl der Menschen im Laufe der historischen Entwicklung zu einem umfassenden politischen Programm und zum Träger eines komplexen Gedankengutes und Wertesystems wurde, das von der Politik für seine Ziele bewusst eingesetzt wird. Die Wendeländer sahen sich nach 1989/90 mit dem Bedürfnis nach der Neudefinition der nationalen Identität konfrontiert. Dies wurde in Ungarn

besonders im Rahmen des Ausbaus des Selbstverständnisses der konservativen Regierungsparteien 1990 bis 1994 sowie ab 1998 artikuliert. Eine kurze chronologische Übersicht stellt den Vormarsch des Rechtsextremismus in Ungarn von 1990 bis heute mit seinen wichtigsten politischen Ereignissen dar. Die zusammenfassende Analyse umfasst nicht nur die Parteien selbst, sondern auch das politisch-öffentliche Leben, das dem politischen Geschehen als Hintergrund diene. Danach wird nach den Gründen gefragt: es werden die Herausbildung der Wählerbasis, die sozialen Hintergründe für diese Entwicklung - soweit möglich - erläutert. Eine gesellschaftliche Bestandsaufnahme kann trotz alledem nicht ausbleiben: denn zum Verständnis müssen wir soziale Spannungsfelder, das Verhältnis Staat-zivile Gesellschaft, und andere relevante Elemente einer demokratischen Gesellschaft mit in Betracht ziehen. Besonders hervorzuheben sind die Argumente im Hinblick auf die ungarischen Parteienlandschaft, die die Wähler dazu bewegen können, ihre Stimme bei den nächsten Wahlen für die MIÉP abzugeben. Ziel der Analyse ist die Offenlegung bedeutender Schwachstellen der demokratischen Entwicklung, die trotz optimistischer Berichte über den Stand der EU-Reife des Landes viel aussagen. Das MIÉP-Phänomen wird dabei als ein Alarmsignal verstanden, dessen Bedeutung weit über die eigenen Grenzen hinaus zu verstehen ist.

* Der gesamte Aufsatz ist auf der Homepage des GESW unter www.gesw.de zu finden.

Marius Turda (Central European University, Budapest)

Between Ion Iliescu and Vadim Tudor: Is Romania at the Bottom of the Heap?

In the November issue of *The New York Review of Books* (November 1, 2001), Tony Judt, one of the most authorised American scholars on Central and South-Eastern Europe, published an article on Romania. Entitled "Romania at the Bottom of the Heap," the article provoked a roar in Romania. Tony Judt has been accused not only of not knowing Romanian realities, but also of mystifying those few facts he knew. The validity or fallacy of the arguments notwithstanding, the article, however, could not have been published in a better moment. In comparison to other Central and South-Eastern European countries, Romania's commitment to economic reforms and political transparency have not yet fully convinced the European Union that it rightly deserves to aspire for integration. More importantly, ten years after the Revolutions of 1989, Romanians seem still undecided as whether to abandon communism and to embark on the path of political, social and economic reforms. In this presentation, I should like to look at some of these issues - such as nationalism, protracted economic reform and impotent political elite - and attempt to integrate them into what can rightly be termed the Romanian version of European integration. Romanian political discourse on European integration is fragmented and multifaceted. This situation makes any analysis extremely difficult. Although, in many respects Romania does not differ radically from other former communist countries, in some others, however, it does present a few characteristics, I will refer to now:

1. Politically, there is in Romania an intense conflict among politicians for their loyalty and identity. Whether the focus is on the liberal protectionism of the Europeanists or on the more militant, illiberal and anti-minority populism of the nationalists, I would argue that nationalism is still the most encompassing referential category for Romanian politics.

2. Nationally, the identity convulsions Romanians experienced after 1989 may well suggest something that was repeatedly "avoided" by those debates on the European integration, i.e. that the celebrated "national unitary Romanian state" might be a powerful, but yet a historical anachronism. It is, for example, impossible to deny that we are witnessing a profound transformation of the idea of Nation-State. In a world of porous borders, the ability of nation-states to define themselves as compact political entities seems to be condemned to atrophy. Underlying this is another, possibly deeper, problem that arises from the mechanisms that determine how national identities are being internalised. This point is important because it represents yet another oppositional stance within the increasingly globalised discourse of the European Union and the isolationist-nationalist discourse of Romania. Not surprisingly, that emerging formulas of European integration could hardly be associated with the image of România - seen as the national-state par excellence, the total state - as the only depository of the power of the society.

3. Ideologically, Romanians do seem to favour authoritarian philosophies. Most clearly, but by no means exclusively, it could be argued that the right nationalism of Vadim Tudor is not that much part of a new *Weltanschauung*, created after 1989, as it pertains to an ideological tradition that is deeply rooted in Romanian history. Tudor's nationalism is fired by conceptions of national belonging and homogeneity that were, in fact, part of the construction of Romanian identity since mid-nineteenth century. There is nothing new in viewing the Romanian nation as a culturally homogeneous 'community of sentiment.' As in other European cases, it served as a sense of patriotic belonging and it became an important source of moral and political ideas. What is, however, interesting is the appealing seduction it exercises on Romanians.

Maria Todorova

(Institut für Balkanistik, Sofia/ IIZ-DVV-Projektbüro, Sofia)

Renationalisierung, Minderheitenproblematik und Rechtsextremismus am Beispiel Bulgariens

Nationalismus

Mit Ausnahme der ersten Jahre nach dem Beginn des Umbruchs ist in Bulgarien im Unterschied zu den meisten Ländern in der Region keine ernsthafte Tendenz in Richtung Nationalismus und Renationalisierung zu beobachten.

Auf der Ebene Individuum und Gesellschaft sind andere wichtige Existenzprobleme zu lösen: die hohe Arbeitslosigkeit die hohe Inflation, die die Ersparnisse schwinden lässt und die existenzielle Unsicherheit. Es bleibt keine soziale Energie für die Befriedigung von Bedürfnissen höheren Grades oder für die Beteiligung bei der Steuerung der nationalen Politik übrig.

Auf der Ebene der Staatspolitik ist man nicht immer entsprechend aktiv, aber man hält die Balance, damit sich der Staat in keine Probleme mit den Nachbarn verwickelt. Im Unterschied zu früheren Perioden werden keine Feindbilder hinsichtlich der Nachbarvölker erzeugt. In internationalen Kreisen wird Bulgarien als „Insel des Friedens und der Sicherheit“ bezeichnet.

Minderheitenproblematik

Bevorzugte Minderheiten sind Armenier und Juden. Sie sind völlig integriert, bilden starke Gemeinden und Gemeinschaften und werden, durch Außenfinanzierung unterstützt.

Benachteiligte Minderheiten sind zum Teil die türkische Minderheit sowie die muslimischen Bulgaren, an erster Stelle aber die Roma.

Typisch für die meisten Vertreter der Minderheiten ist die immer noch traditionelle Lebensweise, die sie daran hindert, sich schnell und erfolgreich sozial zu integrieren. Ein anderer schwieriger Aspekt ist die hohe Arbeitslosigkeit.

In Regionen mit türkischer Minderheit und bei den Roma kann sie bis zu 70 Prozent erreichen. Und wenn sie beschäftigt sind, dann nicht in prestigeträchtigen Berufen. Dadurch steigt das Kriminalitätspotential, besonders bei den Roma. Drittens muss man die hohe Rate an Analphabeten nennen. Die ältere Generation der Türken und Roma kann weder bulgarisch lesen noch schreiben, manche sprechen es nicht einmal. Ein hoher Prozentsatz der Roma-Kinder besucht keine Schulen. Und wenn sie es doch tun, so werden Roma-Schulen in Roma-Stadtvierteln nur bis zum vierten bzw. achten Schuljahr bevorzugt. Die Tendenz zur Segregation, speziell der Roma, wird nicht nur dadurch, sondern auch durch die Einstellungen der Mehrheit illustriert. Es besteht folgendes Roma-Bild: „Die Roma möchten nicht arbeiten, sie stehlen nur“, „Ich möchte keine Roma-Familie als Nachbarfamilie haben“, „Ich werde nie eine(n) Roma heiraten“.

Umgekehrt sieht das Bulgaren-Bild unter den Romas so aus: „Die Bulgaren unterdrücken uns und geben uns nicht die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“.

Es häuft sich gegenseitiges Unverständnis, man lebt nebeneinander statt miteinander. Bei Kontakten herrscht Misstrauen und Nichtakzeptanz vor.

Perspektiven

Positive Aspekte

Die internationalen Dokumente über die Minderheitenrechte sind von den Regierungsstellen akzeptiert worden. Man ist sich, auch in breiten Bevölkerungsschichten bewusst, dass die existierenden Probleme gelöst werden müssen. Es funktionieren viele NGO mit nützlichen Projekten zur sozialen Integration sowie internationale Programme. Die Partei der

vorwiegend ethnischen Türken – *Bewegung für Rechte und Freiheiten* – beteiligt sich aktiv am politischen Leben. Seit den letzten zehn Jahren ist sie im Parlament präsent und momentan auch in der Regierung vertreten.

Negative Aspekte

Die Massenarmut, die Arbeitslosigkeit und dadurch auch die Kriminalität (vor allem die sog. „Straßenkriminalität“) sind zu einem hohen Grade ethnisiert. In einer Transformationsgesellschaft mit einem hohen Risikopotential, die über keine richtig funktionierenden Institutionen und Mechanismen einer entwickelten Bürgergesellschaft verfügt, und in der Konflikte gelöst werden sollen, ist das soziale Umfeld für allerlei nationalistische, radikale, rechte, extreme, fundamental-religiöse Erscheinungen und Subkulturen besonders fruchtbar. Zum Glück sind solche Trends unter den „decision makers“ nicht verbreitet. Hier bleiben die schlechten Erfahrungen aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts wirksam (zwei nationale Katastrophen, autoritäre und totalitäre Regimes), wie auch eine aktive internationale Politik in der Region.

Es fehlt zwar nicht an Ereignissen in der rechten Szene, aber sie sind als Randerscheinungen und isolierte Fälle einzustufen. Die jungen Rechten artikulieren rechte Positionen, ohne entsprechende Ideen zu verbreiten. Es ist modisch wie ein Skinhead auszusehen, nicht wie ein solcher zu handeln. In den letzten Jahren gab es nur wenige Fälle von Zusammenstößen zwischen Skinheads und Roma. Es gab zwei

oder drei Versuche, die Roma-Bevölkerung aus kleinen Siedlungen zu vertreiben, und zwar nach schweren Verbrechen wie z. B. Mord.

So kann man zur Schlussfolgerung gelangen, dass der „Rechtsextremismus“ in Bulgarien keine seriösen Anhänger hat, eher modebedingt und künstlich ist. Es besteht die Hoffnung, dass sich diese Situation nicht verschlechtert. Die Bedingung für die Akzeptanz einer effektiveren Minderheitenpolitik ist allerdings eine wesentliche Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation in absehbarer Zeit.

Wichtige Fragen

Die Perspektiven sind eher unerfreulich. Die Minderheiten werden allmählich zur Mehrheit. Unter der Bevölkerung zwischen 0 und 19 Jahre haben wir 24 Prozent Bulgaren, 34,9 Prozent Türken und 42 Prozent Roma.

Hieraus ergeben sich wichtige Fragen: Veränderungen in der Schulbildung, multikultureller und zweisprachiger Unterricht für Frauen und Mädchen, außerschulische Zusatzausbildung, Erziehung zur Bürgergesellschaft, zu unternehmerischen Fähigkeiten. Durch mehr Mittel können die Schulprogramme verändert werden, wobei es spezifische Prioritäten im Zusammenhang mit der Minderheitenproblematik geben muss.

Allerdings ist der sozialer Schutz nicht ausreichend finanziert, es gibt kein gutes System der Integration und weiterhin ungleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Zbigniew Wilkiewicz

Eröffnung der Ausstellung „Helga Weissová: Zeichne, was du siehst. Zeichnungen eines Kindes aus Theresienstadt“ und „Auschwitz – gegen das Vergessen“, Fotoausstellung am 24.4.2002

In Kooperation mit der Jugendfreizeitstätte Vlotho und dem Kreis Herford wurden vom GESW auch im Jahre 2002 mehrere Veranstaltungen durchgeführt, die historische und aktuelle Fragen von Rassismus und Rechts extremismus behandelten. Zu ihnen gehörte zweifellos auch die Eröffnung der Ausstellung „Zeichne, was du siehst“ in der Kulturfabrik in Vlotho.

Sehr geehrte Damen und Herren, als Leiter des Gesamteuropäischen Studienwerks in Vlotho bin ich sehr gerne der Bitte Frau Beckmanns von der Jugendfreizeitstätte in Vlotho nachgekommen, diese Ausstellung in der Kulturfabrik zu eröffnen. Dies hat mehrere Gründe. Erstens ist das GESW eine Bildungsstätte, die sich primär mit der politischen Bildung Jugendlicher und junger Erwachsener beschäftigt. Zweitens hat das Thema der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, auch in Ostmittel- und Osteuropa, in unserem Haus einen hohen Stellenwert. Und drittens hatte ich im vorigen Jahr Gelegenheit, den einstigen Auschwitz-Häftling und Zeitzeugen Kazimierz Smolen, der auch bei den von Frau Beckmann organisierten Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz eine wichtige Rolle spielt, näher kennen zu lernen.

Dass das Thema Nationalsozialismus in Deutschland im Grunde genommen einen bleibenden Charakter hat, ergibt sich nicht nur aus der belasteten deutschen Vergangenheit, sondern auch aus der Tatsache, dass der Rechtsextremismus wieder hoffähig geworden ist. Die extreme Rechte – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa – meldet sich außerparlamentarisch, aber auch in etlichen Parlamenten, immer wieder erschreckend offen, gewalttätig - und durchaus verjüngt - zurück.

Dabei geht es deutschen Extremisten nicht nur um die Verharmlosung und Leugnung der im Namen des deutschen Volkes begangenen Verbrechen, sondern auch – in durchaus offensiver Manier – gerade um die Rechtfertigung und Verherrlichung einer verbrecherischen Besatzungs- und Vernichtungspolitik, unter der besonders der Osten Europas zu leiden hatte. Öffentliche Auftritte dieser Art werden in der Regel von einer geballten Ladung Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit begleitet. Es ist darum begrüßenswert und notwendig, dass der Bund, die Länder, aber auch Kreise und Kommunen Programme auflegen, die diesen fortgeschrittenen Anfängen wehren sollen.

Das GESW – ähnlich wie die anderen demokratischen Bildungsstätten in Vlotho – hat sich deshalb auch besonders in den letzten beiden Jahren, in Kooperation mit dem Kreis Herford und dem Land Nordrhein-Westfalen um Projekte bemüht, in denen es um die Auseinandersetzung mit Extremismus und Rassismus geht. Ein weiteres Projekt, das rechtsextreme Parteien und Gruppen im Bundestagswahlkampf 2002 zum Thema hat, steht in diesem Jahr auf unserer Agenda. So ist es zu einer sinnvollen Verzahnung präventiv orientierter Projekte gekommen, die sich intensiv mit der bedrückenden Vergangenheit beschäftigen, um ähnliche Entwicklungen in der Zukunft zu verhindern.

Zu diesen Vorhaben gehört zweifelsohne auch die hier in der Trägerschaft der Stadt Vlotho und des Kreises Herford vorbereitete Ausstellung, in deren Mittelpunkt zwei Orte des Grauens und der Vernichtung stehen: Auschwitz und Theresienstadt.

Die von Teilnehmern der im April 2001 durchgeführten Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz zusammengestellte Foto-Ausstellung

spiegelt den tragischen und hoffnungslosen Alltag der Häftlinge in der größten und zynischsten Tötungsfabrik der Menschheitsgeschichte wider. Ob es die Lagerbaracken mit ihren Pritschen und Latrinen, der Todesblock, die Reste der gesprengten Krematorien oder der Asche-See in Birkenau sind, man erspürt an diesen Orten eine beklemmende Leere und Stille, und es scheint dem nachgeborenen Betrachter geradezu unwahrscheinlich, dass dieses nunmehr friedliche Areal einst von Hunderttausenden Menschen bevölkert wurde, von denen etwa 1,5 Millionen von den Nazis und ihren Helfern gefoltert, totgespritzt, durch Arbeit vernichtet, erschlagen oder schlussendlich vergast wurden. Diese in Auschwitz spürbare Leere und Stille überträgt sich auch auf die hier ausgestellten Fotografien. Und nur dann, wenn sich der Blick der allwissenden Linse auf die Berge aus Brillen, geschorenem Menschenhaar, Prothesen sowie Koffern und Reisetaschen richtet, wird das Wissen des teilnehmenden Beobachters um anrührende, sehr persönliche Details bereichert. Belebt wird das Gelände von Auschwitz dann durch die Fantasie des Betrachters, der vielleicht versucht, sich in die Lage eines der Opfer hineinzusetzen, alsdann durch die so wertvollen Berichte der wenigen Zeitzeugen, die es bald nicht mehr geben wird, sowie durch Dokumente, Filme, Fotos und Bilder, die weiterhin Zeugnis ablegen sollen gegen Vergessen und Gleichgültigkeit.

Belebt wird Auschwitz aber auch durch die Initiativen junger Menschen aus dem Kreis Herford, die letztes Jahr beschlossen, die Eindrücke von ihrer Gedenkstättenfahrt mit anderen Menschen, mit ihren Angehörigen und Freunden zu teilen und gemeinsam mit ihren Begleitern eine Fotoausstellung zu organisieren. Fabian, Elisa, Bianca, Michel, Tobias, Christina, Werner, Christine und Heike haben diese Initiative ergriffen und sie umgesetzt. Und dafür gebührt ihnen unsere Anerkennung, denn dadurch erhalten wir Gelegenheit, Einblick zu erhalten in authentisch Erlebtes und Verarbeitetes, werden wir daran erinnert, dass wir nicht vergessen dürfen, denn nur das Nicht-

Vergessen schützt uns vor der fatalen Gefahr der Wiederholung.

Auch die 1929 in Prag geborene Helga Weissová, die 1941 als tschechische Jüdin gemeinsam mit ihren Eltern in das KZ Theresienstadt – und später nach Auschwitz - deportiert wurde, hat ein beeindruckendes Zeugnis gegen das Vergessen abgelegt, indem sie der Aufforderung ihres Vaters folgte, das zu malen, was sie sah. Und so entstanden die Zeichnungen eines Kindes aus Theresienstadt, die in starkem Kontrast zu den hier ausgestellten Auschwitz-Fotos stehen. Denn nicht eine allwissende Kameralinse nähert sich leblosen und von Menschen verlassenem Gegenständen, sondern es ist der mehr oder minder perfekte Pinselstrich eines Mädchens im Alter von 12 bis 15 Jahren, der den Alltag im Vorzeige-KZ der Nazis abbildet. Aus diesen Bildern, die farbig, anschaulich und sinnlich sind, und in deren Mittelpunkt die Darstellung von Menschen steht, wird deshalb deutlich, dass wir es nicht mit einer wissenden Zeitzeugin zu tun haben, sondern mit einem empfindsamen und talentierten Kind, das mit zunehmender Verweildauer im KZ zusehends wissender wird. Und wir spüren, dass dies nicht nur Folge des natürlichen Reifungsprozesses ist, sondern auch ein Ergebnis der Wahrnehmung des besonderen Ortes Theresienstadt. Zwar wurde hier nicht wie in Auschwitz direkt und permanent getötet, denn Theresienstadt war „nur“ Zwischenstation auf dem Weg in die eigentlichen Vernichtungslager. Allerdings war auch in Theresienstadt der durch Hunger, Schwerstarbeit und Epidemien herbeigeführte Tod der Häftlinge eine Alltagserscheinung.

Insgesamt wurden zwischen 1941 und 1945 etwa 141.000 Menschen nach Theresienstadt deportiert, wovon 33.340 direkt in Theresienstadt ums Leben kamen. Weitere 88.000 Menschen wurden in die Todeslager des Ostens verschleppt. Von ihnen überlebten nur 3500. Von den 15.000 Kindern, die dieses KZ durchliefen, blieben gerade mal hundert am Leben. Nicht nur die Erwachsenen, sondern auch die Theresienstädter Kinder wussten, dass

ihre Tage gezählt waren. Wie wäre sonst zu erklären, dass sie nach ihrem Alter gefragt, nicht nur die Zahl der erlebten Jahre nannten, sondern auch präzise über Monate und Tage ihres meist kurzen Lebens Auskunft gaben. Zum Beispiel so: „Ich bin 11 Jahre, 8 Monate und 6 Tage alt.“ Wie wäre sonst auch die existenzielle und künstlerische Reifung Helgas in ihrer Darstellung des erniedrigenden und bedrohlichen Alltagslebens zu erklären?

Allerdings gibt es trotz dieser niederdrückenden Erfahrungen auch Raum für frohere Kinderphantasien und Sehnsüchte, etwa in den Bildern, wo von überdimensionalen Geburtstagstorten oder einem normalen Nachkriegsalltag im Prag des Jahres 1957 geträumt wird. Auch auf die Aufführungen der Kinderoper „Brundibar“ sowie die von den Nazis angeordnete propagandistische Verschönerung des Lagers aus Anlass des Besuchs einer Delegation des IRK (am 23. Juni 1944) weist die junge Malerin mit ihren Bildern hin.

Freilich muss man manchmal etwas genauer hinschauen, um hinter den farbigen Bildern der Opfer die Tragik ihrer Situation zu erkennen, etwa jener alten deutschen Juden, unter ihnen zahlreiche Kriegsveteranen, denen die Nazis versprochen hatten, dass sie in ein komfortables „Altersghetto“ kommen würden.

Insofern ist es auch wichtig, sich die Bildkommentare genau durchzulesen, denn einiges wirkt aufgrund der farbig-frischen, zuweilen

naiv wirkenden Darstellungsweise des Kindes Helga geradezu harmlos und friedlich.

Und insofern scheint es auch angebracht, im Zusammenhang mit der pädagogischen Nutzung dieser Ausstellung immer wieder auf den wahren Charakter Theresienstadts hinzuweisen, vor allem auf die Propagandaeffekte, die die Nazis mit diesem KZ erreichen konnten. Etwa im Zusammenhang mit dem bereits oben erwähnten Besuch der Delegation des IRK oder aber im Kontext mit dem 90minütigen Propagandastreifen „Theresienstadt“, dessen Original zwar verschollen ist, der sich aber auf der Basis unterschiedlichster Materialien weitgehend rekonstruieren ließ. Hier wurde eine verlogene und infame „Normalität“ inszeniert, die der Welt beweisen sollte, dass es in den Nazi-Lagern human und kultiviert zugeht. Die Produktion dieses Propagandastreifens wurde gezwungenermaßen von eben jenen Juden in Szene gesetzt und finanziert, die man kurze Zeit später ins Gas schickte.

So betrachtet und gelesen stellt auch die Ausstellung der Bilder von Helga Weissová eine einzigartige Zeitzeugenquelle gegen das Vergessen dar.

Beiden hier präsentierten Ausstellungen ist deshalb zu wünschen, dass sie von möglichst vielen Menschen besucht werden.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit und erkläre die Ausstellung hiermit für eröffnet.

Jörg Könözsi/Michael Walter

Die Ausstellung „LichtBlickRichtung Europa“ – Europa und die EU-Osterweiterung aus neuer Perspektive

Die Idee

Die Idee zur Ausstellung „LichtBlickRichtung Europa“ entstand in der Bukarester Sozialwerkstatt für Strassen- und Heimkinder, in der Kerzen hergestellt werden (Infos zur Werkstatt unter www.strassenengel.de). Da der geplante EU-Beitritt Rumäniens allgegenwärtiger Gesprächsgegenstand im Land ist, disku-

tierte man das Thema auch in der Sozialwerkstatt. In den Gesprächen mit den dort betreuten Kindern und Jugendlichen entstand die Idee einer Ausstellung, in der jedes EU-Land durch eine künstlerisch gestaltete Kerze symbolisiert werden sollte – und zwar aus der rumänischen „Außen“-Sicht. Die dabei entstandenen Kerzen stellen nicht – wie vielleicht zu vermuten – irgendein bekanntes Symbol oder Wahrzeichen

des jeweiligen Landes dar, wie etwa der Eiffelturm für Frankreich oder das Brandenburger Tor für Deutschland. Es ging vielmehr darum, die subjektiven Einstellungen und Erwartungen der jungen Künstlerinnen und Künstler gegenüber einem Land darzustellen. So charakterisierten sie Frankreich als ein Land, in dem die Menschen gemütlich sind, bei den Niederlanden wurde die Offenheit betont und Deutschland steht – wie immer – für Ordnung und Korrektheit. Diese Stereotype wurden in der Gestaltung der Kerzen ausgedrückt.

Die Ausstellung

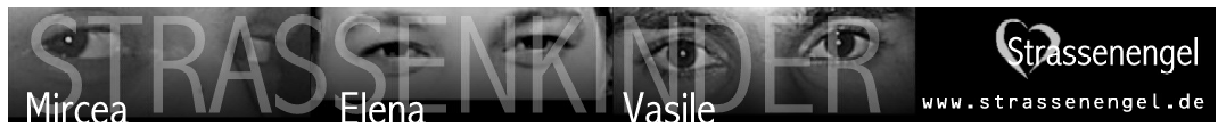
In einer kleinen Wanderausstellung sollen die handgearbeiteten Unikate zunächst durch Deutschland reisen. Den Auftakt bildete Ende September eine Veranstaltung in Freiburg i. Br., zu der Straßenengel e.V. gemeinsam mit dem dortigen Info-Point Europa, der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Außenstelle Freiburg, sowie dem Gesamteuropäischen Studienwerk e.V. Vlotho einlud. Um die Präsentationen nicht auf die künstlerisch-symbolhafte Ebene zu beschränken, gibt es neben kurzen einleitenden Wortbeiträgen durch

die Veranstalter und geladenen Gäste aus Politik und Gesellschaft zu jeder Kerze Hintergrundinformationen mit Bildern aus dem entsprechenden Land sowie Texte zur Entstehung und Erklärung der Leuchtkörper.

Die Ausstellung wurde durch einen kleinen Stand mit Informationen über die Sozialwerkstatt und den Verein Straßenengel e.V. ergänzt. Dieser Stand sowie die gesamte Ausstellung wurden von ehrenamtlichen Helfern des Vereins betreut, so dass Fragen auch ihre Antworten fanden. Als kleinen Willkommensgruß erhielten alle Gäste der Eröffnungsveranstaltung ein Erfrischungsgetränk und eine kleine Kerze aus der Sozialwerkstatt.

Ansprechpartner bei Straßenengel e.V.

Wer Interesse an der Ausstellung hat, erhält weitere Informationen bei
 Jörg Könözsi, Karl-Hofmann-Str. 11a, 97944
 Boxberg
 Tel.: 07930/493, Fax: 07930/993087, Mobil:
 0179/5070399
 Email: info@strassenengel.de oder
lichtblickrichtung@strassenengel.de



...bekommen eine Zukunft.
 Dank Ihrer Hilfe!

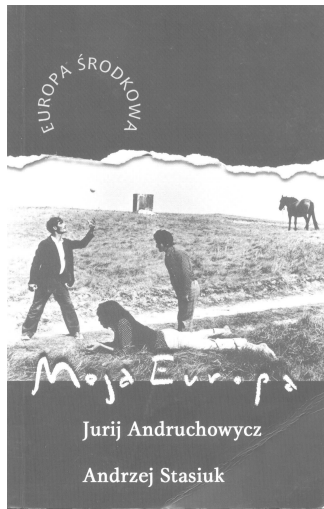
Spendenkonto:

Strassenengel e.V. | Sparkasse Tauberfranken (BLZ: 673 525 65) | Konto: 60 11 77 9

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz

Jurij Andruchowytsch, Andrzej Stasiuk: Moja Europa [Mein Europa]. Czarne. Wolowicz 2000, S. 82-91.



Sowohl Jurij Andruchowytsch als auch Andrzej Stasiuk sind in ihren Heimatländern Ukraine und Polen bekannte und populäre Autoren. Mittlerweile wurde ein Teil ihres Oeuvres auch im europäischen Ausland in Übersetzung herausgegeben. Andruchowytsch wurde für sein literarisches Schaffen mit dem Herder-Preis der Alfred Toepfer Stiftung ausgezeichnet. Stasiuks Aussteiger-Roman „Biały kruk“ [Der weiße Rabe], der 1998 in der Übersetzung von Olaf Kühl veröffentlicht wurde, war auch in Deutschland erfolgreich und erhielt anerkennende Rezensionen. Beide Autoren (Jahrgang 1960) gehörten in den Zeiten des real existierenden Sozialismus zu den „jungen Wilden“, sowohl hinsichtlich ihres Werks als auch ihrer Biographie. Der Wehrdienstverweigerer Stasiuk verbrachte anderthalb Jahre in volkspolnischen Gefängnissen. Diesen Zeitraum, den er in seiner Erzählung „Mury Hebronu“ [Die Mauern von Hebron] literarisch verarbeitete, charakterisierte er als gewinnbringende Erfahrung. Andruchowytsch war bereits 1985 Mitbegründer der avantgardistischen ukrainischen Performance-Gruppe „BuBaBu“. Zuvor hatte er seine Texte im Untergrund publiziert. In polnischer Übersetzung erschienen 2000 sein spektakulärer Schauerroman „Moscoviada“, der in die Abgründe der Moskauer Halb- und Unterwelt herabführt, und bereits 1996 der Essayband

„Erz-herz-perc“. In Deutschland konnte sein Werk bislang weniger rezipiert werden, da es - so der Autor - Probleme mit qualifizierten Übersetzern aus der ukrainischen Sprache gibt. Immerhin hat Anna Halja Horbatsch in ihrem kleinen Brodina-Verlag 1994 einen Teil seiner Gedichte unter dem Titel „Spurensuche im Juli“ herausgegeben, und ein Jahr später veröffentlichte sie eine von Andruchowytsch vorbereitete Anthologie ukrainischer Dichtung, die den Titel „Reich mir die steinerne Laute“ trägt.

Andrzej Stasiuks Erzählung „Przez rzekę“ (1993) erschien im Jahrbuch des Deutschen Poleninstituts 1996 in der Übersetzung von Joanna Manc unter dem Titel „Über den Fluß“. Ein längerer Auszug seines Essays „Dziennik okretowy“ [Schiffstagebuch], aus dem wir hier ebenfalls ein Fragment vorstellen, ist im Jahre 2000 in der Übersetzung von Martin Pollak in Heft 20 von „Transit“ veröffentlicht worden. Jüngst erschien in deutscher Übersetzung in der Zeitschrift „Kafka“ (Heft 2, 2001) ein kurzer Essay Stasiuks unter dem Titel „Erinnerung“.

In „Moja Europa“ setzen sich die beiden Autoren in essayistischer Form, die neben einem diskursiven auch einen biographischen Charakter hat, mit ihrem sehr spezifischen Verständnis von Europa, besonders von Mitteleuropa, auseinander. Auffällige Stilmittel sind neben einer allwaltenden Ironie, die bis in die Grotteske reichen kann, eine radikale Reduktion und Neudefinition von Wirklichkeit, wodurch liebgegewonnene Wertevorstellungen in Zweifel gezogen werden. Beide Autoren versuchen dabei, eine mitteleuropäische Perspektive zu wahren, die sich trotz aller Stilisierungen und literarischen Kunstgriffe in der Tat grundsätzlich vom Blickwinkel westlicher Mitteleuropa-Experten zu unterscheiden scheint.

Insofern wird uns ein authentisch wirkender Ausschnitt mitteleuropäischer Europa-Perzeption geboten.

Die Textfragmente aus beiden Essays erscheinen mit ausdrücklicher Genehmigung beider Autoren in meiner Übersetzung. Damit wollen wir in den „aktuellen ostinformationen“ zusätzlich auf jenen mitteleuropäischen Europadiskurs aufmerksam machen, der von einzelnen engagierten Vertretern der dortigen Literaturen geführt wird.

Jurij Andruchowytsh: Ostmitteleuropäisches Memento (S. 24-28)

Feuilleton

Die Zukunft von der Vergangenheit befreien?

Die Vergangenheit von der Zukunft befreien?

Dies klingt fast wie der Anfang eines Gedichts. Eines meiner Auffassung nach zu diskursiven, zu kühlen und gleichzeitig zu pathetischen Gedichts. Das einzige, was diese Konstruktion vor dem totalen Gefühl des Missbehagens rettet, sind die Fragezeichen am Ende. Gut, dass sie da sind.

Eines Tages, wohl das zwanzigste Mal nacheinander, nahm ich an einem der nach dem Dezember 1991 zahlreichen Treffen zwischen westlichen und östlichen Intellektuellen teil. Es ging um die Erörterung einer Reihe von - ihrer Ansicht nach - wichtigen Fragen, wie zum Beispiel „Der Fall der Mauer und eine Kultur ohne Grenzen“, „Ähnlichkeiten und Unterschiede der Mentalitäten“, „Das neue Gewand alter Nationalismen“, „Die geistige Architektur Europas im dritten Jahrtausend“, „Die postkarnevalistische Sinnlosigkeit der Welt“. Die Diskussionen fielen eher blass aus, denn auf solchen Konferenzen „zwischen Ost und West“, die in einem eleganten Café, einem Zufluchtsort Mitteleuropas, stattfinden, kommt es nicht vor, dass Diskussionen besonders scharf geführt werden. Ihr Verlauf wird von keinem der Gespenster der gegenwärtigen politischen Antiwelt gestört: Weder reitet Le Pen auf einem Pferd vor, um eine Rede zu halten, noch lässt

sich Schirinowskij mit nackten Weibern und einem Happening á la Calachnikoff blicken, noch wird Saddam Karadzic-Milošević patriotische Gedichte vortragen. Es gibt kein böses Genie, keinen brauen Lebed, keinen Hurensohn oder Fanatiker, alle sind fast der gleichen Meinung, die Doktoren der Philosophie, der Philologie und Philanthropie sowie die universitären Universalisten.

Allerdings treten hie und da Unterschiede, wenn auch nicht grundsätzlicher Art, sondern eben kleine Missverständnisse, zu Tage. Diese Erscheinung lässt sich leicht mit der langjährigen (vielleicht ewigen) Zugehörigkeit zu vollkommen verschiedenen Systemen, die faktisch bis heute anhält, deuten. Man könnte sie auch mit ganz anderen Mauern bzw. Begriffsbarrieren erklären, wie zum Beispiel „Byzantinischer Geist“, „Protestantische Ethik“, „Postkoloniales Syndrom“, „Post-modernistische Erschöpfung“ usw.

Und so stellte während dieser Begegnung einer der sich bei der Diskussion zu Worte meldenden Doktoren (wohl aus Schweden, und oh Wunder, tatsächlich ein Schwede) mehr oder minder Folgendes fest: „Wir müssen unsere Geschichte nicht kennen, denn wir berufen uns niemals auf sie. Glückliche Gesellschaften benötigen die Geschichte nicht. Nur unglückliche Gesellschaften brauchen unbedingt ihre Geschichte, denn mit ihrer Hilfe bemühen sie sich, sich selbst und den anderen das eigene Unglück zu erklären, den eigenen Misserfolg und die eigene Unfähigkeit zu rechtfertigen.“ Ich weiß nicht, ob es seinerseits bewusst oder unbewusst geschah, aber ich gewann den Eindruck, dass er sich im Grunde genommen auf Nietzsche berief, auf einen vulgarisierten Nietzsche, auf einen Nietzsche für Arme.

„Historiozentrismus ist fast das gleiche wie Phallozentrismus“ behauptete eine seiner Kolleginnen auf einer anderen Konferenz. „Das ist genau die Richtung, der Kern und Kommandostab, der das eigentliche Wesen der Weltanschauung einer Reihe von Intellektuellen aus dem Osten ausmacht. Genau das ist der Knüppel, mit dem ihr euch immerzu prügeln

lasst. Befreit euer Denken von der Diktatur der Geschichte, stellt euch endlich dem Hier und Jetzt“, flehte sie.

Ihr seid aber naiv, widersetzten sich die Vertreter der unglücklichen Gesellschaften, unser Unglück ergibt sich nicht daraus, dass wir uns in die Betrachtung unserer eigenen Geschichte vertiefen wollen. Es ist eher umgekehrt, wir kennen sie zu wenig. In der Zeit des Totalitarismus wurde sie uns in einer verfälschten, präparierten, destillierten und beseelten (also gefilterten) Form und mittels der „einzigen richtigen Methode“ vermittelt. Durch die Bedauernswerte schienen semantische Löcher hindurch, es fielen nicht nur einzelne Persönlichkeiten und Ereignisse aus ihr heraus, sondern ganze Epochen, Prozesse und Tendenzen. Der ganze Inhalt fiel aus ihr heraus! Wir fangen also erst damit an, sie zu rekonstruieren, und dies muss endlich geschehen.

Welche Naivität, opponierten die Vertreter der glücklichen Gesellschaften, welche Naivität zu glauben, dass ihr gerade jetzt doch noch eine andere „einzig gültige Methode“ finden werdet, und dass mit Hilfe einer der Wahrheit entsprechenden Interpretation der Geschichte all eure Probleme verschwinden. Wahr ist vielmehr, dass dies eine weitere Illusion ist, denn die Geschichte ist lediglich die Summe widersprüchlicher Versionen, die sich auf etwas beziehen, was tatsächlich geschehen oder – in einem ganz anderen Ausmaß – nicht geschehen ist. Außerdem erfasst die historische Perspektive als solche niemals die Gesamtheit und Komplexität der Erscheinungen. Deshalb wird die Geschichte von Beginn an verfälscht und reduziert, und dies ist ein sehr gefährliches Phänomen. Die Gefahr nimmt erst dann ab, wenn wir uns dieser Tatsache bewusst sind und wissen, wo die Geschichte ihren Platz hat. Die Geschichte ist maskierte Mythologie mit einem bedeutenden, wenn nicht entscheidenden Anteil an ideologischer Nekrophilie, nichts weiter. Gerade die Liebe zur Geschichte hat die Schurken Duce und Führer zur Welt gebracht, denn woher sonst wären jene Liktorenbündel und Runen gekommen, jene pompösen römisch-

nordischen Attribute mit Caesaren und Siegfrieden? Im Übrigen, lest doch in euren heutigen „nichttotalitären“ (jawohl, neototalitären!) Schulbüchern für Geschichte nach, was dort über ihre Nachbarvölker geschrieben steht. Lest es nach, fragt und wundert euch erst dann, woher der Hass in dieser Welt kommt, und warum Menschen weiterhin nur wegen ihrer Volkszugehörigkeit getötet werden.

Ihr werdet uns nie verstehen, antworteten darauf einige historiozentrische Unglücksraben. Und zwar aufgrund der Atrophie eines Organs, das es ermöglicht, andere zu verstehen. Eure Supermärkte und 666 Fernsehkanäle haben euch arrogant und selbstzufrieden gemacht. Spengler hatte recht – mit euch wird es kein gutes Ende nehmen.

Und ihr, entgegneten die Glücklichen, ihr solltet euch vor allem eurer Mentalität entledigen. Denn sie ist weiterhin totalitär, und das heißt, dass eure nicht gefestigten Demokratien ständig bedroht sind. Statt fremdenfeindlich in historischen Mythen zu wühlen, solltet ihr lieber etwas gegen die Mafia und die Korruption in euren eigenen Ländern tun. Andernfalls braucht ihr nicht mit einer baldigen Integration mit Kerneuropa, das liberal-kosmopolitischen und konsumorientiert-hedonistischen Werten die Treue hält, zu rechnen. Ihr seht wohl nicht, dass ihr auf jene Mauer, die, so schien es doch, und so war es auch verabredet, abgerissen werden sollte, einen weiteren Stein draufsetzt.

Mit diesen gegenseitigen Schuldzuweisungen gingen diese durchaus nicht fruchtlosen Diskussionen vorüber, und wie gewöhnlich hatte alles einen friedlichen Ausklang. Die Situation wurde von den Moderatoren gerettet, die an die terminologischen Unterschiede erinnerten, an die Ungenauigkeiten bei den Simultanübersetzungen, an die Notwendigkeit, sich in einem schlechten Englisch zu verständigen. Zusätzlich erinnerte einer der ältesten Konferenzteilnehmer, der nichts begriffen hatte, alle Anwesenden daran, dass jeder das Recht auf eigene Meinung habe, und dass die Verschiedenheit der Ansichten den intellektuellen Reichtum der Welt begründe.

Über das Abendessen, mit dem die Konferenz abgeschlossen wurde, genügt es zu sagen, dass während seines Verlaufs alle Streitereien endgültig beigelegt wurden.

Zwar hatte sich ein Radikaler aus Moskau zurechtgelegt, dass er ein Hund sei, worauf er versuchte, den westlichen Damen in die Waden zu beißen. Dies stellte im Übrigen die partielle Realisierung seiner Konzeption von der Vergeblichkeit aller Einigungsversuche und der ontologischen Unmöglichkeit, eine Verständigung zwischen Ost und West herbeizuführen, dar. Doch die Polizei griff nicht ein, eigentlich war sie gar nicht anwesend. Denn wozu braucht man da, wo es um Befreiung geht, die Polizei?

Andrzej Stasiuk: Schiffstagebuch (S. 82-86 u. 89-91)

Mein Vaterland hat im tschechischen Großen Weltatlas, den ich gerade zu Rate ziehe, eine grüne Farbe. Die gleiche Farbe haben noch Österreich, Bulgarien und Norwegen. Portugal ist schon etwas heller. Aber nicht um die Farbe geht es, denn obschon sie recht geschmackvoll ist, kann man sie doch jederzeit austauschen, und niemand wäre beleidigt oder würde diplomatisch intervenieren. Mein Atlas, veröffentlicht im Jahre 1988, scheint ein Zeugnis für tschechische Kühnheit und prophetische Fähigkeiten zu sein. Denn die damals noch existierende UdSSR hat genau die gleiche Schattierung wie die dahindämmernde Deutsche Demokratische Republik. Ein gemeinsamer rosaroter Nenner wurde für jene Staaten verwendet, die zum Untergang verurteilt waren. Auch wenn sich dort keine ähnlichen oder vergleichbaren Katastrophen ereigneten, so ist es schon etwas Besonderes, zu jener Zeit eine so radikale Veränderung Europas in einem legal herausgegebenen Atlas vorausszusehen.

Aber nicht darüber wollte ich erzählen. Nicht über Farben, sondern über Formen. Denn von allen europäischen Ländern hat mein Vaterland die entschieden schönste Form. Es nähert sich sehr dem Ideal, also dem Kreis, an. Kein anderes europäisches Land verfügt über so

vernünftig gezogene Grenzen, die in der Tat an ein geometrisches Modell der Aufklärung erinnern, das uns eine Vorstellung vom idealen Staat geben soll, in dem man sich um die Harmonie zwischen dem Raum und dem Zentrum, also zwischen den Mächtigen und den Untergebenen, bemüht. Spanien nähert sich in etwa dem von meinem Vaterland hochgeschraubten Ergebnis an, aber erstens wird es von Portugal etwas angefressen und zweitens wird es vom Atlantik und dem Mittelmeer geformt, und da - wie wir wissen - das Wasser ein uraltes und recht unvernünftiges Element ist, handelt es sich also insgesamt nicht um ein Verdienst Spaniens. An England will ich lieber nicht erinnern. Die Wiege der modernen Zivilisation - Frankreich - sieht aus wie ein zerschlissenes, altes Hemd. Italien gerät mit seiner unseriösen Form als eigentliches Fundament Europas in einen tragischen Widerspruch mit sich selbst. Die österreichische Pastete können wir vernachlässigen, schon, um ihr das Leid und die Erinnerung daran zu ersparen, was sie einst war. Aus ähnlichen Gründen vernachlässigen wir auch Ungarn. So bleibt nur noch Rumänien auf der Walstatt übrig. Nur Rumänien kann sich bei diesem Duell um Schönheit und Harmonie mit uns messen. Seine edlen Proportionen ähneln den unseren, und sein Umfang sowie die leichte Streckung in Richtung Breitengrade suggeriert eine vage Verwandtschaft. Man kann ihm nur das etwas rücksichtslose Verhältnis zum Meer vorwerfen. Es wendet sich zu sehr von ihm ab, um nicht zu sagen, dass es ihm den Hintern hinstreckt. Also bleibt nur unsere rumänische Schwester.

Außerdem - und das ist am Wichtigsten - liegt mein Vaterland auf der tschechischen Karte wirklich mitten in Europa, genau in seinem Herzen. Und zwar so, dass die vertikale Symmetrieachse der Seite „Europa - politische Landkarte“ genau durch Koluszki verläuft, und die horizontale Symmetrieachse sich in eben diesem Koluszki mit der vertikalen kreuzt. In diesem gerechten System ist es von Koluszki bis Glasgow genauso weit wie von Koluszki bis

Jerewan, und Madrid wird zur genauen Antipode von Ufa.

Also, die Mitte, das Zentrum sowie eine Form, die eher aus dem Lehrbuch denn aus dem Leben stammt. Ringsherum erstrecken sich die alten Länder, vom Zahn der Zeit, der in der reinen Geographie die Gestalt monoton gegen die Strände anstürmender Meereswellen annimmt, mächtig angefressen. Dagegen scheint die unruhige Linie der Grenzen sich dort, wo die Geschichte einschreitet, zu glätten und auszugleichen. Sie beginnt uns an einen Gedanken zu erinnern, der auf der kürzesten Linie von A nach B verläuft. Eine lehrreiche Lektion für den Idealismus stellt ein zumindest flüchtiger Blick auf die politische Landkarte Afrikas dar, wo die Grenzen der Wüstenstaaten einfach mit einem Lineal gezogen wurden. Wo es keine natürlichen Barrieren in der Art von Flüssen, Bergketten oder Ansiedlungen von Menschen gibt, die verschiedene Sprachen sprechen, wird das geographische Problem gezwungenermaßen zu einem ästhetischen. Ein hypothetischer, zukünftiger Tyrann, der, nachdem er den ganzen Kram an Ökonomie und Demographie, an Verteidigung, pardon, will sagen „Aggressivität“, an Chaos mit Fremden und Einheimischen und an schlafraubender Geopolitik hinter sich gebracht hat, zu einem authentischen Tyrannen geworden ist, wird sich nunmehr aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Zeichnen von idealen Landkarten beschäftigen. Berücksichtigt man den Geschmack von Tyrannen, der in der Regel an entlehnten Neoklassizismus erinnert, so wird dieser Typ sicherlich jemanden in der Art eines kartographischen Albert Speer für diese Schwerstarbeit anheuern.

So wie ich kein Anhänger des ausgedehnten Flachlandes bin, so bin ich auch kein Fan der Mitte. Im Zentrum zu leben bedeutet, nirgends zu leben. Wenn es nach überall hin genauso weit bzw. nah ist, wird der Mensch des Reisens überdrüssig, denn die Welt fängt an, an eine große Strandburg zu erinnern. Die Tatsache, dass bei Reisen und Entdeckungen am Meer gelegene Länder aufgrund ihrer Lage führend waren, stellt mit Sicherheit den komfortableren

Teil der Wahrheit dar. Der andere, unheroische Teil suggeriert uns, dass, bevor man zu etwas weniger Bekanntem vorstieß, dem Reisenden ganz einfach die Langeweile zu schaffen machte. Man stelle sich bitte vor, dass wir Warschau in östlicher Richtung verlassen, und sich nach einer Woche zu Pferde eigentlich nichts verändert hat: Es ist eben und flach, es wachsen Birken und das Volk spricht eine vollkommen verständliche Sprache. Je weiter, desto mehr ist es genauso, nur dass es von diesem „genauso“ im naturwissenschaftlichen Sinne immer mehr gibt, dagegen im gleichsam anthropologischen Sinne immer weniger. In irgendeinem Moment beginnt sogar unser Pferd, das an die Stallperspektive gewöhnt ist, zu fremdeln und spürt, dass es restlos in der unendlichen Weite verschwindet.

In die andere Richtung, nach Westen, ist es etwas anders, aber das heißt gar nicht, dass es besser ist. Die Landschaft sorgt ebenfalls nicht für Überraschungen, aber daran haben wir uns bereits gewöhnt. Wir haben Birken, Kiefern, Sand, Hügel und den Raum, aber gleichsam weniger Raum, vor uns. Jedenfalls fühlen sich weder Mensch noch Tier in diesem Raum besonders vereinsamt. Man könnte endlos weiterfahren und hie und da an schönen Stellen anhalten, um zu rasten. Aber als Entdecker kommen wir, wie das so üblich ist, mit rein gar nichts zurück, denn, nachdem wir immer tiefer und tiefer vorgedrungen sind, stellen wir fest, dass hier alles schon früher doppelt und dreifach entdeckt worden ist.

Diese beiden ausgedachten Reisen ergänzen und vertragen sich im Grunde genommen. Im ersten Falle wurden wir vom Raum überwältigt, im zweiten wurde die Zeit mit uns fertig. [...]

Die Landkarte Europas erinnert an einen Teller mit einem verdorbenen Gericht. Das deutsche Kotelett, eine Fuhre russischer Kartoffeln, französischer Salat, italienischer Spargel, spanischer Nachtisch und britisches Kompott zum Herunterspülen. Hier und da ist alles gleichmäßig mit Soßenflecken gesprenkelt. Ungarische Soße, tschechische Soße, rumänische Spiegelei, schwedisch-norwegischer

Hering mit Dorsch als Vorspeise, der Senf aus Benelux, polnischer Spinat, ein angebissenes, krümeliges griechisches Stück Brot – mit einem Wort eine ganz schöne Pastete.

Wenn ich mir das alles von oben betrachte, dann ist das Einzige, was mir in den Sinn kommt, eine ordnende Intervention oder ein großes Reinemachen, wie nach einem lauten und chaotischen Empfang. Die Tyrannei ist im Grunde genommen eine Art von Pedanterie. Wenn es jemand zu Haus aufgeräumt mag und gleichzeitig über allzu viel Macht verfügt, so sind die Folgen für die Untergebenen meistens besonders schlimm. Schlampige Tyrannen lassen einem immer mehr Freiheit übrig. Und sei es nur aus reiner Faulheit und Unterlassung. Caligula war den Annehmlichkeiten zu sehr zugetan, um jemandem Leid zufügen zu können, es sei denn, dieser jemand hatte sich besonders darum bemüht. Zu seiner Zeit genügte es, sich von ihm fern zu halten, und es war gut. Die Macht blieb auf ihre Weise gerecht, indem sie diejenigen vernichtete, die an ihr beteiligt sein wollten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Exklusivität des Risikos und der Annehmlichkeit sich in hohem Maße aus der Unvollkommenheit der damaligen Landkarten ergab. Kaum verzeichnete und kaum beschriebene Länder, die sich wie Hyperborea im Nebel verloren, wurden in der Tat nur bedingt zur Beute. Man besetzte eher Namen als Territorien, ganz zu schweigen von irgendwelchen absurden Barbaren, die, da sie nicht einmal „Guten Tag“

auf Latein zusammenbrachten, eigentlich nicht existierten.

Erst die Genauigkeit der Kartographie und die Vorliebe für die kleinbürgerliche Ordnung schufen die Tyrannen der neuen Generation. Ihre auf der Makroskala gespenstische Gewöhnlichkeit war Abbild des Horrors einer grauen, geordneten Existenz. An ihrem Leben ist gerade der Mangel an Exzessen am erschreckendsten. Welche Bedeutung hat die armselige Romanze Hitlers mit einer nicht Volljährigen oder die Familientragödie Stalins? Keine. Sie liefert im besten Falle das Material für eine halbe Spalte in einem Boulevardblatt. Ihre echte Leidenschaft waren das Saubermachen, eine saubere Tischdecke und die Konversation. Nicht umsonst hat das, was von ihnen blieb, die Gestalt von Tischgesprächen oder Erinnerungen an banale Saufgelage, ohne die unernste Gesellschaft von Frauen. Wenn man hundert Divisionen hat und den Großteil seines Lebens am Tisch verbringt, muss Europa und seine Topographie nolens volens früher oder später eine Sehnsucht wecken, die mit dem instinktiven Wunsch vergleichbar ist, dass das Messer auf der rechten und die Gabel auf der linken Seite zu liegen hat.

Natürlich, dies ist epistemologischer Reduktionismus, aber es lässt sich nicht verbergen, dass die meisten unserer Reflexe aus unserem Zuhause stammen. Aus dem realen Zuhause oder jenem, in dem unsere Vorstellungskraft geformt wurde.

Rezensionen

Jan Foitzik (Hg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimension. Ferdinand Schöningh. Paderborn 2001, 393 S.



Der vorliegende umfangliche Sammelband versteht sich als ein „Diskussionsangebot“. Die mit einer komparatistischen Studie verbundenen methodologischen Probleme werden nicht vertieft, vielmehr geht es um eine auf einer breiteren Quellenbasis erfolgende ausführliche Darstellung einer Thematik, die erst nach der 1989 einsetzenden Öffnung der Ostblock-Archive in allen ihren Teilaspekten wissenschaftlich adäquat abgehandelt werden kann. Das Buch wurde sorgfältig redigiert und verfügt über eine ausführliche Bibliographie, in der die neuesten Publikationen zum Thema, aber auch in Archiven neu erschlossene Quellen berücksichtigt werden. Es lässt sich in fünf übergreifende Kapitel gliedern. In ihnen wird die zwischen 1953 und 1956 einsetzende Liberalisierung und die damit verbundene Entstalinisierungskrise in Ungarn und Polen, in der Tschechoslowakei und der DDR sowie deren Rezeption in der Sowjetunion rekonstruiert. Die Moskauer Sicht auf das Jahr 1956 wird dabei anhand der Krisen in Polen und Ungarn behandelt, wobei die hinsichtlich des Kadar-Regimes veröffentlichten KGB-Dokumente aus dem ehemaligen Archiv des ZK der KPdSU besonders aufschlussreich sind. (S. 353-377) Sie

verdeutlichen, wie schwierig es war, die von Moskaus Gnaden eingesetzte neue ungarische Führung vor der ungarischen Gesellschaft zu legitimieren. Auch wird klar, dass es aus sowjetischer Sicht im Falle Ungarns auch andere Personalalternativen gegeben hätte. Demokratische Erwägungen oder die Rücksicht auf gesellschaftliche Verhältnisse zählten nicht, im Vordergrund stand der Machterhalt der durch die Schutzmacht eingesetzten und legitimierten Apparate, wobei die Geopolitik angesichts der Bedrohungen des Kalten Krieges eine dominante Rolle spielte. Insofern ist an den spektakulären Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt zu erinnern, den die Moskauer Führung und die übrigen Verbündeten natürlich keinesfalls hinnehmen konnten.

Die ab 1953 einsetzenden massiven gesellschaftlichen Proteste und Streiks legten freilich einen strukturellen Systemdefekt offen, denn „die statische Organisationsform der kommunistischen Herrschaft geriet in Konflikt mit den dynamischen und vielschichtigen Interessen der Gesellschaft“. (S. 8)

Dabei lässt sich bei den hier behandelten vier Bündnispartnern Moskaus die Differenzierung in eine ruhigere (Tschechoslowakei und DDR) und eine stürmische (Ungarn und Polen) Entwicklung konstatieren. Für die DDR dürfte dabei der 17. Juni 1953 das prägende traumatische Ereignis gewesen sein sowie die Tatsache, dass es aufgrund der historischen Verstrickung des zweiten deutschen Staates zu keiner Akzentuierung der nationalen Komponente kommen konnte, wie dies zweifelsohne bei den übrigen Ländern mehr oder minder der Fall war. Hinzu kam – ähnlich wie bei der CSSR – die exponierte geopolitische Lage. In der CSSR wurde eine nationalpolitische Dynamisierung der Krise dadurch verhindert,

dass ein dann aufkeimender slowakischer Nationalismus das Gefüge des Gesamtstaates hätte gefährden können.

Anders die Situation in Ungarn und in Polen, wo es eine gegen Russland gerichtete Aufstandstradition gab. Die permanente ökonomische Krise der Volksdemokratien wurde hier durchaus mit der russischen Fremdherrschaft und dem Sowjetimperialismus in Verbindung gebracht und auch öffentlich angeprangert. Bekanntlich führte dies zu den tragischen Ereignissen in Ungarn, wo die UdSSR massiv eingriff und die sich vollziehende Revolution mit brutaler Gewalt unterdrückte, was Imre Nagy schlussendlich das Leben kosten sollte. Ein ähnliches Szenario drohte auch Polen, konnte aber im letzten Moment durch die schließlich auch von Moskau abgesegnete Wiedereinsetzung von Wladyslaw Gomulka abgewendet werden. Die sich in Polen ausbreitende Euphorie hatte zunächst eine durchaus reale Grundlage, denn man war nach dem Oktober 1956 tatsächlich in der Lage, sich von der politischen und wirtschaftlichen Gängelung Moskaus in Ansätzen zu lösen. In Ungarn konnte nach der Einsetzung Kadars davon nicht die Rede sein, denn an 1956 schlossen sich Jahre der gesellschaftlichen Depression und Hoffnungslosigkeit an. Hatte man sich also in Polen und Ungarn gesamtgesellschaftlich nicht mit den durch den „Neuen Kurs“ eingeleiteten Systemkorrekturen begnügt und weitaus mehr gefordert, so zeichneten sich die Führungen und die Gesellschaften der DDR und der CSSR durch ein höheres Maß an Vorsicht und Genügsamkeit aus. Dies zeichnen die Autoren, allesamt ausgewiesene Experten, in beeindruckender Weise – vor allem auch im Hinblick auf die Organisation und die Haltungen der jeweiligen Landesarmeen nach. Auch hier kann die oben angedeutete Differenzierung geltend

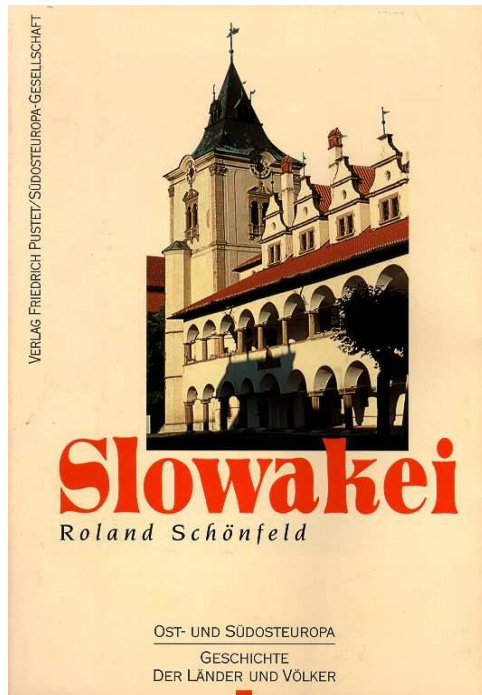
gemacht werden, obschon sowohl Polen als auch Ungarn bereits in den 40er Jahren eine entsprechende Säuberung und 'Entnationalisierung' ihrer Armee-Kader hatten hinnehmen müssen.

Insgesamt lässt sich resümieren, dass die Ostblock-Krise des Jahres 1956 keine grundsätzlichen Veränderungen hinsichtlich des Machtmonopols der kommunistischen Parteien brachten. Sie blieben, personell verändert, weiterhin am Ruder, vorsichtige Schritte der Systemliberalisierung wurden – unter dem Druck Moskaus – recht bald wieder zurückgenommen. Die ökonomische Krise blieb mit graduellen Unterschieden in einzelnen Staaten ein Markenzeichen der planwirtschaftlichen Kommandowirtschaft. Damit blieb auch nach 1956 der Widerspruch zwischen Gesellschaft und Herrschaft weiterhin bestehen. Der nationalpolitische Faktor sollte – mit der Ausnahme der DDR – in den übrigen Staaten zukünftig einen weiterhin hohen Stellenwert einnehmen. Seine Instrumentalisierung durch die kommunistischen Parteien – oft Ausdruck des Machtkampfes zwischen „nationalen“ und aus Moskau importierten kommunistischen Führungseliten – blieb ebenfalls ein permanenter Faktor des Machterhalts.

Insofern ist der Einschätzung des Herausgebers zuzustimmen, wenn er für die durch den Tod Stalins und den XX. Parteitag der KPdSU ausgelöste 'Entstalinisierung' zu der folgenden Einschätzung kommt: „Die sozialen und politischen Krisenursachen löste die 'Entstalinisierung' nicht, sondern offenbarte sie letztlich in vielen nationalen Varianten. Insofern zeigte die Politik der 'Entstalinisierung' zugleich die eigenen Grenzen auf und dokumentierte die strukturelle Reformunfähigkeit des politischen und sozialen Ordnungsmodells.“ (S. 52)

ZW

Roland Schönfeld, Slowakei. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 2000, Verlag Friedrich Pustet Regensburg/Südosteuropa-Gesellschaft München, 288 S.



Der 11. Mai 2002 dürfte in der Geschichte der Slowakei künftig eine vergleichbare Rolle spielen wie der 4. Juli 1954 für die Bonner Republik. Ähnlich wie das Fußball-„Wunder von Bern“ den Deutschen neun Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs internationale Anerkennung und ein neues Selbstwertgefühl vermittelte, sorgte der hart umkämpfte 4:3 Sieg der slowakischen Eishockey-Nationalmannschaft im Göteborger WM-Finale - noch dazu gegen Russland! - dafür, dass neun Jahre nach der Staatsgründung selbst des Nationalismus unverdächtige Slowaken trotz wirtschaftlicher und politischer Probleme endlich einmal stolz auf ihr Land sein konnten. Und im Übrigen auch dafür, dass deutsche Sportreporter aufhörten, noch immer jeweils von der „Tschechoslowakei“ zu faseln, wenn das Team der Tschechen bzw. das der Slowaken auf dem Eis war.

Doch leider ist das Interesse der Deutschen am Eishockeysport gering, und obwohl nun der eine oder andere Tourist die Reize dieses schönen, gastfreundlichen (und nicht zuletzt preiswerten)

Landes entdeckt, bleibt die Slowakei in der breiten Bevölkerung weiterhin ein relativ unbekannter Staat. Dies gilt im Großen und Ganzen auch für die Geschichtsschreibung, in der die Slowakei überwiegend eine untergeordnete Rolle als Teil der Tschechoslowakei oder zuvor Ungarns spielte. Umso verdienstvoller ist daher die Entscheidung des renommierten Regensburger Verlags Friedrich Pustet, gemeinsam mit der Südosteuropa-Gesellschaft München in seiner von Horst Glassl und Ekkehard Völkl herausgegebenen Reihe Ost- und Südosteuropa, Geschichte der Länder und Völker, einen eigenen Band zur Slowakei zu veröffentlichen. Als Autor konnte man den ausgewiesenen Fachmann Roland Schönfeld gewinnen. Angesichts der objektiven Schwierigkeiten, die daraus resultieren, dass die Literaturlage sowohl in der deutschen als auch in der slowakischen Geschichtswissenschaft alles andere als befriedigend ist, muss Schönfelds Publikation eingehend gewürdigt werden. Der Münchener Historiker legt erstmals eine eigenständige Geschichte der Slowakei in deutscher Sprache vor, die den Zeitraum von den ersten durch Funde belegten Besiedlungen bis zur Anfangsphase der Regierung von Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda Ende der 1990er Jahre umfasst.

Nach einer kurzen Skizzierung der Anfänge, in die Schönfeld unter anderem das für die heutige slowakische Geschichtsperspektive ebenso wichtige wie unter Fachleuten umstrittene „Großmährische Reich“ einordnet, beschäftigt sich ein erstes umfangreicheres Hauptkapitel mit der rund tausendjährigen ungarischen Herrschaft über die Slowaken. Hier findet sich auch ein Beitrag zur deutschen Besiedlung seit dem Mittelalter, deren Spuren Besucher noch heute insbesondere in den ehemaligen Bergwerkstädten wie Banská Štiavnica (Schemnitz) und in der Spiš (Zips) entdecken können.

Eine größere Hypothek als das damalige Verhältnis der Mehrheitsbevölkerung zur privilegierten deutschen Minderheit dürfte für das heutige Zusammenleben im sich vereinigenden Europa die recht unterschiedlich wahrgenommene und bewertete gemeinsame Geschichte von Ungarn und Slowaken in dieser Region darstellen. Bedauert man auf magyarischer Seite bisweilen heute noch mehr oder weniger offen den Verlust „Oberungarns“, wie die Region seit dem 17. Jahrhundert offiziell hieß, so übersieht die slowakische Geschichtswahrnehmung in der Regel, dass es neben der unbestreitbaren Unterdrückung vieler Slowaken durchaus auch Landsleute gab, die die Magyarisierung als erfolgversprechendes Karrierevehikel zu nutzen suchten.

Viel Raum – und dies wortwörtlich - nimmt in der slowakischen Geschichtspflege dagegen die Erinnerung an das „Nationale Erwachen“ ein, wie Schönfeld die bewegte Zeit der Nationalbewegungen zwischen dem Ende des 18. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts überschreibt. Zu denjenigen Intellektuellen, die für die Stärkung eines slowakischen Nationalbewusstseins eintraten, gehörte der lutherische Gelehrte L’udovit Štúr, dessen Ideen heute unzählige Denkmäler in der ganzen Slowakei wach halten sollen. Zwar wurde der nationale Aufstand, zu dem Štúr und seine Verbündeten auf dem Höhepunkt der Unabhängigkeitskämpfe im Jahre 1848 aufgerufen hatten, ebenso niedergeschlagen wie die Revolutionen in anderen Teilen Europas. Die Tage der ungarischen Herrschaft waren auf lange Sicht jedoch gezählt. Mit der Kriegsniederlage des Habsburgerreichs erhielt der Wunsch nach einem von Budapest und von

Wien unabhängigen Staates eine neue Realisierungschance.

Den Jahren „In der gemeinsamen Republik (1918-1939)“ widmet sich ein weiteres Hauptkapitel. Schönfeld beschreibt ausführlich und schlüssig, wie es nach der Einigung slowakischer und tschechischer Emigrantengruppen im amerikanischen Exil am 28. Oktober 1918 zur Gründung der ersten tschechoslowakischen Republik kam und wie die fehlende Lösung der „slowakischen Frage“ den neuen zentralisierten Einheitsstaat von Anfang an belastete. Aus Unzufriedenheit über die politischen und wirtschaftlichen Probleme in der Tschechoslowakischen Republik gewann die extrem nationalistische Slowakische Volkspartei unter ihrem Führer Andrej Hlinka in den 1930er Jahren starken Zulauf. Dennoch verlief der Weg in den Separatismus bei weitem nicht so geradlinig wie oftmals angenommen. Schönfeld zeigt sehr differenziert, dass es innerhalb der slowakischen politischen Kräfte zwischen der Loyalität zur Republik einerseits und der skrupellosen Kooperation mit den deutschen Nationalsozialisten andererseits ein breites und



zum Teil recht widersprüchliches Spektrum an Vorstellungen, Aktionen und Entscheidungen gab. Mit Recht leitet der Autor seine Ausführungen über die am 14. März 1939 gegründete „Unabhängige“ Slowakei (1939-1945)“ mit der Bemerkung ein, „daß die slowakische Bevölkerung auch diesmal – wie

schon 1918 und 1938 – nicht gefragt wurde.“ (S. 100) Sicherlich war die damalige Slowakei als so genannter "Schutzstaat" weitestgehend von Berlin abhängig. Dessen Geschichte indes auf den von SS-Einheiten, der Wehrmacht und slowakischen Kollaborateuren niedergeschlagene Slowakischen Nationalaufstand vom August 1944 zu reduzieren, wie dies heute im Land bisweilen getan wird, bedeutet Geschichtsklitterung. Während in beinahe jeder Ortschaft Gedenktafeln, Denkmäler und Straßennamen an den SNP erinnern, gedenken nur wenige, oftmals recht verschämt angebrachte Tafeln der zwischen 57.600 und 59.500 Juden, die im Zuge eines insgesamt sehr zwiespältigen Umgangs mit der „Judenfrage“ von Slowaken enteignet, an die Deutschen ausgeliefert und von diesen in den Konzentrationslagern ermordet wurden. Schönfeld würdigt aber auch die vielfältigen Bemühungen, Verfolgte zu retten, für die zahlreiche Slowaken später mit dem Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet wurden. Ein ehrendes Gedächtnis verdienen auch die Hunderttausende junger sowjetischer Soldaten, die in den Kämpfen um die Befreiung der Slowakei ihr Leben verloren.

Aufgrund der katastrophalen Erfahrungen mit der „unabhängigen“ Slowakischen Republik war nach Kriegsende der Wunsch nach der Wiedererrichtung der Tschechoslowakei groß. Dementsprechend wurde mit Ausnahme der Karpato-Kraine, die der Sowjetunion angeschlossen wurde, die Tschechoslowakei in den Grenzen von 1937 wieder errichtet. Das Buchkapitel, das sich mit den drei Jahren zwischen 1945 und 1948 beschäftigt, zeigt, dass auch dieser neue Versuch einer Staatsgründung von Anfang an entlang zweier Konfliktlinien belastet war: So blieb die Frage des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen den beiden Staatsnationen weiterhin umstritten. Hinsichtlich des Schicksals der deutschen Minderheit hätte sich der Leser indes an dieser Stelle weitaus mehr Informationen gewünscht als die lapidare Feststellung „Das ‚störende Element‘ der deutschen Volksgruppe wurde bis auf unbedeutende Reste vertrieben.“ (S. 161) Zum

ändern bereitete der starke Rückhalt der Demokratischen Partei in der slowakischen Bevölkerung den Kommunisten einige Schwierigkeiten bei der Umsetzung ihrer „volksdemokratischen“ Vorstellungen.

Nach monatelangen Auseinandersetzungen, Diffamierungen, Verhaftungen und „Säuberungen“ konnte sich schließlich die Kommunistische Partei durchsetzen. Im Februar 1948 übernahmen sie die Alleinherrschaft, und wieder wurde das öffentliche Leben gleichgeschaltet. Das folgende Hauptkapitel, in dem die Jahre „Unter kommunistischer Herrschaft (1948-1989)“ zusammengefasst werden, profitiert besonders von der volkswirtschaftlichen Analysefähigkeit des Autors. Probleme der Planwirtschaft sowjetischen Typs belasten die Slowakei bis heute, insofern die sozialistische Entwicklungspolitik in dieser Region einseitig auf die Schwerindustrie (einschließlich des Rüstungssektors) setzte und die Konsumgüterproduktion vernachlässigte.

Die politische Geschichte dieser Zeit fand einen Höhepunkt im „Preßburger Frühling“, der seit Anfang der 1960er Jahre nicht nur den Protest gegen die kommunistische Diktatur bündelte, sondern auch ein neues slowakisches Nationalgefühl weckte. Prägnante Beispiele dafür waren die Feiern zum 20. Jahrestag des Slowakischen Nationalaufstandes im August 1964 sowie ein Jahr darauf die Festlichkeiten anlässlich des 150. Geburtstages von L’udovit Štúr. Zur Symbolfigur nicht nur für die Freiheitsbewegung in der Tschechoslowakei wurde der jüngst durch ein Denkmal vor dem Parlament gewürdigte Slowake Alexander Dubcek, der als Vorsitzender der Kommunistischen Partei mit ebensoviel Reformwillen wie Naivität die Hoffnungen auf Veränderungen nährte. Im August 1968 bereitete bekanntlich der Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes dem Versuch, dem Kommunismus ein "menschliches Antlitz" zu geben, ein gewaltsames Ende, die politische Führung wurde abgelöst. „Frenetische Feiern in der ganzen Tschechoslowakei aus Anlaß des Sieges des nationalen Eishockey-Teams über die

sowjetische Mannschaft im März 1969 nahm die sowjetische Führung zum Anlaß, den entmachteten Dubcek am 17. April ganz in der Versenkung verschwinden zu lassen.“ (S. 199).

Sein Nachfolger Gustáv Husák, ebenfalls ein Slowake, erhält von Schönfeld ein vernichtendes Zeugnis: Er habe „jeden Ansatz zu wirtschaftlicher und politischer Liberalisierung“ verhindert. Selbst die von Husák am 28. Oktober 1968 anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der ersten Republik in Bratislava verkündete Verfassungsänderung zur Föderalisierung des Landes blieb demnach „Augenwischerei“ (S. 203) und weit hinter dem Wunsch der Slowaken nach mehr Selbstbestimmung zurück. „Doch das von Husák wiedererrichtete repressive Herrschaftssystem der Partei, das jede freie Meinungsäußerung, die mit der Parteilinie nicht übereinstimmte, im Keime zu ersticken suchte, vermochte den Widerstand der Intellektuellen nicht auf Dauer zu unterdrücken“ (S. 200). Zur wichtigsten oppositionellen Bürgerbewegung entwickelte sich die Charta 77. Leider gibt Schönfeld nur bedingt eine Antwort auf die Frage, warum dieses Manifest in der Slowakei vergleichsweise wenig offene Unterstützung fand. Die dezentralisierte Struktur der Opposition und die Unterdrückung durch die Repressionsapparate dürften nur eine Teilerklärung bieten.

Im Spätherbst 1989 erfolgte im Rahmen der so genannten "samtenen Revolution" ein rascher Machtwechsel in der Tschechoslowakei. Alexander Dubcek, der große alte Mann, wurde noch einmal von Hunderttausenden bejubelt und von der Bundesversammlung am 28. Dezember 1989 zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Doch nur zwei Jahre währte die damit eingeleitete Zeit „Im demokratischen Bundesstaat (1990-1992)“. Der Wunsch nach Freiheit und Demokratie konnte nun – trotz aller Rückschläge und Frustrationen – verwirklicht werden. An der nationalen Frage, die mit zunehmender Unzufriedenheit über den Verlauf des Transformationsprozesses immer virulenter wurde, zerbrach die „Tschechische und

Slowakische Föderative Republik“ (CSFR) jedoch.

Aus den Parlamentswahlen von 1992 ging im slowakischen Landesteil die "Bewegung für eine Demokratische Slowakei" unter Vladimír Meciar als Siegerin hervor. Ohne Volksabstimmung und gegen deutliche Mehrheiten in Meinungsumfragen leiteten Václav Klaus und Meciar als Ministerpräsidenten der Tschechischen und der Slowakischen Republik die staatliche Trennung von Tschechen und Slowaken ein. „Die Teilung wurde mit wenig Rücksicht auf die Meinung der beteiligten Völker allein von den politischen Eliten auf eine verfassungsrechtlich fragwürdige Weise ausgehandelt“ (S. 219), so das Urteil Schönfelds. Am 31. Dezember 1992 wurde die CSFR friedlich und unspektakulär aufgelöst.

Somit haben die Slowaken seit dem 1. Januar 1993 mit der Slowakischen Republik erstmals in ihrer mehr als tausendjährigen Geschichte einen nicht nur auf dem Papier selbstständigen Staat, dem der Autor sein letztes Hauptkapitel widmet. Es ist nicht gerade eine Erfolgsgeschichte, die Schönfeld hier nachzeichnet. Unter dem autokratischen Premier Meciar geriet die Slowakei sehr rasch in die außenpolitische Isolation, die wirtschaftliche Transformation kam nur stockend in Gang und Regierungskrisen gehören (noch immer) beinahe zum Alltag. Eine grundsätzlich positive Wendung brachte erst der Regierungswechsel vom September 1998. Mit der Entscheidung der Europäischen Union im Dezember 1999, nun auch mit der Slowakischen Republik offizielle Beitrittsverhandlungen zu eröffnen, wurden vor allem die Demokratisierungsbemühungen der Regierung unter Führung von Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda anerkannt.

Abschließend befassen sich zwei längere Exkurse mit Fragen der nationalen Identität und der (von der Europäischen Union im Zuge der Beitrittsverhandlungen besonders kritisch beobachteten) Minderheitenpolitik sowie mit der Geschichte der slowakischen Literatur.

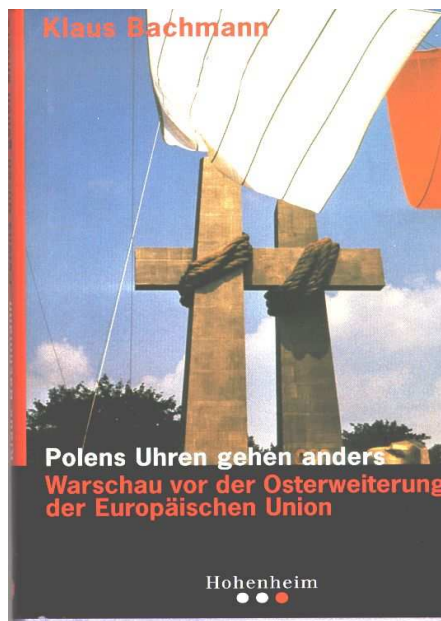
Ein hilfreicher Anhang mit Zeittafel (6. Jahrhundert bis 1999), Kurzbiographien (vor

allem von Politikern bis hin zu Mikuláš Dzurinda und Vladimír Meciar), Kurzbeschreibungen verschiedener historischer Stätten, eine kleine Literaturliste, ein Personen- und ein Ortsregister sowie (im Mittelteil) eine Zusammenstellung von rund 30 Fotos und Zeichnungen runden den Band ab. Wenn es etwas zu bemängeln gibt, dann den Umstand, dass man sich aus akademischer Sicht Fuß- bzw. Endnoten gewünscht hätte, die die eigene Forschungsarbeit unterstützen würden. Andererseits erleichtert der Verzicht auf den entsprechenden „wissenschaftlichen Ballast“ sicherlich dem interessierten Laien die Lektüre dieses empfehlenswerten Buches. Dazu trägt

auch der flüssige Stil des Autors bei, dem es gelingt, die sehr wechselhafte Geschichte kompetent und spannend darzustellen. Für den Rezensenten jedenfalls fungierte der Band während einer ausgedehnten Slowakei-Reise durchaus als echter Wegweiser, insofern Schönfelds Ausführungen zu geschichtsträchtigen Orten die Reiseroute mitbestimmten.

MW

Klaus Bachmann: Polens Uhren gehen anders. Warschau vor der Osterweiterung der Europäischen Union. Hohenheim Verlag. Stuttgart/Leipzig 2001, 280 S.



Klaus Bachmann hat sich im deutschsprachigen Raum als Berichterstatter aus Polen einen Namen gemacht und ist gewiss kein Unbekannter. Nun hat er sein zweites Polen-Buch vorgelegt, das wichtige und aktuelle Themen behandelt, die die Zukunft unseres Nachbar-

landes sowie den weiteren Ausbau der EU betreffen.

Nach einer kurzen historischen Einleitung zur Geschichte Polens, die bis zu den Teilungen des 18. Jahrhundert zurückreicht, setzt sich der Autor im zweiten Teil seiner Darstellung mit dem politischen System in Polen auseinander, berichtet über die Stabilisierung des Parteiensystems nach der Wende des Jahres 1989, beschreibt die Besonderheiten der polnischen Cohabitation mit so unterschiedlichen Persönlichkeiten wie den Präsidenten Walesa und Kwasniewski sowie den zu Beginn der 90er Jahre rasch wechselnden Regierungen rechter und linker Provenienz und fragt schließlich nach der veränderten Stellung und Haltung der katholischen Kirche Polens.

Hieran schließt sich ein konziser Wirtschaftsteil an, in dem die Besonderheiten des polnischen Transformationsprozesses analysiert werden, und der Autor füglich zum Ergebnis kommt, dass es sich bei der polnischen Transformation, trotz aller weiterhin bestehender Probleme, um ein Erfolgsmodell handelt(e). In diesem

Zusammenhang ist auch der von Bachmann durchgeführte Vergleich der Transformationsprozesse in Polen und in der Ex-DDR aufschlussreich, obschon die darin verwendeten Bezugsjahre 1991 und 1998 natürlich nicht mehr aktuell sind. Denn inzwischen haben wir es europaweit und somit auch in Polen wieder mit einer Rezession zu tun. Die polnischen Wirtschaftsdaten verschlechterten sich dementsprechend in den Jahren 2000 bis 2002 dramatisch, um an dieser Stelle nur an die landesweit über 17 Prozent liegende Arbeitslosigkeit und die weiterhin negative Außenhandelsbilanz zu erinnern.

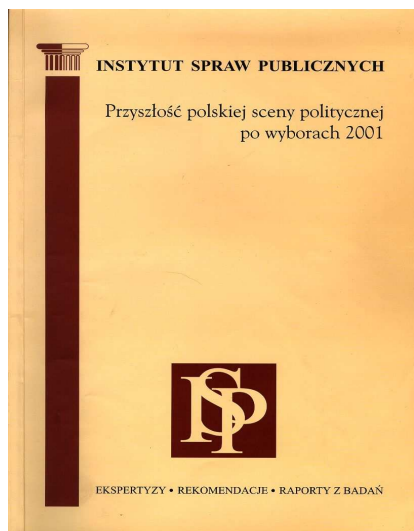
Den Kern dieses Buch bildet allerdings der vierte Teil, der den aufschlussreichen Titel „Integration aus der Froschperspektive“ trägt. Gerade diese Perspektive scheint besonders wichtig zu sein, denn nur aus ihr sind die Sorgen und Nöte einer transformationsgeplagten Gesellschaft erkennbar, deren Vertreter ansonsten vornehmlich als anonyme und pauschalisierte Größen in sorgfältig gefertigten Statistiken und Diagrammen auftauchen. Kompetent, distanziert, aber durchaus empathisch behandelt Bachmann die zwischen Polen und der EU kontrovers diskutierten Themen Arbeitsmigration, Landwirtschaft, Schengen. Der Autor stellt in diesem Kapitel nachdrücklich unter Beweis, dass er in der Lage ist, eine faire Doppelperspektive zu wahren, die sowohl unionseuropäischen als auch polnischen Belangen gerecht wird. Dabei entkräftet er recht überzeugend die besonders in Deutschland geschürten Ängste vor einem massiven Zuzug polnischer Arbeitskräfte und bemüht sich

ebenfalls um eine Versachlichung der Diskussion über die polnische Landwirtschaft, indem er unter anderem auf die Fehlentwicklungen der gemeinsamen Agrarpolitik in der EU verweist. Bachmann macht zudem deutlich, dass es ohne eine nachhaltige Reform der EU, wie sie in Nizza zu zaghaft begonnen wurde, auch nicht zu einer erfolgreichen Erweiterung der Union kommen kann. Im abschließenden fünften Teil setzt sich der Autor noch intensiver mit der polnischen Binnenperspektive auseinander, und referiert den in Polen geführten öffentlichen und veröffentlichten EU-Diskurs, indem er unter anderem die Positionen der Parteien sowie der polnischen Gesellschaft rekonstruiert. Ergänzt wird diese informative und ausgewogene Darstellung durch Überlegungen zum deutsch-polnischen Verhältnis, das nicht mehr durch Euphorie, sondern durch Misstrauen gekennzeichnet werde. Kritisch nimmt Bachmann auch die deutsche Haltung gegenüber der Erweiterung der EU aufs Korn, wenn er abschließend feststellt:

„Die Hoffnung, Integration werde sich als Reformantrieb auswirken und Dinge erzwingen, die man aus eigener Kraft nicht in der Lage ist durchzusetzen, gibt es sogar in der Ukraine, die bekannter Weise kaum Chancen hat, in den nächsten zehn Jahren der EU wesentlich näher zu kommen. Die Erweiterung ist ein Modernisierungsprogramm. Nur in Deutschland scheint sie vor allem als Belastung, Bedrohung der sozialen Errungenschaften, finanzielle Bürde und vermeidbare Kraftanstrengung angesehen zu werden.“

ZW

Przyszłość polskiej sceny politycznej po wyborach 2001 [Die Zukunft der politischen Szene nach den Wahlen von 2001]. Instytut Spraw Publicznych. Warszawa 2002, 80 S.



Dieser vom Institut für öffentliche Angelegenheiten (ISP) in Warschau herausgegebene Sammelband befasst sich interdisziplinär mit der Zukunft der politischen Szene Polens nach den Wahlen des September 2001, die ähnlich wie die Wahlen des Jahres 1993 zu einem Linksruck und entsprechenden Mehrheitsverhältnissen im Parlament führten.

In ihrem einleitenden Artikel macht die Leiterin des ISP, Professor Lena Kolarska-Bobinska, deutlich, dass die These der Bipolarität der politischen Kräfte in Polen, wie sie nach den Wahlen des Jahres 1997 aufgestellt wurde, durch die Wahlergebnisse des Jahres 2001 nicht bestätigt wurde. Eine Konsolidierung im Sinne zweier dominanter Lager, nämlich der Rechten (AWS) und der Linken (SLD) hat also nicht stattgefunden. Für die niedrige Wahlbeteiligung einer frustrierten Wählerschaft und den Sieg der Linken sei neben der verfehlten Reformpolitik der Regierung Buzek eine zunehmende Skepsis gegenüber der Privatisierung, dem Engagement ausländischen Kapitals und dem Sinn des gesamten Transformationsprozesses verantwortlich zu machen. Im Unterschied zu den vorangegangenen Wahlen spielten bei den Wahlen des Jahres 2001 nicht so sehr symbolisch-ideologische Überzeugungen und

Haltungen eine Rolle; vielmehr seien die spürbaren sozioökonomischen Brüche innerhalb der polnischen Gesellschaft für das Ergebnis verantwortlich zu machen.

Xymena Bukowska vom Institut für politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften unterzieht die Wahlprogramme der einzelnen Parteien einer eingehenden inhaltlichen und sprachlichen Analyse und benennt die wiederkehrenden Hauptthemen: Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere, Korruption und Sicherheit. Für den Stil der Programme sei bezeichnend, dass eine soziale, auf die Gemeinschaft abhebende Rhetorik dominiere, wobei bei den kleineren populistischen Protestparteien Samoobrona (Selbstverteidigung) und LPR (Liga Polnischer Familien) sowie bei der Bauernpartei PSL vor allem eine antiliberalen, antikapitalistische, auf staatliche Intervention und Regulierung gerichtete Argumentation zum Zuge komme. Einen sozialen Argumentationspfad beschreiten dabei alle Parteien, außer der Freiheitsunion (UW), die bekanntlich an der Fünfprozenthürde scheiterte. In allen Parteien wird entweder auf die nationale Einheit (LPR, PiS [Recht und Gerechtigkeit], PSL Samoobrona) oder auf die gesellschaftliche und soziale Einheit, mit Betonung des Gleichheitspostulats (SLD-UP, PSL, Samoobrona) abgehoben. Der Begriff des Bürgers und der Bürgergesellschaft spielt hingegen nur in den Programmen der PO (Bürgerplattform) und der UW eine explizite Rolle. Die Sprache habe sich radikalisiert, in den Programmen der Samoobrona, der LPR, der PSL und der PiS herrsche eine antiliberalen, integralistische und solidaristische Rhetorik vor. Gefordert wird ein souveräner Sozialstaat, beschworen wird ein Volk, das vom Geist der Einheit durchdrungen ist.

Aus der eingehenden, auf breitem empirischen Material fußenden Analyse von Radoslaw

Markowski, der am Institut für Politische Studien bei der Polnischen Akademie der Wissenschaften tätig ist, ergibt sich, dass es nach den Wahlen des Jahres 2001 zu einer erneuten Destabilisierung der politischen Szene gekommen sei. Die ökonomische Polarisierung habe zugenommen, was angesichts der radikalen Positionen rechter Parteien wie LPR und AWS auch für die religiöse Dimension gelte. Entgegen einer populären Legendenbildung gehören die Anhänger und Wähler der Samoobrona jedoch keinem extremen Lager an. Vielmehr handele es sich bei ihnen um „die Emanation der Mittelschicht innerhalb eines unvollständigen Kapitalismus“. Eine Institutionalisierung des Parteiensystems, wie sie nach 1997 prognostiziert wurde, habe nicht stattgefunden. Das Potenzial an Unentschlossenen und Wechselwählern sei weiterhin erheblich. Insgesamt seien die Polen gegenüber dem System der Demokratie skeptisch eingestellt, besonders aber gegenüber den politischen Eliten, denen man fast durchgängig misstraut. Die Identifikation mit den Parteien habe eher ab- als zugenommen. Man warte geduldig darauf, dass die parlamentarische Demokratie und ihre Institutionen in die Hände kompetenter und akzeptierter Politiker gelangen.

Auch Mirosława Grabowska vom Soziologischen Institut der Universität Warschau kommt zum Ergebnis, dass die Institutionalisierung der politischen Parteien in Polen nur wenig fortgeschritten sei. Sie verdeutlicht dies an den häufigen Parteiwechsell und Parteienneugründungen besonders innerhalb des rechten Spektrums. Hier sei man nicht in der Lage, Teamwork zu entwickeln und eine erfolgreiche Integration herbeizuführen. Große Bündnisse – wie die AWS – seien zerfallen, während das Linke Wahlbündnis aufgrund seines pragmatischen Ansatzes in der Lage gewesen sei, ein loses Konglomerat von linken Parteien, Gruppen und Strömungen zu einer konsolidierten Partei zu formen. Dies bedeute, dass die Linke aufgrund ihres hohen Institutionalisierungsgrades auch zukünftig die besten

Chancen habe, gegen eine zersplitterte Rechte Wahlen zu gewinnen.

Der am Institut für Soziologie und Philosophie der Polnischen Akademie der Wissenschaften forschende Soziologe Andrzej Rychard führt die überaus niedrige Wahlbeteiligung auf den Umstand zurück, dass zahlreiche potenzielle Wähler in der Tat nicht wussten, wem sie ihre Stimmen geben sollten. Es sei zu beachten, dass 54 Prozent der Wahlberechtigten nicht an den Wahlen teilnahmen, dass sich also über fünfzig Prozent der gesellschaftlichen Szene außerhalb der Politik befänden. Hierbei handele es sich aber durchaus nicht nur um die Verlierer der Transformation, sondern auch um besser situierte Wähler mit einer höheren Ausbildung. Auch sei zu beachten, besonders im Hinblick auf den Erfolg der Samoobrona, dass lautstarker Protest durchaus nicht immer Folge großer Unzufriedenheit sein müsse, sondern häufig auf die Möglichkeit zurückzuführen sei, diesen Protest überhaupt zu artikulieren. Die einstige ideologische Teilung in ein Solidarnosc- und ein Nicht-Solidarnosc-Lager habe sich relativiert. In Zukunft werde eine Differenzierung in proliberale und antiliberale Gruppierungen eine dominantere Rolle spielen. Damit käme den wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Wählergruppen, die bei den früheren Wahlen nur eine untergeordnete Rolle spielten, eine wesentlich größere Bedeutung zu.

Barbara Fedyszak-Radziejowska vom Institut für die Entwicklung des Dorfes und der Landwirtschaft bei der Polnischen Akademie der Wissenschaften konstatiert in ihrem Beitrag, dass sich die Stimmung in den ländlichen Gebieten Polens radikalisiert habe. Fragt man nach den Ursachen für die Akzeptanz radikalerer Lösungen und Programme, so muss zunächst auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Landwirte verwiesen werden. Deren Situation hat sich in den Neunzigerjahren kontinuierlich verschlechtert, besonders nach der Russlandkrise des September 1998, als ein wichtiger Absatzmarkt verlorengegangen ist. Bei den Protesten und Blockaden der Jahre 1998 und 1999 habe neben der traditionellen

Bauernpartei PSL die von Andrzej Lepper geführte Samoobrona eine wichtige und erfolgreiche Rolle gespielt, da die Regierung auf mehrere Forderungen der radikalisierten Bauern eingehen musste. Eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Popularisierung der Samoobrona spielten des weiteren – so die Autorin - die polnischen Medien, die Lepper geradezu zum Medienstar aufbauten. Dem das Establishment massiv kritisierenden Populisten Lepper sei es gelungen, nicht so sehr durch Inhalte als vielmehr durch seinen Stil den Eindruck zu erwecken, dass es sich bei ihm um einen kompetenten, siegesgewohnten und deshalb wählbaren Politiker handle. Angesichts der weiterhin ungelösten Frage nach der Zukunft der polnischen Landwirtschaft und dem Zögern der EU-Mitgliedsstaaten, ein tragbares Agrarkonzept zu entwerfen, werde Leppers entschiedener Protestkurs auch in naher Zukunft durchaus populär bleiben.

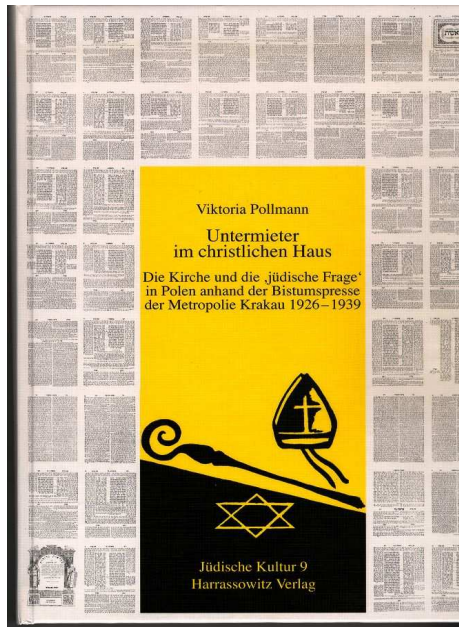
Krzysztof Rybinski, Chefökonom der Bank Zachodni Wielkopolski Bank Kredytowy, fragt nach den politischen Folgen der ökonomischen Situation in Polen, wobei er auf das wachsende Defizit des öffentlichen Sektors sowie die steigende Arbeitslosigkeit für das Jahr 2001 verweist. Dabei geht er davon aus, dass die im September 2001 abgewählte Koalition aus AWS und UW noch immer im Parlament vertreten sein könnte, wenn man bereits 1997 und 1998 so wenig populäre Entscheidungen getroffen hätte, wie eine Kürzung der Sozialausgaben, eine beschleunigte Privatisierung schwieriger

Industriesektoren sowie eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Die neue Regierung aus SLD, UP (Arbeitsunion) und PSL müsse deshalb entweder diesem Pfad folgen oder versuchen, sich die Zentralbank unterzuordnen, um entsprechende Zinssenkungen zu erreichen. Die zuletzt genannte, durchaus populäre Strategie würde aber nur kurzfristig Vorteile bringen und im übrigen von den EU-Partnern nicht akzeptiert werden. Zum dornigen Reformweg, der angesichts der schwierigen sozio-ökonomischen Situation sowie der verstärkten populistischen Herausforderungen keinesfalls leicht umzusetzen ist, gibt es deshalb keine Alternative, wenn man das schwarze Szenario einer Präsidentschaft Leppers ausschließen möchte. Auch wenn man sich dieser Einschätzung des Autors anschließen möchte, so bleibt doch weitgehend offen, ob eine so beherzte, liberale Spar- und Reformpolitik gegen eine Mehrheit in der Bevölkerung durchgesetzt werden kann, zumal von einer sozialdemokratischen Regierung.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die in diesem Sammelband vereinigten Expertenbeiträge wertvolles, auf einer breiten empirischen Basis beruhendes Hintergrundmaterial für den Ausgang der Wahlen des Jahres 2001 liefern. Insofern handelt es sicher hierbei um eine wichtige, sehr zweckdienliche Publikation, die allen mit aktuellen Fragen beschäftigten Polenfachleuten zu empfehlen ist.

ZW

Viktoria Pollmann: Untermieter im christlichen Haus. Die Kirche und die „jüdische Frage“ in Polen anhand der Bistumspresse der Metropole Krakau 1926-1939. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2001, 456 S.



Die vorliegende umfangreiche Untersuchung von Viktoria Pollmann, die als Dissertation an der Freien Universität Berlin angenommen wurde, verdeutlicht, dass sich die Bistumspresse der Metropole Krakau als offizielles Sprachrohr ihrer Bischöfe und als repräsentativer Teil der gesamten diözesanen Presse Polens sehr intensiv mit der „jüdischen Frage“ beschäftigte. Diese neutrale Formulierung sagt noch nichts über die Inhalte, Tendenzen und Stereotypen dieser Auseinandersetzung aus. Daher setzt gerade an diesem Punkt das erkenntnisleitende Interesse Pollmanns an: „Welchen Anteil am innergesellschaftlichen Diskurs zur 'jüdischen Frage' übernahm in der Zeit der Zweiten Polnischen Republik die katholische Kirche in Polen, welcher Art waren ihre Definitionen des Problemfeldes, welches Judenbild lag ihren Vorstellungen zugrunde und welche Einstellungen gegenüber Juden und Judentum wurden von der katholischen Kirche in Polen zwischen 1918 und 1939 ihren Gläubigen vermittelt.“ (S. 2) Oder unter Berücksichtigung der Periodisierung der Arbeit etwas brisanter formuliert: Mit welchem 'Judenbild' entließ die Kirche die

Menschen in Polen in die schreckliche Zeit unter deutscher Besatzung?

Zwar stellt die Diözesanpresse der Metropole Krakau, die in ihren fünf Diözesen Czeszochowa, Kielce, Katowice, Kraków und Tarnów veröffentlicht wurde, nur einen Ausschnitt der gesamten katholischen Pressepublikationen in Polen dar. Allerdings decken sich ihre Aussagen und ihre Orientierung mit den Inhalten der Mehrheit katholischer Publikationen, die hinsichtlich der „jüdischen Frage“ eindeutig antijudaistisch oder antisemitisch argumentierten. Dabei kann die Metropole Krakau als Untersuchungsgegenstand durchaus nicht als besonders antisemitisches Terrain bezeichnet werden, auch wenn der jüdische Bevölkerungsanteil in den einzelnen Diözesen zwischen 25 und 45 Prozent betrug. Angesichts der sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Krise im Zwischenkriegspolen, einer national definierten Konkurrenz um die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes sowie eines ausgeprägten Antisemitismus in der rechten veröffentlichten Meinung (Nationaldemokraten!) waren Konflikte zwischen christlicher Mehrheit und jüdischer Minderheit aber gleichsam vorprogrammiert.

Die Metropole Krakau - so die Autorin in ihrer Begründung hinsichtlich des erforschten genius loci - eigne sich als Untersuchungsgegenstand deshalb besonders gut, weil es hier seit achthundert Jahren ein katholisches und ein jüdisches Leben gab, das – wie Pollmann treffend formuliert - immer als Nebeneinander, oft als Gegeneinander, selten als Miteinander funktionierte. Als Sitz der ersten Metropole (zusammen mit Gnesen) war Krakau das Zentrum des polnischen Katholizismus, die Krakauer Bischöfe fungierten als engste Berater des polnischen Königs und führten als königliche Kanzler zuweilen die Regierungsgeschäfte.

Das Krakauer Judentum brachte andererseits besonders im 15. und 16. Jahrhundert einige der größten jüdischen Gelehrten hervor, und auch unter den jüdischen Gemeindeältesten gab es Berater der Könige. Bis ins 20. Jahrhundert hinein unterschieden sich die Krakauer Juden allerdings so stark von ihren christlichen Mitbewohnern, dass sie auch zwischen 1918 und 1939 als beunruhigendes und fremdes Element wahrgenommen wurden. Als geistiger Hirte ihrer Gemeinde und als Vertreter wirtschaftlicher und politischer Interessen grenzte sich die katholische Kirche in ihren bischöflichen Sonntagsblättern der fünf Diözesen Krakaus deshalb eindeutig vom Judentum ab und nahm in offen antijudaistischer Form zur „jüdischen Frage“ Stellung.

Die stark vom Ultramontanismus geprägte polnische Amtskirche operierte in ihren Veröffentlichungen dabei gerne mit zwei Bildern. Zum einen war es das Bild der „belagerten Festung“, das für die in Polen um die Wahrheit kämpfende katholische Kirche – in ihrer aus der Teilungszeit tradierten Rolle der *ecclesia militans* – stand. Zum anderen war es das Feindbild derjenigen, die diese Festung belagerten und zu stürmen suchten: Freimaurer, Juden, Atheisten, Freidenker, Liberale und Revolutionäre. Im Laufe der Zeit – so die Analyse der Autorin – mutierten diese gott- und ehrlosen Gesellen zu einer einzigen stereotypen Gestalt, dem Juden. (S. 394) Hieraus leitete sich auch das vereinfachte Lagerdenken ab, in dem auf die guten (also katholischen) sowie die bösen (also jüdischen) Mächte abgehoben wurde. Da das integralistische Ziel der katholischen Kirche Polens ein „Polen für Christus“ (*Polska Chrystusowa*) war, wurden alle, die sich hiermit nicht identifizieren konnten, ausgegrenzt. Dies galt besonders für die Juden, die traditionell mit dem Etikett der „Gottesmörder“ belegt wurden. Der „imaginierte Jude“ wurde so zu einer notwendigen Denkfigur, die die eigene, ideal projizierte Identität des katholischen Polen absichern sollte. Nach innen wirkte die katholische Kirche Polens also integralistisch,

während sie nach außen desintegrierte. Dies galt ausnahmslos für alle nicht-katholischen Minderheiten in der Zweiten Republik, besonders aber für die Juden, die seit dem Mittelalter als Fremde empfunden wurden, wohl auch deshalb, weil deren Assimilation an das Polentum kaum stattgefunden hatte. Sowohl wirtschaftlich als auch mental wurde diese „fremde Bevölkerungsgruppe“ zusehends als „unliebsame Belastung“ angesehen. Bei der antijüdischen Argumentation wurde in der Bistumspresse neben echten und Ersatzkonflikten auf wirtschaftlichem Gebiet auch das Argument der christenfeindlichen, „talmudischen Ethik“ der Juden ins Spiel gebracht. Dabei wurde in Übereinstimmung mit dem nationalistischen Lager das Stereotyp des Juden als Prototyp des Verräters (Judas!) bedient. Eine auf explizit rassistischen Prämissen basierende Argumentation stellte allerdings die Ausnahme dar. Gegen Ende der Zwischenkriegszeit war sich die katholische Kirche mit den polnischen Nationalisten darin einig, dass die „jüdische Frage“ nur durch Emigration zu lösen sei. Der traditionelle religiöse Antijudaismus wurde darüber hinaus um moderne Formen des Antisemitismus ergänzt: Neben den gängigen Verschwörungstheorien wurde die Phantasie vom unermesslichen Reichtum des Judentums und seinen weltweiten Verbindungen bedient.

Auch wurde nach der russischen Revolution von 1917 der alte Topos von der Bedrohung Polens durch den Osten neu belebt. Dabei unterstellte man, dass der äußere Feind – also die Sowjetunion – die Juden als Verbündete im Landesinnern habe, da sie als Verursacher der meisten Umsturzversuche galten. Damit setzte man einen Großteil der Juden mit Kommunisten gleich, und es entstand der populäre Begriff der Juden-Kommune (*zydo-komuna*), der im klaren Gegensatz zum Polen-Katholiken (*Polak-katolik*) steht, und in antisemitischen Kreisen heute noch Verbreitung findet. In der Bistumspresse der Zwischenkriegszeit wurden die Juden dementsprechend durchgängig als Verursacher, Anstifter, Verbreiter und Träger linker Ideologien bezeichnet.

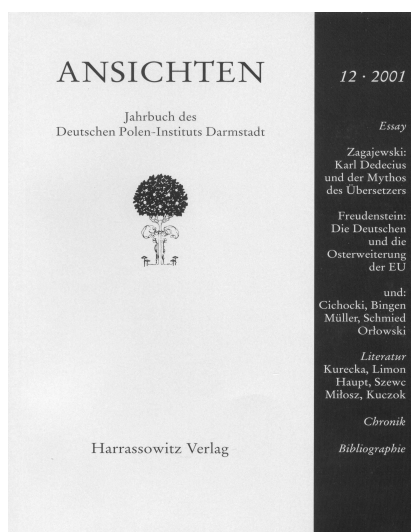
Zwar wird der anthropologische Rassebegriff abgelehnt. Allerdings finden sich in der Krakauer Bistumspresse auch rassistische Formulierungen, schließlich postulieren etliche „Judenexperten“ eine unabänderliche, negativ besetzte „jüdische Psyche“. In ihren Veröffentlichungen spricht sich die katholische Kirchenhierarchie allerdings eindeutig gegen jedwede Gewaltanwendung gegenüber dem Judentum aus, wiewohl sie Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte ausdrücklich billigt.

Trotzdem - so schränkt die Autorin zutreffend ein - war der deutsche Rassismus in seiner nationalsozialistischen Zuspitzung schon deshalb kaum zu akzeptieren, weil er auch den Slawen einen nur sehr niedrigen Rang zuschrieb. Auch bleibt festzuhalten, dass es in Polen trotz des massiven Antijudaismus in der kirchlichen und nationalistischen Presse der Zwischenkriegszeit bis 1939 keine gesetzliche Entrechtung der jüdischen Polen gab. Trotz aller Diskriminierungsmaßnahmen blieb die Verfassung nämlich weiterhin bestehen.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass es Pollman in beeindruckender Weise und auf einer breiten Quellenbasis gelungen ist, eine komplexe und auch heute noch heikle Thematik differenziert abzuhandeln. Wichtig ist auch, dass die Autorin sich nicht nur auf die reine Darstellung beschränkt, sondern auch die Ursachen und Ideen referiert, die hinter dieser zum Teil drastisch formulierten, intoleranten Publizistik standen. Ohne diese Rekonstruktion historischer Ursachen und ideologischer Bedingungen wäre die Untersuchung sicherlich ein Torso geblieben. Besondere Aufmerksamkeit verdient auch die im Anhang (S. 403-427) dokumentierte quantitative Analyse der Bistumspresse der Metropole Krakau und der Krakauer Tageszeitung „Głos Narodu“. In ihr wird recht anschaulich der Nachweis geführt, dass die negativen Informationen und Meldungen hinsichtlich der „jüdischen Frage“ neutrale und positive Beiträge bei weitem überwogen.

ZW

Ansichten. 13. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2002, 301 S.



Im 13. Band der Ansichten finden sich erneut einige Beiträge, die sich explizit mit der polni-

schen Exilliteratur nach 1945 auseinandersetzen. Dieser Trend – auch in den Ansichten nachvollziehbar – kündigte sich bereits vor einigen Jahren an, und belegt, welchen Stellenwert die im Ausland erschienene polnische politische wie auch schöngeistige Literatur wieder bzw. noch hat. Leszek Szaruga setzt sich dem gemäß zum wiederholten Mal in einem längeren Aufsatz mit dem Kreis um die Pariser Zeitschrift „Kultura“ auseinander, wobei er deren absolute Ausnahmestellung – auch in den internationalen Zentren des polnischen Exils – hervorhebt. Dabei arbeitete er heraus, dass es sich bei diesem Kreis im wahrsten Sinne des Wortes um eine verschworene Lebens-,Arbeits-, Werte- und Schicksalsgemeinschaft handelte, und dass dieser existenzielle und diskursive

Habitus die Voraussetzung dafür bildete, dass sich die Zeitschrift aus eigenen Kräften über Jahrzehnte über Wasser halten konnte.

In engem Bezug zu diesem Aufsatz steht der Abdruck einiger Fragmente aus dem Briefwechsel des langjährigen Redakteurs der „Kultura“ Jerzy Giedroyc mit dem seit 1948 in Guatemala lebenden Schriftsteller Andrzej Bobkowski, der – wie aus einem seiner Briefe an Giedroyc hervorgeht – bereits im Dezember 1948 davon ausging, dass Giedroyc, der sich aufgrund mehrerer Veröffentlichungen bei der Führung des Londoner Exils unbeliebt gemacht hatte, mit der „Kultura“ würde nicht lange durchhalten können. Wie wir heute wissen, hat sich der ansonsten scharf beobachtende und analysierende Bobkowski hier grundsätzlich getäuscht, denn Giedroyc gab die Zeitschrift bis zu seinem Tode im Jahre 2000 regelmäßig und ohne jede Unterbrechung Monat für Monat heraus. Fragmente aus dem Reisetagebuch Bobkowskis, in denen seine Überfahrt nach Guatemala geschildert wird, ergänzen das Portrait dieses überaus talentierten und allzu früh verstorbenen Feierabend-Schriftstellers, der sich seinen Lebensunterhalt in Guatemala mit dem Bau und Vertrieb von Modellflugzeugen verdiente.

Ein weiteres Stück sehr subjektiver Vergangenheitsbewältigung bietet das Interview, das Anka Grupinska mit dem bekannten Literaturwissenschaftler Michal Glowinski durchgeführt hat. Dieses Interview dient nicht nur dazu, die Werke und Stile mehr oder minder bekannter polnischer Autoren, die sich mit dem Holocaust befassten, zu diskutieren, sondern liefert ebenfalls einen Einblick in die literarische Werkstatt des als Schriftsteller spät debütierenden Literaturwissenschaftlers Glowinski. Vertieft werden diese diskursiven Aussagen aus dem Interview durch den Abdruck einiger Fragmente aus den Erinnerungen Glowinskis, die 1998 unter dem Titel „Czarne sezony“ [Schwarze Zeiten] in Polen erschienen. In ihnen schildert der Autor seine Versuche, sich an die

Zeit zurückzuerinnern, die er als Kind im Warschauer Ghetto verbrachte. Beide Beiträge reißen sich in den Diskurs über das polnisch-jüdische Verhältnis ein, der durch die öffentliche Debatte um das Verbrechen von Jedwabne in den beiden letzten Jahren so lebhaft geführt wurde. Dass es für die polnische Gesellschaft dabei auch um den schmerzhaften, wenn auch notwendigen Bruch mit liebgewonnenen Mythen und Eigenbildern geht, verdeutlicht der den Band einleitende Artikel von Janusz A. Majcherek, der den bezeichnenden Titel „Die Polen und ihre Nachbarn – Geschichtsmythen ade?“ trägt.

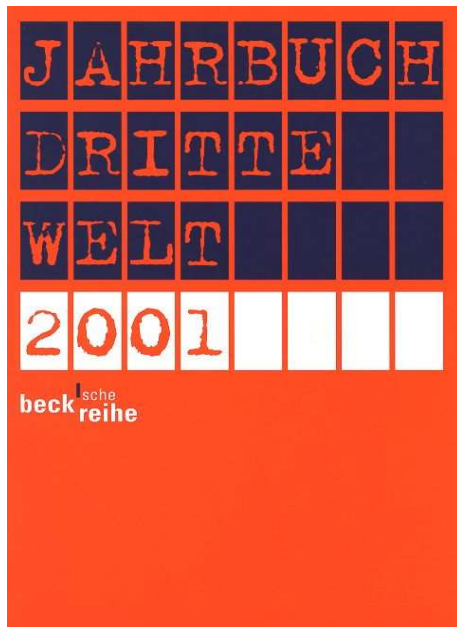
Einen ganz anderen Charakter hat hingegen das recht umfangreiche Elaborat von Jan Garewicz, in dem der Autor den deutsch-polnischen Beziehungen auf dem Gebiet der Philosophie nachspürt. Hierbei scheinen mir in erster Linie jene Fragmente von Bedeutung, aus denen erhellt, dass einzelne Vertreter der polnischen Philosophie, zum Beispiel aus der Lemberg-Warschauer Schule, im Verhältnis zur europäischen und deutschen Philosophie nicht nur Nehmende, sondern auch Gebende waren. Mit Abstrichen lässt sich dies wohl auch von dem Phänomenologen Roman Ingarden und dem späten Adam Schaff sowie dem Revisionisten Leszek Kolakowski sagen, ganz zu schweigen von der Lehre der „polnischen Brüder“, die mit ihren Schriften besonders im XVII. Jahrhundert auf eine beachtliche europäische Resonanz stießen.

Im Teil „Literatur“ findet sich schließlich auch noch Kurzprosa und Lyrik zeitgenössischer Autoren: hier sind Andrzej Stasiuk, Jolanta Stefko und Inge Iwasiów mit einer kleinen Auswahl aus ihrem Werk vertreten.

Wie immer liefern die Chronik und die Bibliographien einen zuverlässigen Überblick über aktuelle polnische Kulturereignisse und jüngst erschienene Veröffentlichungen zu Polen und zu den Übersetzungen deutscher und polnischer Literatur.

ZW

Joachim Betz/Stefan Brüne (Hrsg.): Jahrbuch Dritte Welt 2001. Daten, Übersichten, Analysen. München 2000, Verlag C. H. Beck, 200 S.



Es wirkt schon etwas trotzig, wenn zehn Jahre nach dem Zerfall der „Zweiten Welt“ und dem Postulat vom „Ende der Dritten Welt“ samt nachfolgender akademischer Debatte auch im neuen Jahrtausend ein „Jahrbuch Dritte Welt“ erscheint. Fast könnte man meinen, der Verlag nehme mit diesem Sammelband ein erhebliches unternehmerisches Risiko auf sich, wenn man den Ausführungen Ulrich Menzels folgt. Wie der Braunschweiger Professor in seinem Beitrag über „Das Ende der einen Welt oder Die weißen Flecken auf der Landkarte nehmen wieder zu“ konstatiert, „ist auch die hiesige Dritte-Welt-Bewegung nur noch ein Schatten früherer Tage.“ (S. 22) In der Tat: Die wechselweise in Kuba, Vietnam, Nikaragua oder Chiapas gesichteten Flammen der Weltrevolution sind ebenso erloschen wie die Begeisterung der diversen Solidaritätskomitees; mit Palästinensertüchern und „Hoch-die-internationale-Solidarität“-Rufen bekundet heute die extreme Rechte ihre Sympathie mit anti-israelischen Bombenlegern, während sich prominente Exponenten des linksintellektuellen Spektrums mit klammheimlicher Freude über die anti-amerikanischen Massaker in New York und Washington endgültig aus dem ernsthaften

Diskurs verabschiedeten. Kein Lehrstuhlinhaber könnte es sich heute noch erlauben, sein akademisches Überleben dauerhaft auf die Gewerkschaften in Chile zu stützen, zumal die Zeiten vorbei sind, in denen Studierende vor dem Anmeldezimmer übernachteten, um sich einen Platz im entwicklungspolitischen Hauptseminar zu sichern. Und selbst Rezensionsexemplare entwicklungspolitischer Neuerscheinungen sind heute leichter zu erhalten als zu jenen Zeiten. Die „Dritte Welt“ ist buchstäblich „out“.

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, ob das 1983 erstmals erschienene „Jahrbuch Dritte Welt“, einst ein Klassiker der entwicklungspolitischen Publikationsreihen, mittlerweile nicht selbst zum Anachronismus geworden ist. Dass das Jahrbuch im Laufe der Zeit an Gewicht verloren hat, ist zunächst wortwörtlich zu nehmen. Vergleicht man etwa die im Jahr 2000 veröffentlichte Ausgabe mit dem Jahrbuch für 1990, so ist festzustellen, dass sich der Umfang von 320 auf 200 Seiten verringert hat, die Zahl der Beiträge von 18 auf 13 gekürzt wurde und frühere Bestandteile wie die „Chronik der wichtigsten Ereignisse“ ganz weggefallen sind. Insofern weckt der Titel „Jahrbuch“ überzogene Erwartungshaltungen. Vielmehr schließt der Sammelband eher einige Lücken, die durch den Wegfall diverser entwicklungspolitischer Zeitschriften entstanden. Er bietet somit einen schlaglichtartigen Blick auf „Ereignisse, Tendenzen und Probleme der Entwicklungsländer im Berichtszeitraum“ – ob es tatsächlich „die wichtigsten“ sind, wie der Klappentext verkündet, mag die Leserschaft beurteilen.

Für das Editorial von Joachim Betz und Stefan Brüne wurde das Thema „Globale Kommunikation und kulturelle Moderne – Die Reformagenda des Südens“ ausgewählt. Von der revolutionären Entwicklung der digitalen Kommunikationstechnologie ausgehend, untersuchen die Autoren deren Folgen für die Entwicklungs- und

Schwellenländer. Dabei stehen sich zwei Sichtweisen gegenüber: Skeptiker verweisen darauf, „daß die theoretisch gegebene Offenheit der globalen Informationsströme an wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen gebunden sein könnte, über die die Mehrheit der Entwicklungsländer nicht verfügt.“ (S. 7 f.) Dementsprechend wird der Begriff der „globalen“ Kommunikation durchaus in Frage gestellt, wenn laut den hier veröffentlichten Angaben etwa von allen afrikanischen Staaten lediglich in Südafrika mehr als ein Prozent der Landesbevölkerung das Internet nutzen können (S. 12 f.). Optimisten meinen hingegen, „daß die Überwindung des raumzeitlichen Kontinuums der Industriegesellschaft gerade auch den Entwicklungsländern ungekannte Chancen biete.“ (S. 8). Folgt man den Ausführungen der Autoren über das „Weltbank-Szenario“, so gibt es in der Tat vielversprechende Anstrengungen, „die Entwicklungsländer an die globalen Kommunikations- und Informationsnetze anzuschließen.“ (S. 9). Dies wiederum habe positive Effekte auf die internationalen Wettbewerbschancen eines Landes.

Zugleich resultieren aus dem Zusammentreffen der neuen, „globalen“ Medien mit häufig defensiven lokalen und regionalen Kulturen erhebliche Konflikte. Besonders brisant wird die politische Situation, wenn autoritäre Regime repressiv auf die Verbreitung von Satellitenschüsseln oder Internetzugängen reagieren, während deren Möglichkeiten umgekehrt zunehmend von Dissidentengruppen genutzt werden. Dass die neue Informationstechnologie indes nicht unbedingt dauerhaft westlich dominiert bleiben muss, zeigte sich nach dem 11. September, als CNN seinen Informationsvorsprung an Al-Jazeera verlor. (Dass dessen Seriosität in der medialen Perzeption überschätzt wird, steht auf einem anderen Blatt.)

Im „Forum“-Teil des Sammelbandes postuliert Ulrich Menzel diesmal „Das Ende der einen Welt“, wobei er zunächst noch einmal auf seine frühere These vom „Ende der Dritten Welt“ Rekurs nimmt. Begründet wird dies unter anderem mit der bekannten Ausdifferenzierung

der „Dritten Welt“, nicht nur hinsichtlich verschiedener Staaten, sondern auch innerhalb vieler Gesellschaften. Auch habe es „die ‚Dritte Welt‘ als kollektiv handelnden homogenen Akteur in der internationalen Politik“ eher selten gegeben. Schließlich sei – wie eingangs zitiert – mittlerweile auch das politische und akademische Interesse stark gesunken. Wer indes befürchtet hätte, dass einer überholten Theorie-debatte hier mittels eines neuen Schlagworts nur ein weiterer ermüdender Beitrag hinzugefügt würde, sieht sich getäuscht. Der Aufsatz stellt nicht nur eine anregende Bestandsaufnahme der entwicklungstheoretischen Diskussion dar, sondern hat auch praktische Relevanz, wenn er z. B. auf die Problematik statistischen Datenmaterials für die Mehrzahl der Staaten Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas verweist:

„Es gibt 40, 50, möglicherweise sogar 80 ‚Länder‘ auf der Welt, über die entweder keine, nur sehr lückenhafte, unzuverlässige, völlig veraltete oder rein virtuelle Daten vorliegen, mit deren Hilfe doch Nationalstaaten oder Nationalökonomien abgebildet werden sollen.“ (S. 24).

Mit Recht verweist Menzel darauf, dass zahlreiche Regionen der „Dritten Welt“ von Rebellen/Terroristen/War Lords kontrolliert werden, deren Herrschaftsgebiete in keiner Statistik auftauchen. Vielerorts zerfallen Staaten oder das, was dank einer aufwendig inszenierten Symbolik als Staat wahrgenommen wurde; die „weißen Flecken auf der Landkarte“ nehmen zu. Menzels These lautet daher:

„Bevor Entwicklungstheorie wieder entwicklungspolitisch fruchtbar gemacht werden kann, bedarf es in einer wachsenden Zahl von ‚Ländern‘ zunächst einmal der (Wieder-) Herstellung staatlicher Ordnung schlechthin.“ (S. 28).

Das aus den Schlagzeilen verschwundene Beispiel Kongo zeigt, wie schwer diese Aufgabe ist. Andererseits verzeichnet eine Reihe von süd- und ostasiatischen Staaten große Entwicklungserfolge, was Menzel zur Forderung veranlasst, diese Staaten ebenso aus der entwicklungspolitischen Förderung zu streichen wie die Rentiersstaaten am Persischen Golf. Gefragt sei stattdessen eine Entwicklungspolitik, die sich

auf die Katastrophenregionen der Welt und hier auf die humanitäre Hilfe einschließlich einer Konfliktbearbeitung konzentriert.

Menzels Hinweis auf die problematische Datenlage für zahlreiche Regionen ist zwar nicht neu, scheint aber noch nicht von allen KollegInnen wahrgenommen worden zu sein. Jedenfalls hindert sie auch AutorInnen des Jahrbuchs nicht, sich gerade auf solche fragwürdigen Zahlen zu stützen. So referiert Katharina Müller in ihrem Beitrag zu „Altern in der Dritten Welt“ ausführlich demographische Daten, die als Prognosen gar bis zum Jahr 2050 reichen. Dies führt dann zu Aussagen wie: „In Lateinamerika und Asien wird der Anteil der über 59jährigen im Jahre 2050 bei 22 bzw. 24 Prozent der Gesamtbevölkerung liegen“. (S. 35). Im Gegensatz zu solchen unsinnigen Zahlenspielen ist die zunehmende Relevanz des Themas sicherlich sehr ernst zu nehmen. Die von der Autorin untersuchten Modelle informeller Solidaritätsnetzwerke und formeller Rentensysteme dürften in Zukunft allein kaum noch ihre bisherige Funktion in ausreichendem Maße erfüllen können. Um ein „Altern in Würde“ zu ermöglichen, müsse es perspektivisch „darum gehen, die Unterstützung von Selbsthilfepotentialen, informelle und formelle Sicherungssysteme so zu kombinieren, dass Alter in der Dritten Welt nicht zu einem Synonym für Armut und soziale Exklusion wird.“ (S. 45).

Mit „Parteiensystemen in jungen Demokratien der Dritten Welt“ beschäftigt sich ein Beitrag von Petra Bendel und Florian Grotz. Nach theoretischen Vorüberlegungen gliedern sich die Ausführungen „nach den drei Dimensionen, mit denen die vergleichende Politikwissenschaft die Struktur von Parteiensystemen zu erfassen versucht: die Zahl der Parteien, die zwischenparteilichen Wettbewerbsmuster sowie (neuerdings) die Institutionalisierung der Parteiensysteme.“ (S. 48). Aufgrund verschiedener Einschränkungen bleiben insgesamt die Parteiensysteme von 28 Ländern für die Untersuchung übrig. Selbst für deren Systematisierung nach verschiedenen Kriterien bedarf es jedoch zahlreicher zusätzlicher Erläuterungen,

ohne dass es gelingt, Bedenken auszuräumen. Man vergleiche etwa die Angaben zu Mosambik mit denen aus dem entsprechenden Länderbeitrag einige Seiten weiter. Nach diversen politologischen Denkübungen lautet das Fazit unter anderem,

„daß die Institutionalisierung von größter Bedeutung für ein differenziertes Verständnis von Parteiensystemen in den jungen Demokratien der Dritten Welt ist. Allerdings ist es nicht die formale Stabilität des Parteiensystems, die am meisten Aufschluß über dessen Struktur und Funktionsweise gibt. Vielmehr muß die konkrete Ausprägung der Institutionalisierung des Parteiensystems im jeweiligen politischen System herausgearbeitet und dann in Verbindung mit der Demokratieentwicklung gebracht werden.“ (S. 64 f.).

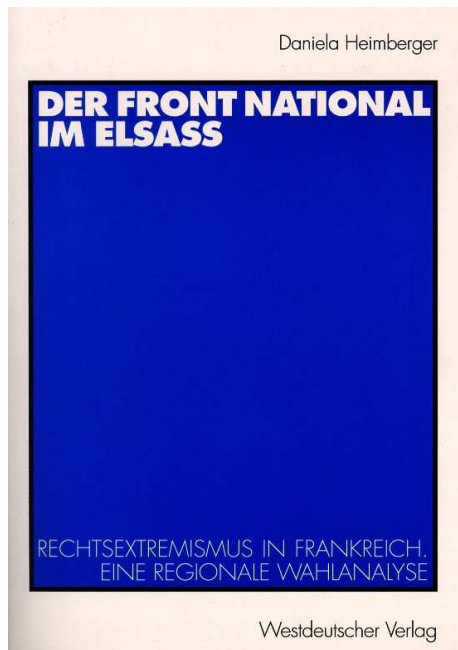
Man hätte dies allerdings fast schon vor der Lektüre geahnt.

Auf eine ausführliche Kommentierung der Länderbeiträge sei an dieser Stelle aus Platzgründen verzichtet, zumal sie jeweils ohnehin nur eine sehr kleine Leserschaft ansprechen dürften. Kompetent und meist auch für Laien interessant berichtet wird über „Mosambik: Demokratische Konsolidierung mit Schönheitsfehlern“ (Sabine Fandrych), „Madagaskar: Die Selbstblockade der ‚Unberührbaren‘“ (Jürgen Gräbener); „Gabun: Das System Bongo“ (Dominic Johnson), „Bhutan: Flüchtlingsprobleme und zögerliche Demokratisierung“ (Karl-Heinz Krämer), „Die ‚Asienkrise‘ in Indonesien“ (Rolf Hanisch), „Machtwechsel in Argentinien: Was kommt nach Menem?“ (Detlef Nolte), „Peru: Das Debakel der Präsidentschafts‚wahlen‘“ (Mechthild Minkner-Bünjer) sowie - unter Aktualitätsgesichtspunkten vielleicht besonders interessant - über „Naher Osten: Feilschen um den Frieden“ (Margret Johannsen) und „Pakistan: Militärrherrschaft ohne Ende?“ (Wolfgang-Peter Zingel).

In einem abschließenden Teil „Die Dritte Welt“ finden sich Orientierungsdaten zu Wirtschaft und Gesellschaft, die von Olaf Nierlinger zusammengestellt wurden.

MW

Daniela Heimberger: Der Front National im Elsass. Rechtsextremismus in Frankreich – Eine regionale Wahlanalyse (Inaugural-Dissertation Freiburg i. Br.). Wiesbaden 2001, Westdeutscher Verlag, 244 S.



In allen westlichen hoch entwickelten Gesellschaften existiert ein Potenzial für rechtsextreme Bewegungen. Diese Grundannahme des Modells von Erwin Scheuch und Hans Klingemann ist der Arbeit von Daniela Heimberger über den Erfolg des Front National im Elsass vorangestellt. Heimberger begnügt sich jedoch nicht damit, einmal mehr die Validität dieser Aussage anhand einer Regionalstudie zu beweisen. Sie hinterfragt, wie sich die überdurchschnittlichen Wahlerfolge der Rechtsextremen erklären lassen, wer die Wähler sind, was deren Motivationen sind und analysiert mittels einer qualitativen Studie, warum der Front National gerade im Elsass so großen Erfolg hat.

Das Elsass ist seit den 1980er Jahren neben der Region um Marseille und dem Zentrum Paris eine Hochburg der rechtsextremen französischen Partei Front National. Bei Präsidentschafts-, Parlaments- oder Regionalwahlen liegt die Partei Le Pens weit über dem nationalen Durchschnitt. Diese hervorstechenden Ergebnisse lassen sich jedoch mit den sonst bewährten sozialwissenschaftlichen

Analyserastern – wie Persönlichkeitsansätzen, Modernisierungsansätzen oder Protestwahl – allein nicht begründen. Denn das Elsass – insbesondere sein ländlich geprägter Norden – ist eine wirtschaftlich prosperierende und europafreundliche Region mit starker Kirchenbindung und von gesellschaftlichen Spannungen und ökonomischen Umbrüchen vergleichsweise wenig betroffen. Die Region zeichnet sich also durch Kriterien aus, die nach den gängigen Ansätzen rechtsextremem Wahlverhalten eher entgegenstehen, oder es gar verhindern müssten. Entsprechend hilflos zeigen sich die bisherigen Erklärungsversuche für dieses Votum. Heimberger liefert in ihrer qualitativen Studie über die Region eine neue und eigenständige Begründung für den Aufsehen erregenden Wahlerfolg des Front National im Elsass, die über die herkömmlichen Konzepte für rechtsextremes Wahlverhalten hinausgeht. Sie greift hierzu den von der Wahlforschung bisher kaum genutzten Ansatz räumlicher Kulturforschung auf und entwickelt ihn zu einem qualitativ ausgerichteten Modell weiter.

Zunächst wird ein theoretischer Bezugsrahmen hergestellt, in dem der auch in der wissenschaftlichen Literatur keineswegs einheitlich definierte Rechtsextremismusbegriff erklärt wird. Der Front National wird typologisiert und die sozialwissenschaftlichen Ansätze zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen werden analysiert. Nach der Überprüfung der wissenschaftlichen Gültigkeit der bestehenden Erklärungsansätze für das gesamtfranzösische Wahlverhalten bezüglich des Front National untersucht Heimberger deren Tragweite sodann auf der regionalen elsässischen Ebene. Methodisch geschieht dies anhand von zwei Stichproben: dem großstädtischen Mulhouse und der Landgemeinde Hengwiller. Während sich Mulhouse als

Paradebeispiel vertrauter Schemata erweist, passt die Situation in Hengwiller, stellvertretend für das ländliche Nordelsass, in keines der theoretischen Raster. Es gibt weder die Deprivierten und Modernisierungsverlierer noch die sozial Entwurzelten in einem Gebiet, in dem das Bildungsnetz noch wirksam ist und religiöse Werte gelten. Da der Anteil der Ausländer und die Verbrechenshäufigkeit statistisch weit unter dem nationalen Schnitt liegen, sind hier Bedrohungsgefühle durch Fremde und Kriminalität nicht zu erklären. Auch der Erklärungsversuch der Protestwahl gegen die etablierten Parteien erweist sich als falsch.

Wie also dieses Wahlverhalten erklären? Heimbergers Ansatz löst sich von den herkömmlichen quantitativen Methoden der empirischen Sozialforschung und deckt einen Zusammenhang zwischen der spezifisch historisch-kulturellen Entwicklung des Elsass und dessen, vom restlichen Frankreich abweichenden Votum auf. Hierfür wird der Ansatz räumlicher Kulturforschung aufgegriffen und zu einem qualitativ ausgerichteten Modell weiterentwickelt. Spezifisch räumliche und langfristig wirksame Gegebenheiten, die Aufschluss über Dispositionen für politisches Verhalten geben können, werden sowohl auf der Mikroebene des Wahlverhaltens, als auch auf der Mesoebene der Parteistrategie untersucht. Heimberger bedient sich dabei folgender Datenbasis: eine umfangreiche Presseauswertung, Umfragen des Observatoire Inter-régional du Politique in Grenoble, wissenschaftliche und dokumentarische Literatur und schließlich Interviews mit den führenden Regionalpolitikern und elsässischen Bürgern und Bürgerinnen. In Expertengesprächen und offenen Interviews werden Positionen, Präferenzen, Einstellungen und Verhaltensmodi an den Schnittstellen von Raumbezug, regionaler Identität, Selbstwahrnehmung und Außensicht, politische Anschauungen und rechtsextreme Äußerungen erhoben.

In Heimbergers Untersuchung wird besonders deutlich, wie sich das Elsass in seiner räumlichen Prägung von strukturgleichen

französischen Regionen unterscheidet: Wechselnde Obrigkeiten, eine fehlende demokratisch-republikanische Tradition und ein lange abgeschottetes katholisches Milieu erzeugten eine wenig politisierte regionale politische Kultur mit ausgeprägter Konsens- und Autoritätsneigung, der der Front National in seiner konservativen Grundhaltung entgegenkommt.

Neben diesen Besonderheiten eröffnet der Aspekt der Identität einen Zugang zur Erklärung rechtsextremen Wahlverhaltens im Elsass. Im Wechsel territorialer Zugehörigkeiten konnte sich die Identität hier nie als eine nationale entwickeln. Um so mehr ist sie heute von zentraler Bedeutung, sehen sich die Elsässer doch dem Vorurteil ausgesetzt, keine vollwertigen Franzosen zu sein. Diesem historisch bedingten Mangel einer dauerhaften nationalen Zugehörigkeit entspringt die Ausformung einer spezifischen regionalen Identität.

Der Front National kommt den rechtsextrem wählenden Bürgern und Bürgerinnen nun in zweierlei Hinsicht entgegen: Zum einen vertritt er in offensivster Weise eine Politik des „Frankreich den Franzosen“ und damit der Stärkung nationaler Identität, welches dem elsässischen Bedürfnis nach individueller und kollektiver Selbstvergewisserung entspricht. Durch seine Ideologie bietet er den Elsässern die Möglichkeit, sich von dem noch heute lastenden Vorwurf der mangelnden Loyalität und der nationalen Unzuverlässigkeit zu lösen. Zum anderen finden die Elsässer im Front National eine Partei, die sie durch eine regionale Programmatik aus dem Zwiespalt zwischen Bekenntnis zur Nation und Aufgabe der regionalen kulturellen Eigenständigkeit befreit: Der Front National macht sich als einzige Partei elsässische Interessen zu Eigen und nimmt damit ein regionales Erscheinungsbild an, das vom nationalen abweicht. Der Clou daran: Er integriert damit das Elsass in die französische Nation, aus der es sich stets ausgeschlossen fühlte und respektiert gleichzeitig dessen regionale Eigenheit. Damit kann die vorherrschende Auffassung von der zentralistischen

Ausrichtung der Partei nicht aufrecht erhalten werden.

Diese Erkenntnis überrascht, wurde sie in der Literatur bislang doch noch nie diskutiert. Die Strategie der Partei besteht darin, ihre auf nationaler Ebene vorhandenen politischen Optionen in einer regional angepassten Weise darzustellen und so eine politische Angebotslücke im regionalen Kräftefeld zu erkennen und zu füllen. In Anbetracht der Zweisprachigkeit und der Sonderstellung des Dialekts (der elementarer Bestandteil der regionalen Identität ist, und der seit 1945 sowohl durch zentralstaatliche Maßnahmen wie auch durch eigene sprachliche Assimilation der Elsässer selbst zurückgedrängt wurde) gerät der elsässische Front National dabei sogar in Widerspruch zur zentralistischen Ideologie der Gesamtpartei, verbleibt aber doch im Rahmen ihrer auf „Identitätssicherung“ zielenden Gesamtlogik.

Der besondere Wert von Daniela Heimbergers Arbeit liegt im Aufzeigen der Relevanz und der Erklärungskraft des territorialen Ansatzes in Verbindung mit den erprobten Methoden der empirischen Wahlforschung und liefert so wertvolle Ergänzungen zur Fundierung von Wahlanalysen. Mit dem auf andere Gebiete

übertragbaren und anwendbaren Raumansatz leistet die Studie einen Beitrag zur Erforschung regional variierenden Wahlverhaltens, das die rein quantitativ orientierte Wahlforschung nicht ausreichend begründen kann. Die Arbeit überzeugt weiter durch ihre theoretische und methodische Stringenz, welche auch zu einer Integrierbarkeit in einen international vergleichenden Kontext beiträgt. So liefert das hier entwickelte Analyseraster eine hervorragende Basis für weitere Regionalstudien, etwa bezüglich der Frage, in welchem Ausmaß die geographische Lage einer Region Wahlverhalten beeinflusst. Der von der Politologin im Elsass erkannte Zusammenhang zwischen Raumgebundenheit und der in ihr begründeten psychisch-sozialen und politisch-kulturellen Prägung einerseits und rechtsextremen Einstellungen andererseits bietet den Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen politischen Verhaltens in anderen europäischen Regionen, welche in einem zusammenwachsenden und sich erweiternden Europa von besonderem aktuellem Interesse sein sollten. Hierin ist die besondere Leistung Daniela Heimbergers zu sehen.

Julia Rohe

Jörg Stemmer/Michael Walter

Interessante Internetseiten zu den EU-Beitrittskandidaten Bulgarien, Rumänien und Slowenien

	Bulgarien	Rumänien	Slowenien
<i>Allgemeine Informationen</i>	www.online.bg www.bulgaria.com www.div.bg www.news.bg www.ewis.de/bgkurz.html	www.ewis.de/rokurz.html www.deutsch-rumaenische-gesellschaft.de	www.ewis.de/sikurz.html www.matkurja.com
<i>Politik</i>	<p>Staatspräsident www.president.bg</p> <p>Regierung www.government.bg</p>	<p>Staatspräsident www.president.ro</p> <p>Regierung www.guv.ro</p>	<p>Staatspräsident www.gov.si/up-rs</p> <p>Regierung und andere politische Institutionen www.sigov.si</p>
<i>Wirtschaft</i>	<p>Ministerium für Wirtschaft www.mi.government.bg</p> <p>Wirtschaftszeitung „Kapital“ www.capital.bg</p> <p>Wirtschaftszeitung „Pari“ www.pari.bg</p> <p>Wirtschaftskammer www.bia-bg.com</p>	<p>Wirtschaftsinformationen www.rumaenien-buisness.de www.weis.de/rowirtschaft.html</p>	<p>Wirtschaftskammer www.gzs.si</p> <p>Regierungsamt für wirtschaftliche Förderung und Auslandsinvestitionen www.sigov.si/tipo</p> <p>Infos www.ewis.de/siwirtschaft.html</p>

Weitere Internet-Links zu allen EU Beitrittskandidaten finden Sie
auf der Homepage des GESW unter
www.gesw.de

Bildnachweis: Titelfotos Budapest/Warszawa (Schü), Tallinn (Wa)
S. 5 Budapest (Schü), S. 13 Praha (Wa), S. 18 Brno (Wa),
S. 29 Warszawa (Schü), S. 41 Walter Hildebrandt (privat),
S. 49 Bucuresti (Könözsi), S. 82 Bratislava (Wa)